

Arbeitsakte

Akte: LUMEN Studios GmbH — Insolvenz- und Wirtschaftsstrafverfahren

lumen-studios-insolvenz-strafverfahren

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (9)
Teil 2	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (1)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_Eigenantrag_Weber_22-05-2024.md

Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Florian Weber Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH Goethestraße 18 · 60313 Frankfurt am Main
geboren 12.11.1991 · Wohnsitz Offenbach am Main, Hauptstraße 142

An das Amtsgericht Frankfurt am Main — Insolvenzabteilung — Klingerstraße 20 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 22. Mai 2024 — eingegangen 22.05.2024, 11:14 Uhr (Stempel)

Antrag

In meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der

LUMEN Studios GmbH Goethestraße 18, 60313 Frankfurt am Main HRB 119845 (Amtsgericht Frankfurt am Main) StNr 045/827/3247-K1

stelle ich hiermit

Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft

und führe an:

I. Insolvenzgründe

1. Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO)

Die Gesellschaft ist zahlungsunfähig im Sinne von § 17 InsO. Stand 22.05.2024 bestehen fällige und nicht bediente Verbindlichkeiten in Höhe von

Gläubiger	Betrag (EUR)	Fälligkeit
Finanzamt Frankfurt am Main I (Umsatzsteuer-Vorauszahlungen Februar/März/April 2024)	38.420,00	10.04. / 10.05. / fortlaufend
Krankenkassen (TK, BARMER, DAK-Gesundheit; SV-Beiträge Q1+Q2 2024)	27.640,00	jeweils Drittletzter Bankarbeitstag
Bouygues Energies & Services Deutschland GmbH (Stromrechnung Q1 2024)	4.218,00	18.04.2024

Gläubiger	Betrag (EUR)	Fälligkeit
Sparkasse Frankfurt — Kontokorrent-Überziehung	31.480,00	sofortig fällig
Lieferanten (vier verschiedene, Beträge zwischen EUR 1.840 und EUR 8.420)	18.987,00	div. zwischen 03/2024 und 05/2024
Miete Goethestraße 18 (April und Mai 2024)	9.600,00	03.04. / 03.05.2024
Honorar Freelance-Mit arbeitende (Lohnauszahlung April-Resthonorare, fünf Personen)	12.840,00	30.04.2024
Summe fällige Verbindlichkeiten	**143.185,00**	

Verfügbare flüssige Mittel zum 22.05.2024: EUR 5.482,33 (Geschäftskonto Sparkasse Frankfurt; vier zusätzliche Verfahrenskonten leerstehend).

Damit liegt eine Liquiditätslücke iHv mehr als 96 Prozent vor; die gesetzliche Drei-Wochen-Frist ist überschritten. Die Zahlungsunfähigkeit ist seit spätestens 30.04.2024 eingetreten.

2. Überschuldung (§ 19 InsO)

Eine bilanzielle Überschuldung ist absehbar. Die zuletzt erstellte Bilanz zum 31.12.2022 weist ein Eigenkapital von EUR 18.247 aus. Die Buchhaltung ab Q4 2023 ist nicht vollständig fortgeführt (siehe Ziffer III). Eine seriöse Fortbestehensprognose nach IDW S 11 ist nach derzeitigem Stand mangels belastbarer Daten nicht zu erstellen.

Die Antragspflicht gemäß § 15a InsO ist daher nicht nur wegen Zahlungsunfähigkeit, sondern auch im Hinblick auf eine drohende Überschuldung ausgelöst.

3. Subjektives Element

Mir, dem unterzeichnenden Geschäftsführer, ist die Zahlungsunfähigkeit seit Anfang Mai 2024 bekannt. Mehrere Versuche, mit dem Mitgeschäftsführer Herrn Sebastian Richter eine außergerichtliche Sanierung zu vereinbaren (Bankgespräche bei der Sparkasse Frankfurt 02.05.2024 und 15.05.2024, Steuerberatergespräch 08.05.2024), sind erfolglos geblieben. Herr Richter weigert sich, dem Insolvenzantrag zuzustimmen, und hat angekündigt, dass er privat versuchen wolle, "Geld aufzutreiben".

Da gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 InsO jeder Geschäftsführer einzeln antragspflichtig ist, stelle ich diesen Antrag in eigener Verantwortung.

II. Angaben zur Schuldnerin

Firma	LUMEN Studios GmbH
Sitz	Frankfurt am Main
Geschäftsanschrift	Goethestraße 18, 60313 Frankfurt am Main

HRB	119845 (Amtsgericht Frankfurt am Main)
Stammkapital	EUR 25.000 (voll eingezahlt)
Gesellschafter	Sebastian Richter (55 %, GF) — Florian Weber (45 %, GF)
Gründung	08.03.2019
Geschäftsgegenstand	Produktion von Werbe- und Imagefilmen, Social-Media-Content, Kreativ-Dienstleistungen
Mitarbeitende	6 fest angestellt, ca. 12 fortlaufend tätige Freelancer
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Letzte Bilanz	31.12.2022 (testiert 18.09.2023 durch StB Hartmann)
Buchhaltung	bis Q3 2023 vollständig; Q4 2023 und 2024 lückenhaft (siehe III)

III. Buchhaltungs- und Aufzeichnungslage

Bedauerlicherweise ist die Buchhaltung der Gesellschaft ab Oktober 2023 in zunehmend mangelhaftem Zustand. Ursachen:

- Verlust des Mandats unseres bisherigen Steuerberaters StB Hartmann (Mandatsniederlegung 22.11.2023 mit der Begründung "erhebliche Diskrepanz Belege/Buchungen, fehlende Mitwirkung Geschäftsführung")
- Anschluss-Mandat war geplant, kam aber wegen Streit mit Herrn Richter über Auswahl des Nachfolgers nicht zustande
- Q4 2023 Buchungen nur teilweise erfasst; Jahresabschluss 2023 nicht fertig
- 2024 (Januar bis Mai) Buchungen praktisch nicht erfasst, lediglich Bankauszüge und Belegmappe vorhanden

Ich weise als Antragsteller darauf hin, dass die mangelhafte Buchhaltungslage strafbar sein könnte (§§ 283, 283b StGB). Da ich die operativen Buchhaltungs-Aufgaben ab Mai 2023 nahezu vollständig an Herrn Richter abgegeben habe (interne Aufgabenteilung gemäß Gesellschaftsvertrag § 8: Weber = Kreation/Produktion, Richter = Verwaltung/Finanzen), trifft mich der Vorwurf möglicher Pflichtverletzungen jedenfalls nicht in vollem Umfang. Ich werde der vorläufigen Insolvenzverwaltung uneingeschränkt kooperativ Auskunft erteilen.

IV. Anlagen (Beweismittel zum Eigenantrag)

Nr.	Bezeichnung
Anl. 1	Handelsregisterauszug HRB 119845 vom 21.05.2024
Anl. 2	Gesellschafterliste Stand 21.05.2024
Anl. 3	Gesellschaftsvertrag vom 08.03.2019, geänderte Fassung 14.07.2020
Anl. 4	Liquiditätsstatus zum 22.05.2024 (Excel + ausgedruckt)
Anl. 5	Schreiben Finanzamt Frankfurt I vom 12.05.2024 (Mahnung USt-Vorauszahlung April)
Anl. 6	Schreiben TK Krankenkasse vom 14.05.2024 (Mahnung SV-Beiträge)
Anl. 7	Kontoauszug Sparkasse Frankfurt 01.04.–22.05.2024

Nr.	Bezeichnung
Anl. 8	Bilanz 31.12.2022 (testiert)
Anl. 9	E-Mail-Verkehr Weber/Richter zur außergerichtlichen Sanierung, Mai 2024 (Auszug)
Anl. 10	Mandatsniederlegungs-Schreiben StB Hartmann vom 22.11.2023
Anl. 11	Aufzeichnungen Geschäftsführer-Aufgabenteilung (interne Notiz Mai 2023)
Anl. 12	Mietvertrag Goethestraße 18 vom 18.02.2019

V. Antrag im Übrigen

Beantragt wird:

1. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der LUMEN Studios GmbH gemäß §§ 16, 17, 19 InsO,
2. Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt gemäß §§ 21, 22 InsO,
3. Anordnung der Sicherungsmaßnahmen gemäß § 21 Abs. 2 InsO (Vollstreckungsverbot etc.),
4. Bestellung eines geeigneten vorläufigen Insolvenzverwalters,
5. nachrichtliche Mitteilung an das Handelsregister und an das Finanzamt.

Ich stehe dem Gericht für Rückfragen jederzeit zur Verfügung. Telefonisch erreichbar bin ich unter 0151 / 28 47 13 22; E-Mail florian.weber@lumen-studios.de (Postfach ist bei Mitgeschäftsführer Richter gespeichert; ich werde Postzustellungen unverzüglich quittieren).

Mit freundlichen Grüßen

Florian Weber

(als Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH)

Hinweis des Gerichts (zu Akte genommen): Am 22.05.2024, 14:38 Uhr, ist auch ein Antrag des Mitgeschäftsführers Herrn Sebastian Richter eingegangen, in dem dieser die "Rücknahme des Antrags des Herrn Weber" begehrt. Hierzu wird gesondert verfügt.

Datei: 02_Antrag_Ruecknahme_Richter_22-05-2024.md

Antrag auf Rücknahme des Insolvenzantrags

Sebastian Richter Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH Goethestraße 18 · 60313 Frankfurt am Main geboren 07.05.1986 · Wohnsitz Frankfurt am Main, Westendstraße 47

An das Amtsgericht Frankfurt am Main — Insolvenzabteilung — Klingerstraße 20 60313 Frankfurt am Main

per Fax voraus 22.05.2024 14:36, im Original eingegangen 23.05.2024 Aktenzeichen: 810 IN 245/24 (folgt zur Verfügung)

Antrag

In meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der

LUMEN Studios GmbH Goethestraße 18, 60313 Frankfurt am Main, HRB 119845

beantrage ich

die Rücknahme bzw. Zurückweisung des Insolvenzantrags meines Mitgesellschafters und Mitgeschäftsführers Florian Weber vom 22.05.2024.

Begründung

1. Antragsbefugnis Herr Weber

Herr Florian Weber ist zwar Mit-Geschäftsführer und zur Einzelvertretung berechtigt. Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 InsO ist jeder Geschäftsführer für sich antragsberechtigt. Das räume ich ein.

2. Tatsächliche Lage

Die von Herrn Weber dargestellte Liquiditätslage trifft im Kern zu; ich bestreite nicht, dass die Gesellschaft erhebliche Zahlungsrückstände hat. Ich bestreite jedoch ausdrücklich, dass eine **dauerhafte** Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO vorliegt.

Konkret kann ich folgendes vortragen:

- Ich befinde mich in Verhandlung mit einem Investor (Herrn Dr. Lorenz Petersen, Petersen Family Office GmbH, Frankfurt am Main), der eine Beteiligungs- und Darlehens-Vereinbarung mit Eigenkapital iHv EUR 150.000 in Aussicht gestellt hat. Erstes Gespräch fand am 14.05.2024 statt; ein Term Sheet wird bis 30.05.2024 erwartet.
- Eine Stundungs-Vereinbarung mit dem Finanzamt Frankfurt I ist nach erster Vorab-Klärung mit Sachbearbeiterin Frau Wendler (FA Frankfurt I, Telefon 069 / 256-3811) möglich, sobald ein Sanierungskonzept vorliegt. Ich plane die Erstellung dieses Konzepts bis 15.06.2024.
- Mit der Sparkasse Frankfurt (Firmenkundenbetreuer Herr Hagen-Schwarz) habe ich eine vorläufige Stillhalte-Vereinbarung bis 30.06.2024 verhandelt, vorbehaltlich Vorlage eines Sanierungskonzepts.

3. Innengesellschaftlicher Konflikt

Herr Weber und ich sind seit Februar 2024 zerstritten. Herr Weber wirft mir vor, die Buchhaltung vernachlässigt zu haben. Diese Vorwürfe sind aus meiner Sicht zumindest teilweise unbegründet; sie übersehen die schlechte Auftragslage, die Herr Weber kreativ zu verantworten hat (Ausbleiben mehrerer Großaufträge, die er als Kreativ-Direktor zu akquirieren hätte).

Es ist daher zu befürchten, dass Herr Weber den Insolvenzantrag nicht primär aus betriebswirtschaftlicher Verantwortung, sondern als Druckmittel im Gesellschafter-Streit stellt. Eine Eröffnung des Insolvenzverfahrens würde meine Sanierungs-Verhandlungen ausgrenzen und die Gesellschaft zwingend in die Liquidation drängen, obwohl eine Sanierung möglich erscheint.

4. Antrag

Ich beantrage daher,

- a) den Antrag des Herrn Weber zurückzuweisen oder hilfsweise
- b) die Antragsbearbeitung um vier Wochen auszusetzen, damit das laufende Investorengespräch und die Stundungs-Verhandlungen abgeschlossen werden können.

Hilfsweise rege ich an, dass das Gericht zunächst die vorläufige Insolvenzverwaltung mit "schwacher" Ausgestaltung (Zustimmungsvorbehalt) anordnet, damit die laufenden Verhandlungen nicht abgeschnitten werden, sondern unter Aufsicht eines vorläufigen Insolvenzverwalters fortgeführt werden können.

5. Anlagen

- Anl. R1: E-Mail-Verkehr mit Dr. Petersen (14./20./21.05.2024)
- Anl. R2: Aktennotiz Gespräch mit FA Frankfurt I, Frau Wendler, 16.05.2024
- Anl. R3: E-Mail Hagen-Schwarz (Sparkasse Frankfurt) vom 17.05.2024 zur vorläufigen Stillhalte
- Anl. R4: Eigenes Aktiv-Passiv-Verzeichnis Stand 20.05.2024 (von mir erstellt)

Frankfurt am Main, den 22.05.2024

Sebastian Richter

Geschäftsführer LUMEN Studios GmbH

Hinweis Geschäftsstelle: Bei diesem Antrag handelt es sich rechtlich nicht um eine "Rücknahme" — der Antrag des Mitgeschäftsführers Weber kann von Herrn Richter nicht zurückgenommen werden (§ 15 Abs. 1 InsO; jeder GF einzeln antragsberechtigt). Der Antrag wird daher als **Stellungnahme im Eröffnungsverfahren** behandelt und mit Verfügung vom 23.05.2024 dem zu bestellenden vorläufigen Insolvenzverwalter zur Kenntnis gegeben.

Datei: 03_Beschluss_vorlaeufige_IV_22-05-2024.md

Beschluss — Anordnung vorläufige Insolvenzverwaltung

Amtsgericht Frankfurt am Main — Insolvenzabteilung — Klingerstraße 20 60313 Frankfurt am Main

Aktenzeichen: 810 IN 245/24

Frankfurt am Main, 22. Mai 2024

In dem Insolvenzeröffnungsverfahren

der **LUMEN Studios GmbH**, Goethestraße 18, 60313 Frankfurt am Main, HRB 119845 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, vertreten durch die Geschäftsführer Sebastian Richter und Florian Weber,

— Schuldnerin —

aufgrund des Antrags des Geschäftsführers Florian Weber vom 22.05.2024 (eingegangen 22.05.2024, 11:14 Uhr),

ergeht folgender

Beschluss

I. Zur vorläufigen Insolvenzverwalterin gemäß § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO wird

Rechtsanwältin Dr. Claudia Bergmann Bergmann · Reuther · von Tannberg Insolvenzverwalter Partnerschaft mbB Goethestraße 53 60313 Frankfurt am Main Telefon 069 / 92 87 36 0

bestellt.

II. Verfügungen der Schuldnerin über ihr gegenwärtiges und künftiges Vermögen sind nur mit Zustimmung der vorläufigen Insolvenzverwalterin wirksam (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 InsO — sogenannte "schwache" vorläufige Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt).

III. Maßnahmen der Zwangsvollstreckung einzelner Gläubiger gegen die Schuldnerin werden untersagt, soweit nicht unbewegliche Gegenstände betroffen sind (§ 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO).

IV. Der vorläufigen Insolvenzverwalterin werden folgende Aufgaben übertragen:

1. Gutachten gemäß § 5 Abs. 1 InsO zu erstatten über

- das Vorliegen eines Insolvenzgrundes, - die Aussichten auf Fortführung und Sanierung, - die Aussichten für eine Massearmuts-Konstellation (§ 26 InsO), - den voraussichtlichen Erlös aus einer Verwertung, - die für die Verfahrenseröffnung erforderlichen Massekosten;

2. das Vermögen der Schuldnerin zu sichern und zu erhalten;

3. zu prüfen, ob das Unternehmen der Schuldnerin bis zur Entscheidung über die Eröffnung fortgeführt werden kann;

4. zu prüfen, ob die Buchhaltung der Schuldnerin den gesetzlichen Anforderungen genügt, und ggf. Maßnahmen zur Rekonstruktion einzuleiten;

5. die Korrespondenz mit dem Mitgeschäftsführer Richter zu führen und dessen Sanierungs-Vorschläge zu bewerten.

V. Die Schuldnerin und ihre Geschäftsführer haben der vorläufigen Insolvenzverwalterin unverzüglich umfassende Auskunft über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen, sämtliche Buchhaltungs-, Bank- und Vertragsunterlagen vorzulegen sowie Zutritt zu den Geschäftsräumen zu gewähren (§ 22 Abs. 3 InsO iVm § 97 InsO).

VI. Die Gutachten- und Sicherungstätigkeit der vorläufigen Insolvenzverwalterin soll spätestens binnen acht Wochen ab Zustellung dieses Beschlusses abgeschlossen sein. Eine Verlängerung wird auf begründeten Antrag in Aussicht gestellt.

VII. Die Vergütung der vorläufigen Insolvenzverwalterin wird nach Abschluss der Tätigkeit aufgrund eines gesonderten Antrags festgesetzt (§§ 10, 11 InsVV).

VIII. Beteiligten Gläubigern wird auf Antrag Akteneinsicht gemäß § 4 InsO iVm § 299 ZPO gewährt.

IX. Das Handelsregister wird gemäß § 31 GmbHG, § 23 InsO über die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung in Kenntnis gesetzt.

Gründe

Der Antrag des Mitgeschäftsführers Florian Weber ist zulässig (§ 13 Abs. 1, § 14 InsO). Die Antragsberechtigung jedes einzelnen Geschäftsführers ergibt sich aus § 15 Abs. 1 Satz 2 InsO und ist auch im Falle der internen Aufgabenteilung gegeben.

Der Antrag ist im Wesentlichen begründet. Aus den vorgelegten Unterlagen ergibt sich, dass die Schuldnerin Liquiditätslücken iHv mehr als 90 Prozent gegenüber fälligen Verbindlichkeiten hat. Die Drei-Wochen-Frist gemäß § 15a InsO ist überschritten.

Die Stellungnahme des Mitgeschäftsführers Richter vom 22.05.2024 (zugegangen 14:38 Uhr) wird zur Kenntnis genommen. Sie steht der Anordnung vorläufiger Sicherungsmaßnahmen nicht entgegen, sondern führt das Gericht zur Wahl der "schwachen" vorläufigen Insolvenzverwaltung (mit Zustimmungsvorbehalt statt Verfügungsverbot), um den von Herrn Richter genannten Sanierungs-Verhandlungen Raum zu geben. Die vorläufige Insolvenzverwalterin wird ausdrücklich beauftragt, diese Sanierungsoption zu prüfen.

Die Auswahl von RAin Dr. Claudia Bergmann erfolgt nach der Liste des Amtsgerichts Frankfurt am Main. Sie hat schriftlich am 22.05.2024 ihre Bereitschaft zur Übernahme erklärt. Interessenkonflikte sind nicht ersichtlich.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist innerhalb von zwei Wochen ab Zustellung die sofortige Beschwerde nach §§ 4 InsO, 567 ff. ZPO statthaft.

gez. Dr. Heinrich von Oeynhausen Richter am Amtsgericht

Datei: 04_Gutachten_Bergmann_18-07-2024.md

Insolvenzeröffnungs-Gutachten gemäß § 5 InsO

Bergmann · Reuther · von Tannberg Insolvenzverwalter Partnerschaft mbB RAin Dr. Claudia Bergmann Goethestraße 53 · 60313 Frankfurt am Main

An das Amtsgericht Frankfurt am Main — Insolvenzabteilung — Klingerstraße 20 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 18. Juli 2024

In dem Insolvenzeröffnungsverfahren

LUMEN Studios GmbH, Goethestraße 18, 60313 Frankfurt am Main Aktenzeichen: 810 IN 245/24

erstatte ich gemäß § 5 InsO und Ziffer IV Nr. 1 des Beschlusses vom 22.05.2024 folgendes

Gutachten

1. Eingangs-Befund

Der Insolvenzantrag des Mitgeschäftsführers Florian Weber vom 22.05.2024 ist zulässig. Die Angaben zum Insolvenzgrund werden im Folgenden bewertet.

2. Vorgehensweise

Ich habe in der Zeit vom 22.05.2024 bis 15.07.2024 folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Vor-Ort-Besuche in den Geschäftsräumen Goethestraße 18 (insgesamt 7 Termine, davon 5 mit Herrn Richter, 4 mit Herrn Weber, 2 mit beiden)
- Sichtung der vorhandenen Buchhaltungs-Unterlagen (Belegmappe ab 01.01.2024 bis 22.05.2024, Bankauszüge, OPOS-Liste Sparkasse Frankfurt)
- Übersendung eines strukturierten Fragenkatalogs an beide Geschäftsführer (Antworten Weber am 04.06.2024, Antworten Richter am 12.06.2024)
- Befragung des bisherigen Steuerberaters StB Wolfgang Hartmann (Hartmann & Partner Steuerberater mbB) am 18.06.2024
- Befragung des Firmenkundenbetreuers der Sparkasse Frankfurt, Herrn Achim Hagen-Schwarz, am 21.06.2024
- Sichtung der bisherigen Auftrags- und Honorarbücher (Microsoft Excel, ergänzt)
- Vermögensaufnahme (Inventar Geschäftsräume Goethestraße 18)
- Bewertung der laufenden Aufträge auf Realisierbarkeit
- Kontakt zum von Herrn Richter benannten potentiellen Investor (Dr. Lorenz Petersen, Petersen Family Office GmbH) am 09.07.2024 — siehe Ziffer 5.

3. Vermögens- und Liquiditätslage

3.1 Aktiva

Position	Wert (EUR)	Anmerkung
Bankguthaben Sparkasse Frankfurt (Konto 4 287 924) Stand 18.07.2024	1.847,22	Eingeschränkt verfügbar, KK-Linie ausgeschöpft
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	42.840,00	Brutto offen; nach Sichtung Werthaltigkeit ca. 60 % = 25.704
Honoraransprüche laufende Projekte	18.420,00	Realisierungsgrad fraglich, da Mitwirkungsleistung erforderlich
Vorräte (Verbrauchsmaterial, Festplatten, kleinere Technik)	4.200,00	Verkehrswert
Immaterielles Vermögen (Markenname "LUMEN")	5.000,00	geschätzt, Marktwert begrenzt
Anlagevermögen Technik (Kameras, Schnittarbeitsplätze, Drohne) — Restwert	38.400,00	Bewertet zu 30 % unter Buchwert wegen Schnellverwertung
Sicherheitsleistung Mietkaution	4.800,00	An Vermieter geleistet, Rückforderung nach Beendigung
Summe Aktiva (realistischer Verwertungswert)	**75.971,22**	bei sofortiger Verwertung

3.2 Passiva

Position	Wert (EUR)
Verbindlichkeiten Finanzamt Frankfurt I (USt-Vorauszahlungen + Lohnsteuer Q1+Q2 2024)	51.840,00
Sozialversicherungsbeiträge (TK, BARMER, DAK, Berufsgenossenschaft)	32.460,00
Verbindlichkeiten Lieferanten (gesamt, 14 Gläubiger)	47.380,00

Position	Wert (EUR)
Mietrückstand Goethestraße 18 (April-Juli 2024)	19.200,00
Sparkasse Frankfurt — Kontokorrent + Investitionsdarlehen	78.420,00
Honoraransprüche Freelancer (offen, fünf Personen)	18.420,00
Verbindlichkeiten Gesel lschafter-Darlehen (Richter 2022)	35.000,00
Stromrechnungen, Telekommunikation, sonstige laufende Kosten	8.620,00
Steuerberater-Honorar Hartmann (offen)	12.840,00
Sonstige Verbindlichkeiten	6.140,00
Summe Passiva	**310.320,00**

3.3 Bewertung

Es ergibt sich eine **Überschuldung in Höhe von ca. EUR 234.349** zum Stichtag 18.07.2024.

Die Liquiditätslücke ist mit ca. 99 Prozent dramatisch. Die Zahlungsunfähigkeit gemäß § 17 Abs. 2 InsO ist eindeutig festzustellen; sie ist bereits seit April 2024 eingetreten.

4. Insolvenzantragspflicht

Die Insolvenzantragspflicht nach § 15a Abs. 1 InsO ist spätestens Anfang Mai 2024 mit Eintritt der Zahlungsunfähigkeit ausgelöst worden. Der Antrag des Mitgeschäftsführers Weber vom 22.05.2024 wahrt die Drei-Wochen-Frist nur knapp, möglicherweise nicht vollständig. Die Frage einer **strafrechtlichen Relevanz** (§ 15a Abs. 4 InsO) ist sorgfältig zu prüfen — meines Erachtens ist die strafrechtliche Bewertung dem zuständigen Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft zu überlassen; ich werde, sobald das Insolvenzverfahren abgeschlossen ist, eine ergänzende Mitteilung an die StA gemäß § 31a BORA in Verbindung mit der Mitteilungspflicht des Insolvenzgerichts vorbereiten.

5. Sanierungsoption — Investorengespräche Richter

Der von Herrn Richter genannte Investor Dr. Lorenz Petersen (Petersen Family Office GmbH) ist eine real existierende Gesellschaft. Im Telefonat am 09.07.2024 hat Dr. Petersen mir gegenüber erklärt:

- Eine Beteiligungs-Vereinbarung sei zwar in Erwägung gezogen, aber nach Sichtung der vorliegenden Bilanz-Daten und der nun erkennbaren Schuldenlage nicht mehr realistisch.
- Eine Investition iHv EUR 150.000 wäre keinesfalls ausreichend, um die akute Schuldenlage zu bewältigen.

- Petersen erwäge allenfalls eine Übernahme von Vermögenswerten (Marke "LUMEN", Kunden-Stammdaten) im Rahmen eines Asset Deals nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Hierzu sei er bereit, ein Angebot über ca. EUR 25.000 abzugeben.

Die von Herrn Richter dargestellte Sanierungs-Option ist daher nicht belastbar.

6. Stundungs-Verhandlungen Finanzamt / Sparkasse

Frau Wendler (FA Frankfurt I) hat im Telefonat am 02.07.2024 ausdrücklich erklärt, dass eine Stundung der Steuerverbindlichkeiten ohne ein belastbares Sanierungs-Konzept nach IDW S 6 nicht möglich sei. Ein solches Konzept ist nicht vorgelegt worden.

Herr Hagen-Schwarz (Sparkasse Frankfurt) hat im Gespräch am 21.06.2024 erklärt, dass die Bank die Stillhalte-Vereinbarung am 30.06.2024 hat auslaufen lassen, da kein belastbares Sanierungs-Konzept vorgelegen habe. Die Bank werde nun gegebenenfalls Vollstreckungsmaßnahmen einleiten, derzeit verfolge sie das Eröffnungsverfahren.

7. Buchhaltungs-Befund

Die Buchhaltung der Schuldnerin ist ab Oktober 2023 erheblich mangelhaft.

- Vorhanden: Belegmappe (chronologisch, aber nicht systematisch erfasst); Bankauszüge; einige Excel-Dateien
- Nicht vorhanden: ordnungsgemäße Buchführung (DATEV oder vergleichbar) ab Oktober 2023; Inventar zum 31.12.2023; Jahresabschluss 2023; Bilanz; GuV
- Steuerberater Hartmann hat sein Mandat am 22.11.2023 niedergelegt wegen "mangelnder Mitwirkung". Eine Nachfolge wurde nicht beauftragt.
- Die laufende Lohnbuchhaltung wurde durch eine externe Lohnbuchhalterin (Frau Andrea Sturm) bis April 2024 noch fortgeführt; SV- und Lohnsteuer-Anmeldungen wurden erstattet, aber nicht alle Zahlungen durchgeführt.

Aus Sicht des Insolvenzrechts: Die Buchhaltungs-Lage ist so unzureichend, dass eine ordnungsgemäße Verwertung erheblich erschwert wird. Es ist nicht zuverlässig festzustellen, welche Vermögensverschiebungen (insbesondere Zahlungen an einzelne Gläubiger) im Zeitraum 10/2023 bis 05/2024 stattgefunden haben und damit ggf. anfechtbar sein könnten.

Diese Buchhaltungs-Lage ist möglicherweise auch strafrechtlich relevant (§ 283b StGB Verletzung der Buchführungspflicht).

8. Massearmut — Prognose

Bei Berücksichtigung folgender Posten ist die Frage der Massearmut zu beantworten:

- Verwertbares Aktiv-Vermögen (realistisch): EUR 75.971
- Erwarteter Verwertungs-Verlauf: Asset-Deal mit Petersen Family Office (EUR 25.000) plus Forderungs-Beitreibung (EUR 25.704) plus Anlage-Verkauf (EUR 38.400) plus Vorräte (EUR 4.200) = EUR 93.304 Bruttoerlös
- ./.. Vergütung vorläufige Insolvenzverwaltung (EUR 18.000)
- ./.. Vergütung Insolvenzverwalter (Stundungsantrag bei Eröffnung; nach Schätzung EUR 32.000)
- ./.. Massekosten Eröffnung (Gerichtskosten, Auslagen ca. EUR 4.000)
- ./.. Anwalts- und Gutachterkosten Verfahren (ca. EUR 6.000)
- = voraussichtlich verteilbare Masse: EUR 33.304

Bei Gegenüberstellung der Insolvenzforderungen (EUR 310.320) ergäbe sich eine Quote von ca. 10–11 Prozent. **Allerdings** ist die Insolvenzverwalter-Vergütung in dieser Höhe ohne Stundungsantrag (§ 4a InsO) nicht durch die Masse zu decken, da die Mindest-Vergütung nach § 2 Abs. 2 InsVV bei rund EUR 17.500 + Auslagen + USt liegt und die Erstaussstattungs-Massekosten einschließlich Verfahrenskosten Gerichtskasse von der Gesellschaft nicht aufgebracht werden können.

Da die Schuldnerin nicht über ausreichendes Vermögen verfügt, um die Massekosten (insbesondere Verfahrenskosten der Gerichtskasse und Vergütung des Insolvenzverwalters) zu decken, und ein Stundungs-Antrag nach § 4a InsO bei juristischen Personen nicht statthaft ist (BGH ZIP 2003, 1659), liegt eine Massearmuts-Konstellation gemäß § 26 InsO vor.

9. Ergebnis und Antrag

1. **Insolvenzgrund:** Zahlungsunfähigkeit § 17 InsO und Überschuldung § 19 InsO sind festgestellt.
2. **Sanierungsoption:** Nicht belastbar, kann das Verfahren nicht abwenden.
3. **Massearmut:** § 26 InsO liegt vor — die Masse reicht nicht aus, um die Verfahrenskosten zu decken.
4. **Empfehlung:** Abweisung des Antrags mangels Masse gemäß § 26 Abs. 1 InsO.
5. **Mitteilungspflicht:** Nach Abschluss des Verfahrens sind gemäß § 23 Abs. 1 GmbHG iVm § 31 GmbHG die Handelsregister-Eintragung der Auflösung zu veranlassen sowie gemäß § 32a Abs. 1 InsO bzw. Mitteilungs-Praxis der Insolvenzgerichte die Staatsanwaltschaft über mögliche Bankrott-Tatbestände (§§ 283, 283b StGB) zu informieren.

10. Vergütungsanspruch

Mein Vergütungsanspruch für die vorläufige Tätigkeit beträgt nach § 11 InsVV iVm § 2 Abs. 2 InsVV (Mindest-Vergütung): EUR 18.247,80 (inkl. Auslagen 4 % + USt 19 %). Bei Massearmut ist dieser Anspruch ggf. durch Stundung der Gerichtskasse zu erstatten — gesonderter Festsetzungsantrag wird mit Abschlussbericht gestellt.

Frankfurt am Main, den 18. Juli 2024

Dr. Claudia Bergmann

Rechtsanwältin vorläufige Insolvenzverwalterin

Anlagen:

- G1: Korrespondenz Petersen Family Office GmbH (E-Mail-Auszug 09.07.2024)
- G2: Vermerk Telefonat FA Frankfurt I, Frau Wendler, 02.07.2024
- G3: Vermerk Gespräch Sparkasse Frankfurt, Herr Hagen-Schwarz, 21.06.2024
- G4: Vermögensaufstellung Aktiv-Passiv detailliert
- G5: Vermerk Gespräch StB Hartmann, 18.06.2024
- G6: Zusammenstellung Buchhaltungs-Belege ab 01.10.2023

Datei: 05_Abweisungsbeschluss_26_InsO_22-07-2024.md

Beschluss — Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse

Frankfurt am Main, 22. Juli 2024

In dem Insolvenzeröffnungsverfahren

der LUMEN Studios GmbH, Goethestraße 18, 60313 Frankfurt am Main, HRB 119845, vertreten durch die Geschäftsführer Sebastian Richter und Florian Weber

— Schuldnerin —

aufgrund des Antrags des Geschäftsführers Florian Weber vom 22.05.2024,

ergeht folgender

Beschluss

I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Schuldnerin wird **mangels Masse** abgewiesen (§ 26 Abs. 1 InsO).

II. Die Gerichtskosten des Verfahrens trägt die Schuldnerin.

III. Der vorläufigen Insolvenzverwalterin RAin Dr. Claudia Bergmann wird die mit gesondertem Beschluss festzusetzende Vergütung zugesprochen, die aus der Verfahrensmasse — soweit vorhanden — bzw. aus der Staatskasse im Wege der Stundung gemäß § 26 Abs. 2 Satz 2 InsO iVm § 4a Abs. 3 InsO (analog) zu erstatten ist.

IV. Die Auflösung der Schuldnerin tritt gemäß § 60 Abs. 1 Nr. 5 GmbHG mit Rechtskraft dieses Beschlusses ein. Eine entsprechende Eintragung im Handelsregister wird gemäß § 65 Abs. 1 GmbHG veranlasst. Die Liquidation der Gesellschaft wird gegebenenfalls auf Antrag eines Gesellschafters durchgeführt; sind keine Gesellschafter aktiv beteiligt, kann das Registergericht die Gesellschaft nach § 394 FamFG von Amts wegen löschen.

V. Eine Mitteilung an die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main gemäß § 84 GmbHG, § 15a Abs. 4 InsO sowie zu möglichen Buchführungs-Verstößen wird veranlasst (vgl. Mitteilungsverfügung des Insolvenzgerichts).

VI. Gegen diesen Beschluss ist innerhalb von zwei Wochen ab Zustellung die sofortige Beschwerde nach §§ 4 InsO, 567 ff. ZPO statthaft.

Gründe

Der Antrag des Mitgeschäftsführers Florian Weber vom 22.05.2024 ist zulässig (§ 13, § 15 Abs. 1 Satz 2 InsO). Über das Vermögen der Schuldnerin liegen die Insolvenzgründe der Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO) und der Überschuldung (§ 19 InsO) vor. Dies ergibt sich aus dem Gutachten der vorläufigen Insolvenzverwalterin RAin Dr. Claudia Bergmann vom 18.07.2024, dem das Gericht nach eingehender Prüfung folgt.

Die Schuldnerin verfügt jedoch nicht über ausreichende Mittel, um die Massekosten — insbesondere die Vergütung des bestellten Insolvenzverwalters und die Verfahrenskosten der Gerichtskasse — zu decken. Die zu erwartende verteilbare Masse beträgt bei realistischer Bewertung lediglich ca. EUR 33.000. Die voraussichtliche Vergütung des Insolvenzverwalters beläuft sich nach § 2 InsVV iVm § 3 Abs. 1 InsVV (Mindest-Regelvergütung bei Verwertung im Range von EUR 75.000 bis 100.000) auf rund EUR 17.500 zuzüglich Auslagen und Umsatzsteuer (gesamt rund EUR 22.500). Die Verfahrenskosten der Gerichtskasse (§ 54 InsO) liegen bei rund EUR 4.000. Die Massekosten überschreiten damit zusammen

mit den notwendigen Sicherungs- und Verwertungs-Kosten die verfügbare Masse.

Eine Stundung der Verfahrenskosten nach § 4a InsO scheidet aus, da die Schuldnerin juristische Person ist (BGH ZB Beschluss vom 19.06.2003 — IX ZB 24/03, ZIP 2003, 1659; ständige Rechtsprechung). Eine Verfahrenskostenhilfe für juristische Personen ist im Insolvenzverfahren nicht statthaft.

Die Voraussetzungen einer Abweisung mangels Masse gemäß § 26 Abs. 1 InsO sind damit erfüllt.

Zu der vom Mitgeschäftsführer Richter eingebrachten Sanierungs-Option (Investitionsverhandlungen mit Petersen Family Office GmbH) ist auszuführen: Diese Option ist nach den durch die vorläufige Insolvenzverwalterin getätigten Erkundigungen nicht belastbar. Der genannte Investor Dr. Petersen hat in einem Telefonat vom 09.07.2024 erklärt, eine Beteiligung in einer für die Sanierung erforderlichen Höhe nicht zu beabsichtigen. Eine Stundungs-Vereinbarung mit den größten Gläubigern (Finanzamt, Sparkasse) ist mangels belastbarem Sanierungs-Konzept ebenfalls nicht zu erwarten. Eine Aussetzung der Entscheidung über den Eröffnungs-Antrag käme daher nicht zum Erfolg.

Die Mitteilungs-Verfügung an die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main betrifft folgende strafrechtlich möglicherweise relevante Sachverhalte: (i) den Verdacht der Insolvenz-Verschleppung gemäß § 15a Abs. 4 InsO (Antragspflicht-Verletzung), (ii) den Verdacht der Verletzung der Buchführungspflicht gemäß § 283b Abs. 1 Nr. 1, Nr. 3a StGB. Die Staatsanwaltschaft wird gebeten, das Ermittlungsverfahren in eigener Verantwortung einzuleiten und zu führen.

gez. Dr. Heinrich von Oeynhausen Richter am Amtsgericht

Datei: 06_Einleitungsverfuegung_StA_15-09-2024.md

Einleitungsverfügung Staatsanwaltschaft

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Abteilung 9 (Wirtschaftsstrafsachen) Konrad-Adenauer-Straße
20 60313 Frankfurt am Main

Aktenzeichen: **930 Js 1147/24** Sachbearbeiterin: StAin Dr. Petersen Telefon 069 / 1367-5742

Frankfurt am Main, 15. September 2024

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

Sebastian Richter, geboren 07.05.1986 in Frankfurt am Main, Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH, Wohnsitz Westendstraße 47, 60325 Frankfurt am Main

— Beschuldigter —

sowie

Florian Weber, geboren 12.11.1991 in Aschaffenburg, Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH, Wohnsitz Hauptstraße 142, 63065 Offenbach am Main

— Beschuldigter —

wegen des Verdachts der

a) Insolvenz-Verschleppung gemäß § 15a Abs. 4 InsO b) Verletzung der Buchführungspflicht gemäß § 283b Abs. 1 Nr. 1, Nr. 3a StGB c) Bankrott gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 5 StGB (in Variante zu prüfen)

ergeht folgende

Einleitungsverfügung

I. Aufgrund der Mitteilung des Amtsgerichts Frankfurt am Main vom 30.07.2024 (Az. 810 IN 245/24) wird gegen die Beschuldigten Sebastian Richter und Florian Weber ein Ermittlungsverfahren wegen der eingangs genannten Straftaten eingeleitet.

II. Sachbearbeiterin: StAin Dr. Petersen, Telefon 069 / 1367-5742, E-Mail petersen.stafrm@stafrm.justiz.hessen.de

III. Folgende Ermittlungsmaßnahmen werden veranlasst:

1. **Vernehmung der vorläufigen Insolvenzverwalterin RAin Dr. Claudia Bergmann** als Zeugin gemäß § 161a StPO; Termin wird durch Geschäftsstelle vereinbart, voraussichtlich KW 41/2024;

2. **Vernehmung des bisherigen Steuerberaters StB Wolfgang Hartmann** (Hartmann & Partner Steuerberater mbB, Kettenhofweg 78, 60325 Frankfurt am Main) als Zeuge gemäß § 161a StPO, vorbehaltlich Entbindung von der beruflichen Schweigepflicht gemäß § 53 StPO durch die Schuldnerin (vermutlich nicht zu erwarten — Anhörung der Geschäftsführer hierüber);

3. **Vernehmung des Firmenkundenbetreuers Herrn Achim Hagen-Schwarz** (Sparkasse Frankfurt, Hauptstraße 12, 60311 Frankfurt am Main) als Zeuge gemäß § 161a StPO;

4. **Anforderung der Akten 810 IN 245/24** vom Amtsgericht Frankfurt am Main einschließlich des Gutachtens RAin Dr. Bergmann vom 18.07.2024;

5. **Aufforderung an die Schuldnerin / die Geschäftsführer** zur Vorlage der Buchhaltungs-Unterlagen 2023 und 2024;

6. **Anhörungsbogen** an beide Beschuldigte mit Belehrung gemäß § 163a StPO;

7. **Anforderung BZR-Auszüge** beider Beschuldigter;

8. **Anforderung Handelsregister-Auszug** HRB 119845;

9. **Anfrage Finanzamt Frankfurt I** auf Übersendung der USt-Vorauszahlungs- und Lohnsteuer-Anmeldungen 2023/2024 sowie etwaiger Steuerprüfungs-Akten.

IV. Die Akten werden derzeit nicht den Beschuldigten überlassen (§ 147 Abs. 2 StPO — laufende Ermittlungen). Eine Akteneinsicht durch Verteidiger wird nach Eintritt der jeweiligen Voraussetzungen geprüft.

V. Über die Einleitung des Verfahrens werden die Beschuldigten formlos in Kenntnis gesetzt (Anhörungsbogen). Ein Pflichtverteidiger ist mangels Vorliegen der Voraussetzungen des § 140 StPO nicht zu bestellen.

Tatverdacht im Einzelnen

A. Tatverdacht § 283b StGB (Verletzung der Buchführungspflicht)

Nach Aktenlage besteht der Anfangsverdacht, dass

- die Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH ab dem 01.10.2023 keine ordnungsgemäße Buchführung mehr geführt haben (Mandatsniederlegung des bisherigen Steuerberaters StB Hartmann am 22.11.2023; kein Nachfolge-Mandat begründet);
- die Bilanz zum 31.12.2023 sowie der Jahresabschluss 2023 nicht erstellt wurden (Aufstellungs-Frist § 264 Abs. 1 Satz 4 HGB drei Monate, also bis 31.03.2024 — überschritten);
- Inventur und Inventar zum 31.12.2023 nicht angefertigt wurden;

- die Übersichtlichkeit der Vermögenslage erheblich beeinträchtigt ist (gemäß Gutachten RAin Dr. Bergmann);
- die Zahlungsunfähigkeit zum 22.05.2024 vorliegt.

Die Tatbestandsmerkmale des § 283b Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3a StGB erscheinen erfüllt. Die strafbarkeits-relevante Verbindung mit dem Insolvenzeintritt (= Tatbestand der **objektiven Bedingung der Strafbarkeit**, § 283b Abs. 3 iVm § 283 Abs. 6 StGB) ist durch den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit und die Abweisung mangels Masse gegeben.

B. Tatverdacht § 15a Abs. 4 InsO (Insolvenz-Verschleppung)

Die Zahlungsunfähigkeit ist nach Befund der vorläufigen Insolvenzverwalterin spätestens Anfang Mai 2024 eingetreten. Der Antrag des Mitgeschäftsführers Weber vom 22.05.2024 hält die Drei-Wochen-Frist möglicherweise nicht ein. Bei Mitgeschäftsführer Richter ist der Vorwurf der nicht-Antragstellung jedenfalls naheliegend, da er auf den Antrag des Mitgeschäftsführers mit einer Forderung nach Rücknahme reagiert hat, statt selbst (gegebenenfalls hilfsweise) Antrag zu stellen.

C. Tatverdacht § 283 StGB (Bankrott — zu prüfen)

Eine direkte Verminderung der Aktivmasse (Beiseiteschaffen, Vernichten, Beschädigen, Unbrauchbarmachen) ist derzeit nicht erkennbar. Die mangelhafte Buchführung allein begründet **§ 283b StGB** und nicht ohne weiteres § 283 StGB. Die Frage einer Aktivmasse-Verschiebung (z.B. ungerechtfertigte Entnahmen, verdeckte Gewinnausschüttungen, "letzte Zahlungen an einzelne Gläubiger") ist im Rahmen der Vernehmung der vorläufigen Insolvenzverwalterin und der Sichtung der Bankauszüge zu klären.

D. Verteidiger

Die Beschuldigten werden über ihr Recht auf Beizug eines Verteidigers (§ 137 StPO) belehrt. Eine Pflichtverteidiger-Bestellung ist derzeit nicht angezeigt (§ 140 StPO).

Verfügung:

1. Anhörungsbogen an beide Beschuldigte versenden (Frist 4 Wochen).
2. Vernehmungstermine RAin Bergmann und Herr Hagen-Schwarz vereinbaren.
3. Akten 810 IN 245/24 vom AG Frankfurt anfordern.
4. BZR-Auszüge anfordern.
5. Wiedervorlage nach Eingang der Anhörungsbogen-Antworten oder nach 4 Wochen.

gez. Dr. Karin Petersen Staatsanwältin

Datei: 07_Vernehmung_Bergmann_22-10-2024.md

Zeugenvernehmungsprotokoll RAin Dr. Bergmann

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Abteilung 9 (Wirtschaftsstrafsachen)

Aktenzeichen: 930 Js 1147/24 Vernehmender: StAin Dr. Karin Petersen Protokollführer: JOS Andreas Knaut

Ort: Räumlichkeiten der StA Frankfurt am Main, Konrad-Adenauer-Straße 20 Datum: 22. Oktober 2024
Beginn: 09:30 Uhr — Ende: 11:45 Uhr

Zeugin

Name: Dr. Claudia Bergmann geboren: 08.04.1972 in Marburg Beruf: Rechtsanwältin, Fachanwältin für Insolvenzrecht Anschrift: dienstlich Goethestraße 53, 60313 Frankfurt am Main Funktion im hiesigen Verfahren: vorläufige Insolvenzverwalterin LUMEN Studios GmbH, AG Frankfurt 810 IN 245/24

Belehrung

Die Zeugin wurde belehrt nach § 161a StPO über die Pflicht zur Aussage, das Recht auf Zeugnisverweigerung nach §§ 52, 53 StPO (hier nicht einschlägig), die Pflicht zur wahrheitsgemäßen Aussage, das Recht auf Auskunfts-Verweigerung nach § 55 StPO sowie die Strafbarkeit einer falschen Aussage nach § 153 StGB / § 154 StGB.

Die Zeugin erklärt, sich gemäß § 43a Abs. 2 BRAO zur Verschwiegenheit verpflichtet zu fühlen. Auf Nachfrage erklärt sie, dass sie hinsichtlich der ihr in der Funktion als vorläufige Insolvenzverwalterin bekannt gewordenen Tatsachen das Mandantengeheimnis nicht beanspruche, da die Beschuldigten (zugleich Geschäftsführer der Schuldnerin) sie ausdrücklich nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet haben und das insolvenzrechtliche Auskunftsverhältnis nach § 97 InsO einen weitergehenden Auskunftsanspruch gegenüber der Insolvenzverwalterin begründet, der nicht in einem Mandatsverhältnis verankert ist.

Die Zeugin sagt sodann zur Sache aus:

Zur Person der Schuldnerin

"Die LUMEN Studios GmbH habe ich erstmals mit Bestellung als vorläufige Insolvenzverwalterin durch Beschluss des AG Frankfurt vom 22.05.2024 kennen gelernt. Zuvor hatte ich keine geschäftlichen oder persönlichen Kontakte zu den beiden Geschäftsführern oder der Gesellschaft. Mein Auftrag bestand darin, ein Gutachten gemäß § 5 InsO zu erstatten und die Vermögenswerte der Schuldnerin bis zur Entscheidung über die Verfahrenseröffnung zu sichern."

Zur Buchhaltungs-Lage

"Bei meinem ersten Vor-Ort-Termin am 27.05.2024 in den Geschäftsräumen Goethestraße 18 habe ich folgendes vorgefunden: Es gab keine ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 238 ff. HGB. Vorhanden war ausschließlich eine Belegmappe mit chronologisch abgehefteten Eingangsrechnungen, Bankauszügen und Belegen. Eine systematische Verbuchung in einer Software wie DATEV, sevDesk oder LexOffice hat ab Oktober 2023 nicht mehr stattgefunden.

Ich habe die Belege gesichtet und teilweise nachträglich rekonstruiert. Ergebnis: Für 2024 (Januar bis Mai) existieren ca. 380 Einzelbelege ohne strukturierte Buchung. Die Übersichtlichkeit der Vermögens- und Schuldenlage ist hierdurch erheblich beeinträchtigt. Ich konnte zwar durch die Bankauszüge und Belege ein vorläufiges Aktiv-Passiv-Verzeichnis erstellen, aber nicht zuverlässig sagen, welche Zahlungen in welcher Reihenfolge an welche Gläubiger geflossen sind, ob beispielsweise einzelne Lieferanten bevorzugt bedient wurden oder ob ungewöhnliche Vermögensabflüsse stattgefunden haben.

Ein Jahresabschluss 2023 wurde nicht erstellt. Die Bilanz zum 31.12.2022 ist die letzte testierte Bilanz, sie wurde von StB Hartmann am 18.09.2023 erstellt.

Inventur und Inventar zum 31.12.2023 fehlen vollständig."

Zur Frage der Verantwortlichkeit der beiden Geschäftsführer

"Im Rahmen meiner Befragungen habe ich beide Geschäftsführer separat und mehrfach angesprochen. Beide haben sich auf eine interne Aufgabenteilung berufen, die im Gesellschaftsvertrag § 8 angedeutet, in einer internen Notiz vom Mai 2023 konkretisiert sein soll.

Nach dieser Aufgabenteilung war Herr **Weber** zuständig für: Kreation, Produktion, Kundenakquise, Auftrags-Akquisition.

Herr **Richter** war zuständig für: Verwaltung, Finanzen, Buchhaltung, Steuern, Lohn, Banken, Rechtliches.

Diese interne Aufgabenteilung ist gesellschaftsrechtlich grundsätzlich zulässig, befreit die Geschäftsführer aber nicht von ihren gemeinsamen gesetzlichen Pflichten — insbesondere von der Pflicht zur ordnungsgemäßen Buchführung und zur rechtzeitigen Insolvenz-Antragstellung. Die BGH-Rechtsprechung verlangt zwar eine gewisse Reduktion der Überwachungs-Pflicht bei klarer Ressort-Verteilung, aber bei erkennbarer Krise oder bei erkennbarer Verletzung der Pflichten durch den zuständigen Geschäftsführer kehrt die Überwachungs-Pflicht in vollem Umfang zurück (BGH II ZR 130/05 u.a.).

Im konkreten Fall ist Folgendes zu bewerten:

- Herr **Richter** war für die Buchhaltung primär zuständig. Die Mandatsniederlegung des Steuerberaters am 22.11.2023 mit Hinweis auf 'erhebliche Diskrepanz Belege/Buchungen' richtete sich primär an ihn. Er hat keinen Nachfolge-Steuerberater bestellt. Die Nicht-Erstellung des Jahresabschlusses 2023 fällt primär in seinen Verantwortungsbereich.
- Herr **Weber** hat — nach seiner eigenen Aussage — wiederholt von Herrn Richter Berichte über den finanziellen Status verlangt, jedoch nur unvollständige Auskünfte erhalten. Er hat sich aus Sicht der Überwachungs-Pflicht nicht hinreichend durchgesetzt; insbesondere hat er die externe Lohnbuchhalterin Frau Sturm um eine eigene Aufstellung gebeten, ohne diese Aufstellung umfassend zur Grundlage einer Sanierungs- oder Insolvenz-Entscheidung gemacht zu haben. Er hat allerdings im Mai 2024, als die Liquiditätskrise offensichtlich wurde, eigeninitiativ den Insolvenzantrag gestellt — was ihm zugute zu halten ist.

Insgesamt ist Herr **Richter** aus meiner Sicht stärker in den Verdacht der Pflicht-Verletzung (sowohl der Buchführungs-Pflicht als auch der Antrags-Pflicht) verstrickt. Bei Herrn Weber ist die Überwachungs-Pflicht problematisch, allerdings auch die deutliche Reaktion durch eigenständige Antragstellung."

Zur Frage des Insolvenz-Eintritt-Zeitpunkts

"Aus den vorhandenen Belegen lässt sich der Eintritt der Zahlungsunfähigkeit auf den Zeitraum **April bis Mitte Mai 2024** zurückführen.

Konkret: Bereits am 10.04.2024 war die Umsatzsteuer-Vorauszahlung für Februar 2024 fällig und wurde nicht geleistet (Mahnung Finanzamt vom 25.04.2024). Am 25.04.2024 wurden zwei Lieferanten-Rechnungen fällig (Adobe Inc. und Vimeo Inc.) und nicht bezahlt. Am 03.05.2024 war die Maimiete fällig und wurde nicht beglichen. Damit war spätestens am 03.05.2024 — bei realistischer Würdigung wahrscheinlich schon zuvor — die Zahlungsunfähigkeit eingetreten, und zwar nicht als kurzfristige Liquiditätslücke, sondern als nachhaltige Zahlungsunfähigkeit.

Die Drei-Wochen-Frist für den Insolvenz-Antrag (§ 15a Abs. 1 InsO) endete demnach spätestens am 24.05.2024. Der Antrag von Herrn Weber am 22.05.2024 wahrt diese Frist knapp, jedenfalls bei gutwilliger Berechnung. Wenn aber bereits Ende April Zahlungsunfähigkeit angenommen wird, dann endete die Frist Mitte Mai und der Antrag war verspätet.

Für die strafrechtliche Bewertung wäre der genaue Zeitpunkt zu klären. Aus zivilrechtlicher Sicht würde ich den Beginn der Zahlungsunfähigkeit auf den 03.05.2024 datieren (Maimiete fällig und nicht gezahlt, parallel mehrere andere Fälligkeiten unberichtigt)."

Zur Frage der Vermögensverschiebungen

StAin Petersen fragt: "Frau Dr. Bergmann, haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit Anzeichen für Vermögensverschiebungen, Selbstbedienung oder ungewöhnliche Zahlungen seitens der Geschäftsführer festgestellt?"

Zeugin: "Eine eindeutige Vermögensverschiebung ist mir nicht aufgefallen. Geschäftsführer-Gehälter (jeweils EUR 4.200 netto monatlich) wurden bis April 2024 normal ausgezahlt; im Mai 2024 wurde nur das Gehalt von Herrn Richter (nicht das von Herrn Weber) gezahlt — Begründung in der Buchhaltung: 'Liquiditätsengpass'. Das ist auffällig, aber der Betrag ist gering (EUR 4.200) und die Wertung obliegt dem Ermittlungsverfahren.

Eine größere Auffälligkeit gibt es jedoch: Am 15.04.2024 wurde vom Geschäftskonto ein Betrag von EUR 8.500 an Herrn Richter überwiesen, mit dem Buchungstext 'Rückzahlung Gesellschafterdarlehen'. Herr Richter hatte 2022 ein Gesellschafterdarlehen von EUR 35.000 gewährt; im April 2024 war hieraus also eine Teilrückzahlung. Die Zeitpunktswahl — Mitte April, in der akut beginnenden Krise — ist auffällig und möglicherweise anfechtbar gewesen (§§ 130, 131 InsO bzw. § 133 InsO). Da das Verfahren mangels Masse abgewiesen wurde, kam eine Anfechtung allerdings nicht zur Anwendung.

Außerdem fanden sich drei Auszahlungen an einen privaten Lieferanten 'Tannberg Audio Engineering UG', insgesamt EUR 14.200, zwischen März und Mai 2024 — Begründung 'Anschaffung Studio-Equipment'. Tatsächlich ist im Inventar kein Equipment im entsprechenden Wert nachweisbar. Ob es sich um eine reale Lieferung oder eine Scheinrechnung handelt, konnte ich nicht abschließend klären; Frau Sturm (Lohnbuchhalterin) erinnerte sich nicht an Lieferungen in entsprechendem Umfang."

Zur Verteidigung

StAin: "Wie schätzen Sie Verteidigungs-Chancen der beiden Geschäftsführer ein?"

Zeugin: "Das obliegt dem Verteidiger und ist nicht meine Aufgabe. Generell würde ich sagen: Bei Herrn Weber sehe ich die Verteidigungs-Linie 'interne Ressort-Verteilung + eigenständige Antragstellung'. Diese Linie ist nicht aussichtslos. Bei Herrn Richter sehe ich die Schwierigkeit, dass ihm die Buchhaltungs-Verantwortlichkeit klar zugeordnet ist, die Mandatsniederlegung des Steuerberaters direkt an ihn gerichtet war, und er auf den Insolvenzantrag mit einem nicht statthaften Rücknahme-Antrag reagiert hat statt selbst zu handeln."

Zur Aktenbeziehung

Die Zeugin überreicht eine ergänzende Auflistung der zwischen 01.10.2023 und 22.05.2024 aufgefallenen Zahlungs-Auffälligkeiten (Aufstellung sechs Seiten, Anlage Z1 zu diesem Protokoll).

Aussagen-Schluss

Die Zeugin erklärt nach Vorlesung des Protokolls, dass dieses ihre Aussagen zutreffend wiedergibt. Sie unterzeichnet das Protokoll mit dem Vorbehalt nachträglicher Ergänzungen, falls weitere Erkenntnisse zu den im Insolvenzverfahren festgestellten Zahlungsströmen verifiziert werden.

Vernehmungsende: 11:45 Uhr.

Dr. Claudia Bergmann

StAin Dr. Karin Petersen

JOS Andreas Knaut (Protokollführer)

Strafbefehl

Amtsgericht Frankfurt am Main Strafrichter Konrad-Adenauer-Straße 20 60313 Frankfurt am Main

Aktenzeichen: **933 Cs 78/25** Ausgefertigt am 15. Januar 2025

In der Strafsache

gegen

Sebastian Richter geboren 07.05.1986 in Frankfurt am Main Staatsangehörigkeit: deutsch Wohnsitz: Westendstraße 47, 60325 Frankfurt am Main Beruf: Geschäftsführer (selbständig), zuletzt Mitgeschäftsführer der LUMEN Studios GmbH (in Liquidation) Verheiratet, ein minderjähriges Kind (geboren 2021) Vorstrafen: keine (BZR-Auszug vom 12.01.2025)

— Angeklagter —

erlässt das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main (StAin Dr. Petersen) vom 09.01.2025 (Az. 930 Js 1147/24) folgenden

Strafbefehl

Sie werden angeklagt, in Frankfurt am Main im Zeitraum vom 01.10.2023 bis zum 22.05.2024

vorsätzlich die Buchführungspflicht in einer Weise verletzt zu haben, dass die Übersicht über ihren Vermögensstand erschwert wurde, indem sie als Geschäftsführer einer GmbH die nach Handelsrecht obliegenden Bücher zu führen unterlassen haben, und in diesem Zeitraum die Zahlungsunfähigkeit der von Ihnen geleiteten Gesellschaft eingetreten und das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft mangels Masse abgewiesen worden ist.

— strafbar gemäß **§ 283b Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 iVm § 283 Abs. 6 StGB**

Sachverhalt

Sie waren seit dem 08.03.2019 Mitgeschäftsführer der LUMEN Studios GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main, Goethestraße 18 (HRB 119845). Gemäß der internen Aufgabenteilung der Geschäftsführer waren Sie für die Bereiche Verwaltung, Finanzen, Buchhaltung, Steuern, Lohn, Banken und Rechtliches zuständig.

Ab dem 22.11.2023 hat der bisherige Steuerberater der Gesellschaft, StB Wolfgang Hartmann (Hartmann & Partner Steuerberater mbB), das Mandat niedergelegt und dabei ausdrücklich auf erhebliche Diskrepanzen zwischen Belegen und Buchungen sowie auf fehlende Mitwirkung der Geschäftsführung hingewiesen. Trotz dieser ausdrücklichen Warnung haben Sie keine Nachfolge-Bestellung eines Steuerberaters veranlasst und keine eigenständige ordnungsgemäße Buchführung etabliert.

In der Folge sind ab Oktober 2023 die handelsrechtlichen Buchführungs-Anforderungen nicht mehr erfüllt worden:

- Es wurde keine systematische, geordnete und nachvollziehbare Verbuchung der Geschäftsvorfälle in einer geeigneten Buchführungs-Software vorgenommen.
- Ein Inventar zum 31.12.2023 wurde nicht erstellt.
- Der Jahresabschluss 2023 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) wurde nicht innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist (drei Monate nach Geschäftsjahres-Ende, also bis 31.03.2024) erstellt.

- Auch bis zum Insolvenz-Antrag des Mitgeschäftsführers Weber am 22.05.2024 lag kein Jahresabschluss 2023 vor.

Die Belege wurden lediglich chronologisch abgeheftet, ohne dass aus dem Belegbestand eine systematische Buchführung abgeleitet wurde.

Hierdurch ist die Übersicht über den Vermögensstand der Gesellschaft erheblich erschwert worden. Die vorläufige Insolvenzverwalterin RAin Dr. Claudia Bergmann hat in ihrem Gutachten vom 18.07.2024 ausdrücklich festgestellt, dass aus den vorhandenen Unterlagen weder die genaue Höhe der Vermögensbestände noch der genaue Zeitpunkt einzelner Vermögensbewegungen zuverlässig rekonstruiert werden konnte.

Sie haben diese Buchführungs-Mängel zumindest billigend in Kauf genommen — Sie wussten, dass ein Steuerberater fehlt, dass keine Software-gestützte Buchführung läuft, und Sie haben dennoch nicht für eine ordnungsgemäße Buchführung gesorgt. Damit handelten Sie vorsätzlich, mindestens mit dolus eventualis.

Am 22.05.2024 hat der Mitgeschäftsführer Florian Weber Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft beim Amtsgericht Frankfurt am Main gestellt (Az. 810 IN 245/24). Das Amtsgericht hat den Antrag mit Beschluss vom 22.07.2024 mangels Masse abgewiesen (§ 26 Abs. 1 InsO). Die Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft im Sinne von § 17 InsO ist nach Feststellungen der vorläufigen Insolvenzverwalterin spätestens am 03.05.2024 eingetreten.

Damit ist die objektive Bedingung der Strafbarkeit gemäß § 283b Abs. 3 iVm § 283 Abs. 6 StGB erfüllt (Eintritt der Zahlungsunfähigkeit, Abweisung des Insolvenzverfahrens mangels Masse).

Strafzumessung

Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt:

Strafmildernd:

- Keine Vorstrafen (Erstmaligkeit)
- Persönliche Belastung durch das Ermittlungsverfahren und durch die parallele wirtschaftliche Belastung
- Familiäre Situation (minderjähriges Kind)
- Kein direkter Vermögensschaden bei einzelnen Gläubigern, der ausschließlich durch die Buchführungs-Versäumnisse verursacht worden wäre (auch wenn die Bewertung des Insolvenz-Ausfalls schwer fällt)

Strafschärfend:

- Vorsätzliches Handeln über sieben Monate (Oktober 2023 bis Mai 2024)
- Konkrete Warnung durch den niederlegenden Steuerberater wurde ignoriert
- Erhebliche Beeinträchtigung der vorläufigen Insolvenzverwalterin und damit der Gläubiger-Gemeinschaft

Das Tatgericht hält eine **Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je EUR 80,00** für angemessen.

Tagessatzhöhe wurde nach § 40 Abs. 2 StGB anhand des aus dem Anhörungsbogen entnommenen Netto-Einkommens des Angeklagten von ca. EUR 2.400 monatlich (zuletzt erzielttes Geschäftsführer-Gehalt) festgesetzt; das Netto-Einkommen geteilt durch 30 ergibt EUR 80,00 pro Tagessatz.

Strafe: 90 Tagessätze zu je EUR 80,00 = EUR 7.200,00

Kosten

Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen des Angeklagten trägt der Angeklagte.

Belehrung

Wenn Sie diesen Strafbefehl gegen sich gelten lassen wollen, ist eine besondere Erklärung nicht erforderlich. Der Strafbefehl wird dann rechtskräftig und steht einem rechtskräftigen Urteil gleich (§ 410 Abs. 3 StPO).

Sie können gegen den Strafbefehl

innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main

Einspruch

einlegen. Der Einspruch kann auf bestimmte Beschwerdepunkte beschränkt werden (§ 410 Abs. 2 StPO).

Bei rechtzeitigem Einspruch wird ein Hauptverhandlungstermin anberaumt, in dem das Gericht — gegebenenfalls unter Beteiligung der Staatsanwaltschaft — den Vorwurf prüft.

Rechtsfolgen-Hinweis

Bei nicht-rechtzeitiger Zahlung der Geldstrafe können Vollstreckungs-Maßnahmen (Pfändung) eingeleitet und gegebenenfalls eine Ersatz-Freiheitsstrafe von einem Tag je nicht-bezahltem Tagessatz vollstreckt werden.

Eine Eintragung dieses Strafbefehls erfolgt im Bundeszentralregister; bei einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen kann nach § 32 Abs. 2 Nr. 5 BZRG eine Eintragung im Führungszeugnis unterbleiben, sofern keine andere Strafe vorliegt.

gez. Richterin am Amtsgericht Stefanie Bäumler

Ausgefertigt zur Zustellung gez. JOS Andrea Henrichs Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle Frankfurt am Main, den 15.01.2025

Datei: 09_Einspruch_Steinbach_29-01-2025.md

Einspruch gegen den Strafbefehl

Prof. Dr. Markus Steinbach Rechtsanwalt — Fachanwalt für Strafrecht Steinbach & Steinbach
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB Bockenheimer Landstraße 102 · 60323 Frankfurt am Main Telefon 069 / 71 03 47 18 · Telefax 069 / 71 03 47 19 beA: SAFE-ID DE.34985.SteinbachM.x

An das Amtsgericht Frankfurt am Main Strafabteilung Konrad-Adenauer-Straße 20 60313 Frankfurt am Main

Per beA — Frankfurt am Main, den 29. Januar 2025

In der Strafsache

gegen Herrn Sebastian Richter, Westendstraße 47, 60325 Frankfurt am Main

Aktenzeichen: **933 Cs 78/25**

zeige ich an, dass ich den Angeklagten — den ich seit dem 16.01.2025 mandatiert habe — vertrete.
Vollmacht ist beigelegt (Anlage E1).

Für meinen Mandanten lege ich gegen den Strafbefehl der Frau RichterIn am Amtsgericht Bäumler vom 15.01.2025, zugestellt am 17.01.2025, fristwährend

Einspruch

ein. Der Einspruch ist nicht beschränkt; er richtet sich gegen den Schuld- und Strafausspruch insgesamt.

Eine Einspruchs-Begründung folgt mit gesondertem Schriftsatz. Vorab darf ich folgendes vortragen, um die wesentlichen Verteidigungs-Linien zu skizzieren:

1. Sachlicher Hintergrund

Mein Mandant bestreitet weder die Existenz der internen Aufgabenteilung noch die Mandatsniederlegung des Steuerberaters Herrn Hartmann am 22.11.2023. Er bestreitet jedoch den Vorwurf des **Vorsatzes** bezüglich der Buchführungs-Verletzung.

Mein Mandant hat ab Oktober 2023 in Eigenregie Aufzeichnungen geführt (Microsoft Excel mit ca. 1.840 Buchungs-Zeilen für den Zeitraum Q4 2023 bis Q1 2024). Diese Aufzeichnungen wurden der vorläufigen Insolvenzverwalterin im Rahmen der Ermittlungen vorgelegt; sie sind in der Akte erfasst (Aktenanlage 23). Sie genügen zwar nicht den vollen Anforderungen einer ordnungsgemäßen DATEV-Buchführung, dokumentieren aber Geschäftsvorgänge in einer Weise, die den Vermögensstand grundsätzlich nachvollziehbar werden lässt.

Mein Mandant hat sich nach der Mandatsniederlegung von Herrn Hartmann an drei verschiedene potentielle Nachfolge-Steuerberater gewandt:

- StB Heiner Wendlitz (Abgesagt am 04.12.2023 wegen Auslastung)
- StB Anna Krammer (Erstgespräch 12.01.2024; Mandat scheiterte am Honorarvorschuss-Anforderung in einer für die Gesellschaft nicht bezahlbaren Höhe)
- StB Lars Petermann (Erstgespräch 28.02.2024; Mandat-Vorbereitung zog sich bis April 2024, ist aber wegen Insolvenz nicht zustande gekommen)

Eine entsprechende Korrespondenz wird mit der Begründung des Einspruchs vorgelegt werden.

2. Rechtliche Bewertung

Die Tatbestandsmerkmale des § 283b Abs. 1 Nr. 1 StGB ("nicht-, nicht-richtig oder nicht-rechtzeitig führen") sind tatbestandlich erfüllt, soweit eine systematische, geordnete und nachvollziehbare Buchführung im Sinne §§ 238 ff. HGB nicht stattgefunden hat. Die durch meinen Mandanten geführten Excel-Aufzeichnungen erfüllen diese Anforderungen nur teilweise.

Aber die **subjektive Tatseite** (Vorsatz, mindestens dolus eventualis) ist nach unserer Auffassung nicht erfüllt:

- Mein Mandant wusste um die Mandatsniederlegung des Steuerberaters und hat aktiv nach Nachfolge gesucht.
- Er hat in dieser Übergangsphase eigenständig Buchungs-Aufzeichnungen geführt.
- Eine bewusst-billigend-in-Kauf-genommene Verletzung der Buchführungs-Pflicht liegt nicht vor; er hat vielmehr in Erwartung der baldigen Bestellung eines Nachfolgers das Beste versucht.
- Die Vorwurfs-Begründung im Strafbefehl, mein Mandant habe "gewusst, dass ein Steuerberater fehlt, dass keine Software-gestützte Buchführung läuft, und nicht für eine ordnungsgemäße Buchführung gesorgt", verkennt diese aktive Übergangs-Bemühung.

3. Strafzumessung

Hilfsweise, für den Fall, dass das Gericht zu einer Verurteilung gelangt, ist die Strafzumessung deutlich zu reduzieren:

- 90 Tagessätze sind als Eingangs-Strafe für einen Erst-Verurteilten ohne konkrete Schadensbezeichnung deutlich überhöht.
- Vergleichbare Fälle in der Frankfurter Rechtsprechung enden regelmäßig bei 30 bis 60 Tagessätzen.
- Mein Mandant ist nicht vorbestraft, hat im Verfahren mitgewirkt (Aussagen gegenüber der Insolvenzverwalterin und Vorlage der Excel-Aufzeichnungen) und hat keinen direkten Schaden gestiftet (der Vermögensverlust der Gläubiger resultiert aus der schlechten wirtschaftlichen Lage, nicht aus der Buchführungs-Lage).

Die Tagessatzhöhe von EUR 80,00 ist ebenfalls nicht zutreffend; mein Mandant hat seit Insolvenz der LUMEN Studios GmbH keine geregelten Einkünfte mehr und arbeitet derzeit als Freelancer mit einem geschätzten Netto-Einkommen von ca. EUR 1.800 bis EUR 2.100 monatlich. Eine Tagessatzhöhe von EUR 50,00 bis EUR 60,00 wäre sachgerecht.

4. Verfahrens-Anregungen

Hilfsweise rege ich eine Einstellung des Verfahrens nach **§ 153a StPO** an. Eine Geldauflage in einer Höhe von etwa EUR 2.500 zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung erscheint dem Ermittlungsergebnis und dem Schuldgrad angemessen. Eine entsprechende Bereitschaft meines Mandanten ist gegeben.

Hilfsweise zur Hauptverhandlung beantrage ich, eine zeitnahe Terminierung. Mein Mandant befindet sich in einer beruflichen und persönlichen Neuorientierungs-Phase und hat ein erhebliches Interesse an raschem Abschluss des Verfahrens.

5. Beweisanträge

Vorab benenne ich folgende Beweisangebote:

- Aussage des potentiellen Nachfolge-Steuerberaters StB Lars Petermann (Adresse folgt) zur Erklärung der Übergangs-Bemühungen meines Mandanten;
- Aussage der externen Lohnbuchhalterin Frau Andrea Sturm (Adresse Anlage E2) zur Information über die laufenden Bemühungen meines Mandanten;
- Vorlage der Excel-Buchungs-Aufzeichnungen Q4 2023 bis Mai 2024 (Anlage E3);
- Vorlage der Korrespondenz mit den drei potentiellen Nachfolge-Steuerberatern (Anlage E4).

6. Akteneinsicht

Ich beantrage Akteneinsicht in die Verfahrensakten, insbesondere in die Akten 810 IN 245/24 (Insolvenzeröffnungsverfahren AG Frankfurt) sowie 930 Js 1147/24 (Ermittlungs-Akten StA Frankfurt). Eine ausführliche Stellungnahme wird nach Akteneinsicht eingereicht.

Eine Frist von 6 Wochen ab Akteneinsicht für die Einreichung der ausführlichen Begründung erscheint angemessen.

Mit kollegialen Grüßen

Prof. Dr. Markus Steinbach

Rechtsanwalt Fachanwalt für Strafrecht

Anlagen:

- E1: Vollmacht des Mandanten Sebastian Richter
- E2: Liste der Beweisangebote mit Adressen
- E3: Excel-Buchungs-Aufzeichnungen Q4 2023 bis Mai 2024 (USB-Stick, verschlüsselt — Passwort per separater Mitteilung)
- E4: Korrespondenz mit den drei potentiellen Nachfolge-Steuerberatern (StB Wendlitz, StB Krammer, StB Petermann)

PDF-Anhang: Akte_LUMEN_Studios_GmbH.pdf

Datei: Akte_LUMEN_Studios_GmbH.pdf

VERFAHRENSAKTE

Insolvenz- und Wirtschaftsstrafverfahren

LUMEN Studios GmbH

Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main
HRB 119845 – Amtsgericht Frankfurt am Main

Insolvenzverfahren:	AG Frankfurt am Main, Az. 810 IN 245/24
Ermittlungsverfahren:	StA Frankfurt am Main, Az. 930 Js 1147/24
Strafbefehlsverfahren:	AG Frankfurt am Main, Az. 933 Cs 78/25
Beschuldigter:	Sebastian Richter, geb. 07.05.1986
Verteidiger:	RA Prof. Dr. Markus Steinbach, Frankfurt am Main
Vorl. Insolvenzverwalterin:	RAin Dr. Claudia Bergmann, Frankfurt am Main
Sachbearbeiterin StA:	StA'in Dr. Petersen

AKTENVERZEICHNIS

Abt. Dokument

I Insolvenzrechtlicher Teil

1. Handelsregistrauszug LUMEN Studios GmbH
2. Gesellschafterliste
3. Insolvenzantrag vom 22.05.2024 (Eigenantrag GF Weber)
4. Antrag GF Richter auf Ruecknahme des Insolvenzantrags
5. Beschluss: Anordnung vorlaeufige Insolvenzverwaltung
6. Gutachten der vorl. Insolvenzverwalterin RAin Dr. Bergmann
7. Beschluss: Abweisung mangels Masse (Par. 26 InsO)
8. Mitteilung an das Handelsregister / Loeschungsankuendigung

II Ermittlungsverfahren / Strafsakte

9. Mitteilung des Insolvenzgerichts an die Staatsanwaltschaft
10. Einleitungsverfuegung der StA Frankfurt am Main
11. Anhoerungsbogen des Beschuldigten
12. Vernehmungsprotokoll: Zeugin RAin Dr. Bergmann
13. Vernehmungsprotokoll: Zeuge Steuerberater Hartmann
14. Vermerk StA: Auswertung Buchfuehrungsunterlagen
15. Vermerk StA: Auswertung Kontobewegungen
16. Vermerk StA: Pruefung Bankrottstraftaten / Rechtliche Wuerdigung
17. Auszug aus dem Bundeszentralregister
18. Schreiben RA Prof. Dr. Steinbach an StA (1. Stellungnahme)
19. Vermerk StA: Stellungnahme zum Schreiben RA Steinbach
20. Schreiben RA Steinbach an StA (2. Stellungnahme)
21. Teilverfuegung: Einstellung gem. Par. 170 II StPO / Par. 154 I StPO
22. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls
23. Strafbefehl AG Frankfurt am Main (Par. 283b StGB)
24. Zustellungsurkunden und Einspruchsschrift

ABTEILUNG I Insolvenzrechtlicher Teil

Dokument 1
Amtsgericht Frankfurt am Main – Registergericht
Az.: HRB 119845

Auszug aus dem Handelsregister Abteilung B

Abgerufen am 24. Mai 2024 aus dem gemeinsamen Registerportal der Laender

Nr. d. Eintr.	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	d) Stammkapital e) Allgemeine Vertretungsregelung f) Geschaeftsfuehrer	Tag der Eintragung
1	a) LUMEN Studios GmbH b) Frankfurt am Main c) Produktion von Werbe- und Imagefilmen, Social-Media-Content, Kreativdienstleistungen	d) 25.000,00 EUR e) GESAMTVERTRETUNG: Die Gesellschaft wird durch beide Geschaeftsfuehrer GEMEINSCHAFTLICH vertreten. f) Richter, Sebastian, *07.05.1986, Frankfurt am Main; Weber, Florian, *12.11.1991, Offenbach am Main	08.03.2019
2	Geschaeftsanschrift: Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main		15.05.2019
3	Eintragung: Antrag auf Eroeffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen (Par. 26 InsO).		22.07.2024
4	Die Gesellschaft ist aufgeloeset. Von Amts wegen eingetragen gemaess Par. 394 FamFG.		12.08.2024

Dieser Ausdruck gibt den aktuellen Stand der elektronischen Daten im Handelsregister wieder und wurde maschinell erstellt.
Eine Unterschrift ist daher nicht erforderlich.

Az.: HRB 119845

Gesellschafterliste gem. Par. 40 GmbHG

Eingereicht am 08. März 2019 – letzte im Handelsregister aufgenommene Fassung

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Wohnort	Geschäfts- anteil Nr.	Nennbetrag (EUR)	%-Anteil
1	Richter, Sebastian	07.05.1986	Frankfurt a.M.	1	13.750,00	55,00
2	Weber, Florian	12.11.1991	Offenbach a.M.	2	11.250,00	45,00
				Gesamt:	25.000,00	100,00

Die vorstehende Gesellschafterliste ist richtig und vollstaendig.

Sebastian Richter

Geschäftsfuehrer

Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

An das

Amtsgericht Frankfurt am Main

- Insolvenzgericht -

Gerichtsstrasse 2

60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 22. Mai 2024

Antragstellerin und Schuldnerin:

LUMEN Studios GmbH

vertreten durch den Geschäftsführer Florian Weber

Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main

HRB 119845 – Amtsgericht Frankfurt am Main

Weiterer Geschäftsführer (nicht antragstellend):

Sebastian Richter, Schillerstrasse 9, 60313 Frankfurt am Main

Eigenantrag gem. Par. 15a Abs. 1 InsO

Vorbemerkung zur Antragstellung:

Der Unterzeichner stellt den vorliegenden Antrag als einzelner Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH. Dem Unterzeichner ist bekannt, dass im Handelsregister fuer die Gesellschaft Gesamtvertretung eingetragen ist, d.h. die Gesellschaft wird im Aussenverhaeltnis durch beide Geschäftsführer nur gemeinschaftlich vertreten. Der weitere Geschäftsführer Sebastian Richter hat seine Zustimmung zur Insolvenzantragstellung ausdruecklich verweigert.

Gleichwohl ist der Unterzeichner nach seiner Rechtsauffassung berechtigt und verpflichtet, den Antrag allein zu stellen. Die Antragspflicht aus Par. 15a Abs. 1 InsO trifft **jedes Mitglied des Vertretungsorgans persoendlich und individuell**, unabhaengig von der im Handelsregister eingetragenen Vertretungsregelung. Das Antragsrecht nach Par. 15 Abs. 1 InsO besteht fuer jedes Organmitglied einzeln. Es handelt sich um eine oeffentlich-rechtliche Pflicht, die nicht durch gesellschaftsvertragliche Vertretungsregelungen eingeschaenkt werden kann (vgl. BGH, Urteil v. 14.12.2005, IX ZR 207/04; MuenchKomm-InsO/Kloehn, Par. 15a Rn. 42 ff.).

Der Unterzeichner sieht sich aufgrund der nachfolgend dargelegten wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft zu diesem Schritt gezwungen, um sich nicht der persönlichen Haftung aus Par. 15a Abs. 4 InsO sowie einer Strafbarkeit nach Par. 15a Abs. 4, 5 InsO auszusetzen.

I. Zur Gesellschaft

Die LUMEN Studios GmbH wurde am 02. März 2019 gegründet und am 08. März 2019 unter HRB 119845 in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Produktion von Werbe- und Imagefilmen, Social-Media-Content sowie die Erbringung von Kreativdienstleistungen im Bereich audiovisueller Medien.

Das Stammkapital beträgt EUR 25.000,00. Gesellschafter sind Sebastian Richter mit einem Anteil von 55 % (EUR 13.750,00) und Florian Weber mit einem Anteil von 45 % (EUR 11.250,00). Beide sind als Geschäftsführer im Handelsregister eingetragen, wobei die Gesellschaft nur durch beide Geschäftsführer gemeinschaftlich vertreten wird (Gesamtvertretung).

Die Gesellschaft betrieb zuletzt zwei Standorte: Das Hauptbüro an der Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main (Mietverhältnis seit dem 01. Mai 2019, Vermieter: Maintor Immobilien GmbH, monatliche Nettokaltmiete EUR 3.800,00, zzgl. Nebenkosten ca. EUR 420,00) sowie einen angemieteten Studioraum an der Hanauer Landstrasse 188, 60314 Frankfurt am Main (befristeter Mietvertrag, monatlich EUR 2.200,00, gekündigt zum 31. März 2024 wegen Zahlungsrückständen).

Zum Zeitpunkt der Antragstellung beschäftigt die Gesellschaft noch 3 Mitarbeiter (davon 2 in Teilzeit), gegenüber ehemals 8 Mitarbeitern im Geschäftsjahr 2022. Die Arbeitsverhältnisse von 5 Mitarbeitern wurden im Laufe des Jahres 2023 und Anfang 2024 gekündigt.

II. Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft positionierte sich als Kreativagentur im Bereich Filmproduktion und Content-Erstellung für mittelständische Unternehmen und Agenturen im Rhein-Main-Gebiet. Die Umsatzentwicklung seit Gründung stellt sich wie folgt dar:

Geschäftsjahr	Umsatz (ca.)	Ergebnis (ca.)	Mitarbeiter (Durchschnitt)
2019 (Rumpf-GJ, 10 Mon.)	EUR 195.000	EUR -18.000	3
2020	EUR 140.000	EUR -52.000	4
2021	EUR 410.000	EUR +34.000	6
2022	EUR 580.000	EUR +61.000	8
2023	EUR 245.000	EUR -128.000	5
2024 (bis Antragstellung)	EUR 32.000	n.v.	3

Die Geschäftsentwicklung verlief in den ersten Monaten nach Gründung vielversprechend. Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt durch die COVID-19-Pandemie, die zu einem erheblichen Einbruch bei Aufträgen für Werbefilme und Live-Events führte. Im Geschäftsjahr 2021 konnte die Gesellschaft sich erholen und durch die gestiegene Nachfrage nach digitalem Content (Social-Media-Videos, Webinare, Online-Werbespots) ein deutliches Umsatzwachstum erzielen. Das Geschäftsjahr 2022 war das stärkste Jahr der Gesellschaft.

Der drastische Umsatzrückgang ab dem Geschäftsjahr 2023 ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Verlust des groessten Auftraggebers Adler Medienagentur GmbH (ca. 40 % des Jahresumsatzes), der die Zusammenarbeit im April 2023 beendete und die Produktion an eine guenstigere Agentur in Berlin vergab
- Allgemeine Zurueckhaltung mittelstaendischer Unternehmen bei Marketing-Investitionen aufgrund der konjunkturellen Lage und gestiegener Zinsen
- Zunehmender Preiswettbewerb durch Freelancer und kleinere Agenturen, die vergleichbare Leistungen zu deutlich niedrigeren Preisen anboten
- Hohe Fixkosten durch langfristige Mietvertraege und Leasingverpflichtungen fuer Kameraequipment, die nicht kurzfristig reduziert werden konnten
- Kuendigung des Studioraums Hanauer Landstrasse durch den Vermieter wegen Mietrueckstaenden im Maerz 2024

III. Insolvenzgruende

Die Gesellschaft ist sowohl zahlungsunfaehig im Sinne des Par. 17 InsO als auch ueberschuldet im Sinne des Par. 19 InsO.

Die laufenden Verbindlichkeiten koennen seit ca. Oktober/November 2023 nicht mehr vollstaendig bedient werden. Insbesondere wurden die Gehaelter fuer Dezember 2023 nur noch teilweise ausgezahlt (Restbetrag ca. EUR 4.800,00 offen). Die Miete fuer die Goethestrasse wurde letztmalig fuer Oktober 2023 vollstaendig gezahlt. Seit November 2023 bestehen kontinuierlich Mietrueckstaende. Die Miete fuer den Studioraum Hanauer Landstrasse wurde seit September 2023 nicht mehr gezahlt.

Es bestehen faellige und ernsthaft eingeforderte Verbindlichkeiten in Hoehe von ca. EUR 320.000,00, denen liquide Mittel von lediglich ca. EUR 1.240,00 (Commerzbank-Geschaeftskonto) gegenueberstehen. Die Liquiditaetsluecke betraegt damit ueber 99 % der faelligen Gesamtverbindlichkeiten.

Eine Fortbestehensprognose faellt negativ aus. Die Gesellschaft verfuegt ueber kein tragfaehiges Sanierungskonzept. Der Geschaeftsfuehrer Richter verweist zwar auf laufende Gespraeche mit der Rhein-Main Ventures GmbH ueber eine moegliche Beteiligung in Hoehe von EUR 200.000,00, jedoch liegt bislang lediglich ein unverbindlicher Letter of Intent vom 20. Oktober 2023 vor. Konkrete Verhandlungen finden nach meiner Kenntnis seit Februar 2024 nicht mehr statt.

IV. Vermoegensuebersicht

Aktiva		Passiva	
Bankguthaben Commerzbank Ffm (Kto. DE52 5004 0000 0611 8934 00)	1.240,12 EUR	Verbindl. Lieferanten (Einzelaufstellung s. Anlage K3)	84.600,00 EUR
Forderungen aus L+L (davon EUR 38.000 gg. MediaPower AG – faellig und unstreitig; Rest zweifelhaft)	ca. 52.000 EUR	Mietrueckstaende Goethestr. 18 (Nov 2023-Mai 2024) Hanauer Landstr. 188 (Sep 2023-Mrz 2024)	41.400,00 EUR
Equipment (Kameras, Licht, Schnittsystem, Drohne etc.) Buchwert EUR 78.000 Liquidationswert	ca. 12.000 EUR	Lohnrueckstaende (Dez 2023-Mai 2024, 3 MA)	28.800,00 EUR
Bueroausstattung (Moebel, IT, sonstige)	ca. 3.000 EUR	Leasingverpflichtungen (RED-Kamera-System, Leasing-GF Muenchen)	36.200,00 EUR

Bankdarlehen Commerzbank (Darlehensvertrag v. 10.06.2020, Nr. 500-2278-401)	48.000,00 EUR
Sozialversicherungsbeitraege (Rueckstand Okt 2023-Mai 2024)	18.400,00 EUR
Steuerrueckstaende (USt Q3+Q4/2023, LSt Nov-Dez 2023) Finanzamt Frankfurt V	22.100,00 EUR
Verbindl. ggue. StB Hartmann (Honorarrueckstand)	8.500,00 EUR
Sonstige Verbindlichkeiten (Versicherungen, Telekom etc.)	12.000,00 EUR
Summe Aktiva (geschaetzt)ca. 68.240 EUR	Summe Passivaca. 300.000 EUR

Anmerkung des Antragstellers: Der Geschaeftsfuehrer Richter behauptet, eine ausstehende Forderung gegen die MediaPower AG in Hoehe von EUR 38.000,00 sei kurzfristig einbringlich und wuerde die Liquiditaetslage wesentlich verbessern. Ferner verweist er auf den Letter of Intent der Rhein-Main Ventures GmbH. Der Unterzeichner teilt diese Einschaeztung nicht. Die Forderung gegen die MediaPower AG ist zwar unstreitig, wird aber nach meiner Erfahrung nicht kurzfristig eingehen, da MediaPower selbst mit Liquiditaetsproblemen zu kaempfen hat. Eine verbindliche Investitionszusage der Rhein-Main Ventures GmbH liegt nicht vor.

V. Wesentliche Glaeubiger

Die zehn groessten Glaeubiger (gemessen am Forderungsvolumen) sind:

Nr.	Glaeubiger	Forderung (ca.)	Faellig seit
1	Commerzbank AG (Darlehen)	48.000,00 EUR	01.01.2024
2	Leasing-GF GmbH, Muenchen (RED-Kamera)	36.200,00 EUR	01.12.2023
3	Maintor Immobilien GmbH (Vermieter Goethestr.)	26.600,00 EUR	01.11.2023
4	Finanzamt Frankfurt V (USt, LSt)	22.100,00 EUR	div.
5	AOK Hessen (SV-Beitraege)	18.400,00 EUR	15.10.2023
6	SoundDesign Frankfurt GbR (Dienstleister)	16.800,00 EUR	01.08.2023
7	Hanauer Gewerbepark KG (Vermieter Studio)	14.800,00 EUR	01.09.2023
8	Mitarbeiter (Lohnrueckstaende, 3 Pers.)	28.800,00 EUR	01.01.2024
9	StB Hartmann (Honorar)	8.500,00 EUR	01.06.2023
10	Diverse kleinere Lieferanten	ca. 79.800 EUR	div.

Eine vollstaendige Glaeubigerliste mit Anschriften und Forderungsgruenden ist als Anlage K3 beigefuegt.

VI. Anlagen

- Handelsregisterauszug (Anlage K1)
- Gesellschafterliste (Anlage K2)
- Glaeubigerliste mit Einzelaufstellung (Anlage K3)
- Letzte verfuegbare BWA, Stand September 2023 (Anlage K4)
- Forderungsaufstellung Debitoren (Anlage K5)

- Mietvertrag Goethestrasse 18 (Anlage K6)
- Mietvertrag Hanauer Landstrasse 188 (Anlage K7)
- Kontoauszuege Commerzbank, Oktober 2023–Mai 2024 (Anlage K8)
- Letter of Intent Rhein-Main Ventures GmbH vom 20.10.2023 (Anlage K9)

Es wird angeregt, im Wege der Sicherungsmassnahmen gemäss Par. 21 InsO eine vorläufige Insolvenzverwalterin zu bestellen und Massnahmen der Zwangsvollstreckung gegen die Schuldnerin einstweilen einzustellen.

Florian Weber

Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH

Schreiben des Geschäftsführers Sebastian Richter

An das

Amtsgericht Frankfurt am Main

- Insolvenzgericht -

Gerichtsstrasse 2

60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 30. Mai 2024

In Sachen LUMEN Studios GmbH, Az. 810 IN 245/24

Antrag auf Ruecknahme bzw. Zurueckweisung des Insolvenzantrags

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin neben Herrn Florian Weber Geschäftsführer der LUMEN Studios GmbH. Hiermit nehme ich Stellung zu dem von Herrn Weber am 22. Mai 2024 eingereichten Insolvenzantrag und beantrage,

den Insolvenzantrag als unzulässig zurückzuweisen, hilfsweise das Verfahren einzustellen.

Begründung:

1. Die LUMEN Studios GmbH wird gemäss Handelsregistereintragung nur durch beide Geschäftsführer **gemeinschaftlich** vertreten (Gesamtvertretung). Herr Weber war daher nicht berechtigt, den Insolvenzantrag allein im Namen der Gesellschaft zu stellen. Ich habe der Antragstellung ausdrücklich widersprochen und Herrn Weber hierüber schriftlich in Kenntnis gesetzt (E-Mail vom 18. Mai 2024).

2. Die Gesellschaft ist nicht zahlungsunfähig. Ich befinde mich in fortgeschrittenen Verhandlungen mit der **Rhein-Main Ventures GmbH**, Frankfurt am Main, über eine Beteiligung in Höhe von **EUR 200.000,00**. Ein Letter of Intent liegt seit dem 20. Oktober 2023 vor. Die Verhandlungen wurden lediglich durch die jahreszeitliche Pause unterbrochen und sind seit Anfang 2024 wieder aufgenommen worden.

3. Darüber hinaus besteht eine fällige und unstreitige Forderung gegen die **MediaPower AG**, Frankfurt am Main, in Höhe von **EUR 38.000,00** aus dem Projekt "Imagekampagne Herbst 2023" (Rechnung Nr. 2023-0187 vom 15. August 2023, Zahlungsziel 30 Tage). Die MediaPower AG hat die Forderung anerkannt und lediglich um Stundung gebeten. Eine Zahlung ist in Kürze zu

erwarten. Dieser Betrag allein wuerde die von Herrn Weber behauptete Liquiditaetsluecke erheblich verringern.

4. Ich beantrage daher, den Insolvenzantrag als unzulässig zurueckzuweisen, da er nicht von einem vertretungsberechtigten Organ der Gesellschaft gestellt wurde, und hilfsweise das Verfahren einzustellen, da keine Insolvenzgruende vorliegen.

Mit freundlichen Gruessen

Sebastian Richter

Geschaeftsfuehrer der LUMEN Studios GmbH

Verfuegung

Richterin am Amtsgericht Dr. Hoffmann

Frankfurt am Main, den 03. Juni 2024

Das Schreiben des weiteren Geschaeftsfuehrers Richter vom 30.05.2024 wird zur Kenntnis genommen. Hierzu wird bemerkt:

1. Das Antragsrecht nach Par. 15 Abs. 1 InsO steht jedem einzelnen Mitglied des Vertretungsorgans zu, und zwar unabhaengig von der gesellschaftsrechtlichen Vertretungsregelung. Die Gesamtvertretung beschraenkt das insolvenzrechtliche Antragsrecht nicht (BGH, Beschluss v. 22.03.2007, IX ZB 164/06; Uhlenbruck/Hirte, InsO, Par. 15 Rn. 6). Der Antrag ist daher zulaessig.
2. Die vorlaeufige Insolvenzverwaltung wurde bereits mit Beschluss vom 24. Mai 2024 angeordnet. Die vorgetragenen Einwaende werden im Rahmen des Gutachtens der vorlaeufigen Insolvenzverwalterin behandelt.
3. Dem Antrag auf Zurueckweisung wird nicht entsprochen.

Dr. Hoffmann

Richterin am Amtsgericht

Az.: 810 IN 245/24

Beschluss

Frankfurt am Main, den 24. Mai 2024

In dem Insolvenzantragsverfahren ueber das Vermoegen der

LUMEN Studios GmbH, Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main, vertreten durch die
Geschaeftsfuehrer Sebastian Richter und Florian Weber,

– Schuldnerin –

wird angeordnet:

1. Zur vorlaeufigen Insolvenzverwalterin wird bestellt:

Rechtsanwaeltin Dr. Claudia Bergmann

Kanzlei Bergmann & Associés

Bockenheimer Landstrasse 72, 60323 Frankfurt am Main

Tel.: 069/710 455 0

2. Der Schuldnerin wird ein allgemeines Veruegungsverbot auferlegt (Par. 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, 1. Alt. InsO). Veruegungen der Schuldnerin ueber Gegenstaende ihres Vermoegens sind nur mit Zustimmung der vorlaeufigen Insolvenzverwalterin wirksam.

3. Die Schuldnerin hat der vorlaeufigen Insolvenzverwalterin Auskunft ueber alle das Vermoegen betreffenden Verhaeltnisse zu erteilen und Zugang zu allen Geschaeftsraeumen und Unterlagen zu gewaehren.

4. Der vorlaeufigen Insolvenzverwalterin wird aufgegeben, ein Gutachten ueber die Vermoegensverhaeltnisse der Schuldnerin, das Vorliegen von Insolvenzgruenden und die Aussichten einer Fortfuehrung des Unternehmens zu erstatten. Das Gutachten ist bis zum **08. Juli 2024** vorzulegen.

5. Massnahmen der Zwangsvollstreckung gegen die Schuldnerin werden einstweilen eingestellt, soweit nicht unbewegliche Gegenstaende betroffen sind (Par. 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 InsO).

6. Die Schuldnerin wird verpflichtet, an die vorlaeufige Insolvenzverwalterin die Geschaeftsunterlagen, insbesondere Buchfuehrungsunterlagen, Vertraege, Kontoauszuege und Personalunterlagen herauszugeben.

Gruende:

Der Eigenantrag der Schuldnerin vom 22. Mai 2024 ist zulaessig. Er ist durch den Geschaeftsfuehrer Weber gestellt worden. Zwar ist fuer die Gesellschaft Gesamtvertretung im Handelsregister eingetragen. Das Antragsrecht nach Par. 15 Abs. 1 InsO steht jedoch jedem Mitglied des Vertretungsorgans persoendlich zu, unabhaengig von der gesellschaftsrechtlichen

Vertretungsbefugnis (BGH, Beschluss v. 22.03.2007, IX ZB 164/06). Der Antrag genuegt den Anforderungen des Par. 13 InsO.

Die Darlegungen lassen das Vorliegen von Insolvenzgruenden, insbesondere der Zahlungsunfaehigkeit (Par. 17 InsO) und der Ueberschuldung (Par. 19 InsO), als ueberwiegend wahrscheinlich erscheinen. Die Anordnung eines allgemeinen Verfuegungsverbots erscheint angesichts der internen Streitigkeiten zwischen den Geschaeftsfuehrern und der Gefahr unkontrollierter Vermoegensverfuegungen erforderlich.

Dr. Hoffmann

Richterin am Amtsgericht

Dr. Claudia Bergmann

Rechtsanwältin | Fachanwältin fuer Insolvenz- und Sanierungsrecht

Kanzlei Bergmann & Associés

Bockenheimer Landstrasse 72, 60323 Frankfurt am Main

Tel.: 069/710 455 0 | Fax: 069/710 455 99

bergmann@bergmann-associés.de

Az.: 810 IN 245/24

GUTACHTEN

der vorläufigen Insolvenzverwalterin

gemaess Par. 22 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 InsO

in dem Insolvenzantragsverfahren ueber das Vermoegen der

LUMEN Studios GmbH, Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 08. Juli 2024

I. Auftrag und Verfahrensgang

Mit Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main vom 24. Mai 2024 wurde ich zur vorläufigen Insolvenzverwalterin ueber das Vermoegen der LUMEN Studios GmbH (im Folgenden: Schuldnerin) bestellt. Mir wurde ein allgemeines Verfuegungsverbot genaess Par. 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, 1. Alt. InsO auferlegt. Die Schuldnerin darf ueber Gegenstaende ihres Vermoegens nur noch mit meiner Zustimmung verfuegen.

Am 27. Mai 2024 habe ich die Geschaeftsraeume der Schuldnerin an der Goethestrasse 18 in Frankfurt am Main aufgesucht. Beide Geschaeftsfuehrer, Herr Sebastian Richter und Herr Florian Weber, waren anwesend. Es war offensichtlich, dass zwischen den beiden Geschaeftsfuehrern erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Insolvenzantragstellung bestehen. Herr Richter aeusserte wiederholt, der Antrag sei gegen seinen Willen gestellt worden und er sehe die Gesellschaft als sanierungsfahig an.

In den folgenden Wochen habe ich folgende Ermittlungen durchgefuehrt:

- Sichtung der vorhandenen Geschaeftsunterlagen (Buchfuehrung, Vertraege, Korrespondenz)
- Einholung von Kontoauszuegen bei der Commerzbank AG, Filiale Frankfurt am Main
- Bestandsaufnahme des Equipments (Kameras, Schnittsysteme, Lichtequipment, Drohne)
- Befragung der Geschaeftsfuehrer sowie der verbliebenen drei Mitarbeiter
- Kontaktaufnahme mit dem Steuerberater Hartmann, Frankfurt am Main
- Einholung von Auskuenften beim Finanzamt Frankfurt V

- Prüfung des Unternehmensregisters hinsichtlich hinterlegter Jahresabschlüsse
- Anfrage beim Bundesamt für Justiz hinsichtlich Ordnungsgeldverfahren
- Prüfung des Handelsregisters und der Gesellschafterakten
- Kontaktaufnahme mit der MediaPower AG hinsichtlich der offenen Forderung
- Kontaktaufnahme mit der Rhein-Main Ventures GmbH hinsichtlich des Letter of Intent

II. Unternehmensbeschreibung

Die Schuldnerin wurde am 02. März 2019 mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet und am 08. März 2019 unter HRB 119845 in das Handelsregister eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Produktion von Werbe- und Imagefilmen, Social-Media-Content sowie die Erbringung von Kreativdienstleistungen im Bereich audiovisueller Medien.

Die Schuldnerin bot ihren Kunden ein Full-Service-Angebot: Von der Konzeptentwicklung über Drehbuch und Storyboard, Filmproduktion (Kamera, Licht, Ton), Postproduktion (Schnitt, Colorgrading, Sounddesign, Motion Graphics) bis hin zur Distribution und Social-Media-Betreuung. Die Zielgruppe waren vorwiegend mittelständische Unternehmen, Werbeagenturen und öffentliche Einrichtungen im Rhein-Main-Gebiet.

Die Schuldnerin betrieb zuletzt zwei Standorte: Ein Hauptbüro mit kleinem Schnittraum an der Goethestrasse 18 (ca. 120 qm) sowie einen angemieteten Studioraum mit Greenscreen an der Hanauer Landstrasse 188 (ca. 85 qm). Der Mietvertrag für den Studioraum wurde vom Vermieter zum 31. März 2024 wegen Mietrückständen gekündigt.

Wesentliche Kunden der Schuldnerin waren:

Kunde	Branche	Umsatzanteil (ca., 2022)	Status
Adler Medienagentur GmbH, Frankfurt	Werbeagentur	ca. 40 %	Zusammenarbeit beendet 04/2023
MediaPower AG, Frankfurt	Medienunternehmen	ca. 15 %	Forderung offen (EUR 38.000)
Stadtwerke Frankfurt Holding	Kommunalunternehmen	ca. 12 %	Vereinzelte noch Kleinaufträge
FinanzPlus Versicherungen AG	Versicherung	ca. 10 %	Projekt abgeschlossen 10/2023
Diverse Einzelkunden	verschieden	ca. 23 %	weitgehend inaktiv

Die Personalstruktur zum Zeitpunkt der Bestellung der vorläufigen Insolvenzverwaltung stellt sich wie folgt dar:

Name	Funktion	Eintritt	Brutto/Monat (ca. EUR)	Status
Richter, Sebastian	Geschäftsführer (55 %)	08.03.2019	4.200,00	aktiv
Weber, Florian	Geschäftsführer (45 %)	08.03.2019	3.800,00	aktiv
Yilmaz, Deniz	Kameramann/Editor (VZ)	01.09.2020	3.200,00	aktiv
Hoffmann, Lisa	Projektmgmt./Büro (TZ)	15.03.2021	1.800,00	aktiv
Berger, Thomas	Motion Graphics (TZ)	01.01.2022	1.600,00	aktiv

Die Gehaelter der Geschaefsfuehrer und Mitarbeiter wurden letztmalig fuer November 2023 vollstaendig gezahlt. Ab Dezember 2023 erfolgten nur noch unregelmaessige Teilzahlungen.

III. Vermoegensuebersicht

Die Vermoegensverhaeltnisse der Schuldnerin stellen sich zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung wie folgt dar:

1. Bankguthaben

Die Schuldnerin unterhielt ein Geschaeftskonto bei der Commerzbank AG, Filiale Frankfurt am Main (IBAN: DE52 5004 0000 0611 8934 00). Der Kontostand zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung (05.07.2024) betraegt **EUR 1.240,12**. Im Zeitraum der vorlaeufigen Insolvenzverwaltung gingen lediglich drei kleinere Zahlungen ein (insgesamt EUR 2.840,00 aus Restabrechnungen). Dem standen laufende Kontogebuehren und eine Lastschrift der Commerzbank (Zinsen Geschaeftsdarlehen) gegenueber.

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Zum Stichtag der Gutachtenerstellung bestehen folgende Forderungen:

Debitor	Rechnungs-Nr.	Betrag (EUR)	Faellig seit	Einschaetzung
MediaPower AG	2023-0187	38.000,00	14.09.2023	nicht liquide, Stundungsvereinbarung
Stadtwerke Ffm Holding	2024-0011	6.400,00	15.02.2024	werthaltig
Klein & Partner GbR	2023-0201	3.200,00	01.11.2023	zweifelhaft
Diverse Kleinforderungen	div.	4.400,00	div.	ueberwiegend uneinbringlich
Summe Forderungen		52.000,00		

Zur Forderung gegen die MediaPower AG (EUR 38.000,00): Die Forderung resultiert aus dem Projekt "Imagekampagne Herbst 2023" und ist seit dem 14. September 2023 faellig. Die MediaPower AG hat die Forderung dem Grunde und der Hoehe nach anerkannt. Laut Auskunft des Geschaefsfuehrers Richter hat die MediaPower AG unter Hinweis auf eigene Liquiditaetsschwierigkeiten um Stundung gebeten. Ich habe die MediaPower AG am 03. Juni 2024 schriftlich zur Zahlung aufgefordert. Eine Antwort steht zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung noch aus. **Ich bewerte die Forderung als derzeit nicht liquide und nicht in die Liquiditaetsbilanz einstellbar**, da eine zeitnahe Realisierung ungewiss erscheint.

3. Equipment und Sachanlagen

Position	Buchwert (EUR)	Liquidationswert (geschaetzt, EUR)
RED DSMC2 Kamera-System (Leasing)	n/a (Leasinggut)	0,00 (kein Eigentum)
Sony FX6 Kamera + Zubehoer	12.400,00	3.500,00
DJI Inspire 3 Drohne + Zubehoer	8.200,00	2.200,00
Schnittsystem (3x Apple Mac Studio, Monitore, DaVinci Resolve Dongles)	18.600,00	4.800,00

Lichtequipment (Arri, Aputure)	9.800,00	1.500,00
Tonausruestung (Sennheiser, Zoom)	4.200,00	800,00
Stative, Slider, Gimbal, Diverses	3.800,00	600,00
Bueroausstattung (Moebel, IT etc.)	6.000,00	3.000,00
Summe	63.000,00	16.400,00

Das RED DSMC2 Kamera-System ist Leasinggut der Leasing-GF GmbH, Muenchen, und steht nicht im Eigentum der Schuldnerin. Es ist daher nicht massezugehoerig. Allerdings bestehen aus dem Leasingvertrag noch offene Verbindlichkeiten in Hoehe von ca. EUR 36.200,00.

Die Liquidationswerte wurden auf Basis von Vergleichspreisen im Gebrauchtmrkt (eBay Kleinanzeigen, MPB.com, Fachaendleranfragen) geschaetzt. Angesichts des spezialisierten Nischenmarktes fuer professionelle Filmausruestung und des technologisch bedingten schnellen Wertverfalls sind die Liquidationswerte deutlich niedriger als die Buchwerte.

4. Zusammenfassung verwertbares Vermoegen

Position	Betrag (EUR)
Bankguthaben (Commerzbank)	1.240,12
Forderung Stadtwerke Ffm Holding (werthaltig)	6.400,00
Equipment/Sachanlagen (Liquidationswerte)	16.400,00
Summe verwertbares Vermoegen (geschaetzt)	24.040,12

Anmerkung: In der vorstehenden Aufstellung ist die Forderung gegen die MediaPower AG (EUR 38.000,00) **nicht** als verwertbares Vermoegen beruecksichtigt, da die zeitnahe Realisierung ungewiss ist. Ebenso wurden die zweifelhaften und voraussichtlich uneinbringlichen Forderungen (insgesamt EUR 7.600,00) nicht eingestellt. Sollte die Forderung gegen die MediaPower AG wider Erwarten kurzfristig eingehen, wuerde sich das verwertbare Vermoegen auf ca. EUR 62.040,00 erhoehen.

IV. Verbindlichkeiten

Die Gesamtverbindlichkeiten der Schuldnerin belaufen sich nach meinen Ermittlungen auf ca. **EUR 310.800,00**. Im Einzelnen:

Nr.	Glaeubiger	Art der Forderung	Betrag (EUR)	Faellig seit
1	Commerzbank AG, Frankfurt	Geschaeftsdarlehen (Vertrag v. 10.06.2020)	48.000,00	01.01.2024
2	Leasing-GF GmbH, Muenchen	Leasingvertrag RED-Kamera (Restlaufzeit 24 Monate)	36.200,00	01.12.2023
3	Maintor Immobilien GmbH	Mietrueckstand Goethestr. (Nov 2023 – Juni 2024, 8 Mon.)	33.760,00	01.11.2023
4	AOK Hessen	Sozialversicherungsbeitraege (Okt 2023 – Mai 2024)	18.400,00	15.10.2023
5	Finanzamt Frankfurt V	USt Q3+Q4/2023, LSt Nov–Dez 2023	22.100,00	div.
6	SoundDesign Ffm GbR	Dienstleistungen Tonmischung/Sounddesign	16.800,00	01.08.2023
7	Hanauer Gewerbepark KG	Mietrueckstand Studio (Sep 2023 – Mrz 2024, 7 Mon.)	15.400,00	01.09.2023
8	Yilmaz, Deniz (MA)	Lohnrueckstand (Dez 2023 – Mai 2024)	19.200,00	01.01.2024

9	Hoffmann, Lisa (MA)	Lohnrueckstand (Dez 2023 – Mai 2024)	10.800,00	01.01.2024
10	Berger, Thomas (MA)	Lohnrueckstand (Jan 2024 – Mai 2024)	8.000,00	01.02.2024
11	StB Hartmann, Frankfurt	Honorarrueckstand (Buchfuehrung/JA)	8.500,00	01.06.2023
12	Adobe Systems Software	Lizenzrueckstand Creative Cloud Enterprise	4.200,00	01.09.2023
13	Telekom Deutschland GmbH	Internet/Telefon Rueckstand	2.640,00	01.10.2023
14	R+V Versicherung AG	Betriebshaftpflicht Rueckstand	1.800,00	01.01.2024
15	Diverse Kleinglaeubiger	Verschiedene (Buromaterial, Catering etc.)	65.000,00	div.
Summe Verbindlichkeiten			310.800,00	

Bei den vorstehenden Betraegen handelt es sich um Naehrungswerte, die auf Basis der vorhandenen Unterlagen, Glaeubigeranfragen und Auskuenften der Geschaeftsfuehrer ermittelt wurden. Die Buchfuehrung der Schuldnerin ist ab ca. Maerz 2023 lueckenhaft (vgl. dazu Abschnitt VIII.), sodass eine exakte Bezifferung nicht moeglich ist.

V. Pruefung der Zahlungsunfaehigkeit (Par. 17 InsO)

Zahlungsunfaehigkeit liegt gemaess Par. 17 Abs. 2 S. 1 InsO vor, wenn der Schuldner nicht in der Lage ist, die faelligen Zahlungspflichten zu erfuellen. Nach der staendigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH, Urteil v. 24.05.2005, IX ZR 123/04; BGH, Urteil v. 19.12.2017, II ZR 88/16) ist Zahlungsunfaehigkeit in der Regel anzunehmen, wenn die Liquiditaetsluecke des Schuldners **10 % oder mehr der faelligen Gesamtverbindlichkeiten** betraegt und nicht innerhalb von **drei Wochen** zu beseitigen ist. Betraegt die Liquiditaetsluecke weniger als 10 % und ist sie innerhalb von drei Wochen zu schliessen, handelt es sich lediglich um eine Zahlungsstockung, die keine Zahlungsunfaehigkeit begruendet.

1. Liquiditaetsbilanz zum Stichtag 01. Oktober 2023

Ich habe als Stichtag fuer die Beurteilung der Zahlungsunfaehigkeit den 01. Oktober 2023 gewaehlt, da zu diesem Zeitpunkt erstmals eine erhebliche Liquiditaetsluecke feststellbar war. Die Liquiditaetsbilanz stellt sich wie folgt dar:

Glaeubiger / Verbindlichkeit	Faellig seit	Betrag (EUR)
SoundDesign Frankfurt GbR	01.08.2023	16.800,00
MediaPower AG (Gegenforderung: offene Produktionskosten aus Kooperation)	15.08.2023	4.200,00
StB Hartmann (Honorarrueckstand)	01.06.2023	8.500,00
Hanauer Gewerbepark KG (Miete Sep)	01.09.2023	2.200,00
Adobe Systems (Lizenzrueckstand)	01.09.2023	1.400,00
Maintor Immobilien GmbH (Mietrueckstand anteilig)	Gestaute Nebenkosten	6.300,00
Leasing-GF GmbH (Rate Sep)	01.09.2023	1.800,00
Lohnrueckstaende (anteilig Aug/Sep)	div.	5.200,00
Finanzamt Frankfurt V (USt Q2/2023)	10.07.2023	8.800,00
Diverse Kleinglaeubiger	div.	32.200,00

Summe faellige Verbindlichkeiten

87.400,00

Verfuegbare liquide Mittel (Bankguthaben
Commerzbank zum 01.10.2023)

6.800,00

Liquiditaetsluecke

80.600,00

Deckungsquote

7,8 %

Die Liquiditaetsluecke betrug zum 01. Oktober 2023 somit EUR 80.600,00 bei faelligen Gesamtverbindlichkeiten von EUR 87.400,00. Die Deckungsquote lag bei lediglich 7,8 %, mithin deutlich unterhalb der vom BGH als Schwellenwert fuer Zahlungsunfaehigkeit definierten 10 %-Grenze.

2. Pruefung der Drei-Wochen-Frist (Zahlungsstockung)

Nach der Rechtsprechung des BGH (Urteil v. 24.05.2005, IX ZR 123/04) ist eine Liquiditaetsluecke von 10 % und mehr nur dann als blosse Zahlungsstockung und nicht als Zahlungsunfaehigkeit zu werten, wenn **mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit** zu erwarten ist, dass die Luecke innerhalb von drei Wochen nahezu vollstaendig beseitigt wird.

Im vorliegenden Fall ist eine Schliessung der Liquiditaetsluecke innerhalb von drei Wochen nicht zu erwarten gewesen. Die wesentlichen Forderungen (SoundDesign Frankfurt, Steuerberater Hartmann, Finanzamt) waren bereits seit Wochen ueberfaellig und wurden von den Glaebigern ernsthaft eingefordert. Neue Auftraege in einer Groessenordnung, die die Luecke haetten schliessen koennen, waren nicht in Sicht.

Anmerkung zur Forderung gegen die MediaPower AG: Die Forderung der Schuldnerin gegen die MediaPower AG in Hoehe von EUR 38.000,00 war zwar zum 01.10.2023 faellig und dem Grunde nach unstreitig. Ich habe diese Forderung jedoch **nicht** in die Liquiditaetsbilanz als verfuegbares Aktivum eingestellt, da die MediaPower AG bereits im September 2023 um Stundung gebeten hatte und eine zeitnahe Zahlung daher nicht als gesichert angesehen werden konnte. Die blosse Existenz einer Forderung genuegt nach der Rechtsprechung des BGH nicht; entscheidend ist vielmehr, ob die Forderung innerhalb des Drei-Wochen-Zeitraums **liquide**, d.h. tatsaechlich in Geld umgewandelt werden kann.

Anmerkung zu den Kontobewegungen im Oktober 2023: Aus der Auswertung der Kontoauszuege der Commerzbank ergibt sich, dass am **18. Oktober 2023** ein Zahlungseingang in Hoehe von **EUR 35.000,00** von der FinanzPlus Versicherungen AG auf dem Geschaeftskonto der Schuldnerin einging (Verwendungszweck: "Abschlagszahlung FinanzPlus-Kampagne, Projekt-Nr. FP-2023-04"). Dieser Betrag wurde jedoch unmittelbar fuer die teilweise Begleichung faelliger Verbindlichkeiten verwendet (Ueberweisung EUR 18.000,00 an Commerzbank-Darlehensrate am 19.10.2023, Ueberweisung EUR 12.000,00 an Leasing-GF GmbH am 22.10.2023, sonstige Zahlungen EUR 4.200,00). Dieser Zahlungseingang aendert nichts an der Bewertung der Zahlungsunfaehigkeit, da die Luecke auch nach dessen Beruecksichtigung noch erheblich war.

3. Ergebnis zu Par. 17 InsO

Die Schuldnerin war zum **01. Oktober 2023** zahlungsunfaehig im Sinne des Par. 17 InsO. Die Liquiditaetsluecke betrug ueber 92 % der faelligen Gesamtverbindlichkeiten und war nicht innerhalb von drei Wochen zu beseitigen. Die Zahlungsunfaehigkeit hat sich in den Folgemonaten bis zur Antragstellung am 22. Mai 2024 kontinuierlich verschaeft.

VI. Pruefung der Ueberschuldung (Par. 19 InsO)

Gemaess Par. 19 Abs. 2 InsO in der seit dem StaRUG (Gesetz v. 22.12.2020) geltenden Fassung liegt Ueberschuldung vor, wenn das Vermoegen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt, **es sei denn, die Fortfuehrung des Unternehmens ist nach den Umstaenden ueberwiegend wahrscheinlich** (positive Fortbestehensprognose). Die Fortbestehensprognose ist nach herrschender Meinung fuer einen Prognosezeitraum von **zwoelf Monaten** zu erstellen (BGH, Urteil v. 09.10.2006, II ZR 303/05; MuenchKomm-InsO/Drukarczyk, Par. 19 Rn. 58 ff.).

1. Rechnerische Ueberschuldung

Zur Feststellung der rechnerischen Ueberschuldung habe ich eine Ueberschuldungsbilanz auf Basis von Liquidationswerten erstellt:

Ueberschuldungsbilanz zum 01.11.2023 (Liquidationswerte)		EUR
Aktiva		
Bankguthaben (Commerzbank, Stand 01.11.2023)		4.200,00
Forderungen aus L+L (werthaltig, geschaetzt 20 % von nominal EUR 52.000)		10.400,00
Equipment/Sachanlagen (Liquidationswerte)		16.400,00
Bueroausstattung (Liquidationswerte)		3.000,00
Summe Aktiva		34.000,00
Passiva		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		84.600,00
Mietrueckstaende (beide Standorte)		41.400,00
Lohnrueckstaende inkl. Sozialversicherungsbeitraege		47.200,00
Bankdarlehen Commerzbank		48.000,00
Leasingverbindlichkeiten (Leasing-GF GmbH)		36.200,00
Steuerrueckstaende (Finanzamt Frankfurt V)		22.100,00
Verbindl. ggue. StB Hartmann		8.500,00
Sonstige Verbindlichkeiten		12.000,00
Summe Passiva		300.000,00
Rechnerische Ueberschuldung		-266.000,00

Die Schuldnerin war somit zum 01. November 2023 rechnerisch in Hoehe von ca. EUR 266.000,00 ueberschuldet. Es ist festzuhalten, dass in der vorstehenden Bilanz die Forderung gegen die MediaPower AG (EUR 38.000,00) lediglich anteilig (mit 20 % des Nominalwerts = EUR 7.600,00) in der Position "Forderungen aus L+L" beruecksichtigt wurde. Der Geschaeftsfuehrer Richter haelt eine hoehere Bewertung fuer gerechtfertigt; dem kann ich mich aus den unter Abschnitt III.2. dargelegten Gruenden nicht anschliessen.

2. Fortbestehensprognose

Fuer die Beurteilung der Ueberschuldung ist ergaenzend die Fortbestehensprognose zu pruefen. Diese ist positiv, wenn die Fortfuehrung des Unternehmens nach den Umstaenden ueberwiegend wahrscheinlich ist.

Ich habe die Fortbestehensprognose fuer den Zeitraum von zwei Monaten erstellt und dabei den Zeitraum vom **01. November 2022 bis 31. Oktober 2023** zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum hat sich die wirtschaftliche Lage der Schuldnerin wie folgt entwickelt:

- Der Umsatz fiel von ca. EUR 580.000 (GJ 2022) auf ca. EUR 245.000 (GJ 2023), was einem Rueckgang von ueber 57 % entspricht.
- Der groesste Auftraggeber (Adler Medienagentur GmbH, ca. 40 % des Umsatzes) beendete die Zusammenarbeit im April 2023 ersatzlos.
- Die Mitarbeiterzahl wurde von 8 auf 5 reduziert, ohne dass die Fixkosten entsprechend gesenkt werden konnten.
- Die Mietverhaeltnisse (Goethestrasse: EUR 3.800/Mon., Hanauer Landstr.: EUR 2.200/Mon.) belasteten die Liquiditaet mit insgesamt EUR 6.000,00 monatlich.
- Neue Kunden konnten nicht in ausreichendem Umfang akquiriert werden.
- Die Bankverbindlichkeiten (Commerzbank-Darlehen) belasteten die Liquiditaet mit ca. EUR 2.000,00 monatlich (Zins und Tilgung).

Die Fortbestehensprognose faellt nach meiner Einschaeztung **negativ** aus. Es bestanden zum Beurteilungszeitpunkt (01. November 2023) keine hinreichend konkreten und belastbaren Anhaltspunkte dafuer, dass die Gesellschaft ihre Geschaefstaetigkeit wuerde fortfuehren und die bestehenden Verbindlichkeiten wuerde bedienen koennen.

Zum Letter of Intent der Rhein-Main Ventures GmbH: Der Geschaefsfuehrer Richter hat im Gespraeche am 27. Mai 2024 auf einen Letter of Intent der Rhein-Main Ventures GmbH, Frankfurt am Main, vom 20. Oktober 2023 verwiesen, in dem eine Beteiligung in Hoehe von EUR 200.000,00 in Aussicht gestellt werde. Ich habe dieses Dokument eingesehen. Es handelt sich um ein einseitiges Schreiben, das die Bereitschaft der Rhein-Main Ventures GmbH zur Pruefung einer Beteiligung zum Ausdruck bringt, jedoch unter dem ausdruecklichen Vorbehalt einer positiven Due Diligence und der Zustimmung des Investment-Komitees. Ein solcher Letter of Intent hat **keine rechtliche Bindungswirkung** und stellt lediglich eine Absichtserklaerung dar. Ich habe die Rhein-Main Ventures GmbH am 05. Juni 2024 kontaktiert. Herr Dr. Kessler (Geschaefsfuehrer) teilte mir mit, dass die Gesellschaft aufgrund der zwischenzeitlichen Entwicklung der Schuldnerin kein Interesse mehr an einer Beteiligung habe und die Gespraeche als beendet betrachte.

3. Ergebnis zu Par. 19 InsO

Die Schuldnerin war zum **01. November 2023** ueberschuldet im Sinne des Par. 19 InsO. Das Vermoegen der Schuldnerin (zu Liquidationswerten: ca. EUR 34.000,00) deckte die bestehenden Verbindlichkeiten (ca. EUR 300.000,00) bei weitem nicht. Eine positive Fortbestehensprognose lag nicht vor.

4. Zeitpunkt der Insolvenzreife und Antragspflicht

Zusammenfassend war die Schuldnerin:

- spaetestens zum **01. Oktober 2023** zahlungsunfaehig im Sinne des Par. 17 InsO

- spaetestens zum **01. November 2023** ueberschuldet im Sinne des Par. 19 InsO (ohne positive Fortbestehensprognose)

Die Antragspflicht nach Par. 15a Abs. 1 S. 1 InsO (drei Wochen ab Eintritt der Zahlungsunfaehigkeit) haette spaetestens am **22. Oktober 2023** erfuellt werden muessen. Die Antragspflicht nach Par. 15a Abs. 1 S. 2 InsO (sechs Wochen ab Eintritt der Ueberschuldung) haette spaetestens am **13. Dezember 2023** erfuellt werden muessen.

Der tatsaechliche Antrag wurde erst am 22. Mai 2024 gestellt. Die Antragspflicht wurde damit um mindestens sieben Monate (bezogen auf die Zahlungsunfaehigkeit) bzw. um ueber fuenf Monate (bezogen auf die Ueberschuldung) verletzt.

VII. Verfahrenskosten und Kostendeckung

Die voraussichtlichen Kosten eines eroeffneten Insolvenzverfahrens schaetze ich wie folgt:

Position	Betrag (EUR)
Gerichtskosten (geschaetzt)	3.500,00
Verguetung vorl. Insolvenzverwalterin (Berechnung auf Basis Par. 63, 65 InsO i.V.m. InsVV)	8.200,00
Verguetung endgueltiger Insolvenzverwalter (geschaetzt, Mindestverguetung)	5.000,00
Auslagenpauschale	1.300,00
Geschaetzte Verfahrenskosten insgesamt	18.000,00
Verwertbares Vermoegen (vgl. Abschnitt III.4.)	24.040,12
Differenz (Vermoegen abzgl. Verfahrenskosten)	6.040,12

Auf den ersten Blick mag es erscheinen, als sei die Masse gerade ausreichend zur Deckung der Verfahrenskosten. Hierbei ist jedoch zu beruecksichtigen, dass die geschaetzten Liquidationswerte fuer das Equipment (EUR 16.400,00) nach meiner Erfahrung eher optimistisch angesetzt sind. Insbesondere die Verwertung der Sony FX6, der DJI Inspire 3 und des Schnittsystems wird voraussichtlich nicht den geschaetzten Preis erzielen, da:

- das Equipment teilweise ueber zwei Jahre alt ist und technologischem Wertverlust unterliegt,
- der Gebrauchtmarkt fuer professionelle Filmausruestung in Deutschland begrenzt ist,
- die Verwertung mit zusaetzlichen Kosten (Inserate, Abholung, Verpackung) verbunden ist,
- die Forderung gegen die Stadtwerke Frankfurt Holding (EUR 6.400,00) moeglicherweise nicht kurzfristig einbringlich ist.

Unter realistischer Betrachtung schaetze ich das tatsaechlich realisierbare verwertbare Vermoegen auf ca. **EUR 14.000,00 bis EUR 16.000,00**. Damit waere die Masse **nicht ausreichend**, um die voraussichtlichen Verfahrenskosten von ca. EUR 18.000,00 zu decken.

Empfehlung: Ich empfehle daher die **Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse** **gemaess Par. 26 Abs. 1 S. 1 InsO**, da die Masse voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken. Ein Kostenvorschuss wurde von keinem Beteiligten geleistet und

ist auch nicht zu erwarten.

VIII. Hinweise auf moegliche Insolvenzstraftaten

Aufgrund der festgestellten Versaeumnisse bei der Buchfuehrung und Offenlegung sowie der verspaeteten Insolvenzantragstellung erlaube ich mir, auf folgende Umstaende hinzuweisen:

1. Nichtoffenlegung der Jahresabschluesse (Par. 325 HGB)

Die Schuldnerin hat fuer keines der Geschaeftsjahre 2019 bis 2023 die Jahresabschluesse beim Unternehmensregister offengelegt. Fuer die Geschaeftsjahre 2019 bis 2022 wurden zwar Jahresabschluesse durch den Steuerberater Hartmann erstellt, diese wurden jedoch nicht fristgerecht beim Unternehmensregister eingereicht. Fuer das Geschaeftsjahr 2023 wurde kein Jahresabschluss erstellt.

Geschaeftsjahr	Jahresabschluss erstellt?	Erstellt durch	Im Unternehmensregister offengelegt?	Ordnungsgeld BfJ
2019 (Rumpf-GJ)	Ja (Sep. 2020)	StB Hartmann	Nein	2.500 EUR (22.04.2021)
2020	Ja (Nov. 2021)	StB Hartmann	Nein	2.500 EUR (18.08.2022)
2021	Ja (Okt. 2022)	StB Hartmann	Nein	5.000 EUR (12.02.2023)
2022	Ja (Mrz. 2023)	StB Hartmann	Nein	in Bearbeitung
2023	Nein	–	Nein	–

2. Lueckenhafte Buchfuehrung ab ca. Maerz 2023

Der Steuerberater Hartmann betreute die laufende Buchfuehrung der Schuldnerin bis einschliesslich Februar 2023. Laut Auskunft des Steuerberaters kuendigte er das Mandat mit Schreiben vom 28. Februar 2023 zum 31. Maerz 2023 wegen ausbleibender Honorarzahlungen (offene Forderung: EUR 8.500,00). Ab Maerz 2023 wurde die Buchfuehrung offenbar durch den Geschaeftsfuehrer Richter selbst fortgefuehrt, allerdings in aeusserst lueckenhafter und mangelhafter Weise. Umsatzsteuervoranmeldungen fuer Q2, Q3 und Q4/2023 wurden nicht fristgerecht eingereicht (Auskunft Finanzamt Frankfurt V).

3. Nichtaufstellung des Jahresabschlusses 2023

Fuer das Geschaeftsjahr 2023 wurde kein Jahresabschluss erstellt. Die Aufstellungsfrist gemuess Par. 264 Abs. 1 HGB (sechs Monate nach Abschluss des Geschaeftsjahres, d.h. bis 30. Juni 2024) ist verstrichen. Die handschriftlichen Aufzeichnungen des Geschaeftsfuehrers Richter genuegen nicht den Anforderungen an eine ordnungsgemaesse Buchfuehrung im Sinne der Par. 238 ff. HGB.

4. Zusammenfassende Bewertung

Die vorstehenden Feststellungen legen den Verdacht nahe, dass der Geschaeftsfuehrer Sebastian Richter, der nach uebereinstimmenden Angaben beider Geschaeftsfuehrer sowie der Mitarbeiter die Buchfuehrung und finanzielle Steuerung des Unternehmens allein verantwortete, folgende Straftatbestaende verwirklicht haben koennte:

- **Verletzung der Buchfuehrungspflicht (Par. 283b StGB):** Nichtoffenlegung saemtlicher Jahresabschluesse 2019–2023, lueckenhafte Buchfuehrung ab Maerz 2023, Nichtaufstellung des Jahresabschlusses 2023
- **Insolvenzverschleppung (Par. 15a InsO):** Verspaetete Insolvenzantragstellung um mindestens sieben Monate nach Eintritt der Zahlungsunfaehigkeit

Ich werde gemaess Par. 22 Abs. 1 S. 2 InsO i.V.m. der Mitteilungspflicht das Insolvenzgericht ueber die vorgenannten Umstaende in Kenntnis setzen und anregen, die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main zu unterrichten.

RAin Dr. Claudia Bergmann

Vorlaeufige Insolvenzverwalterin

Frankfurt am Main, den 08. Juli 2024

Az.: 810 IN 245/24

Beschluss (Abweisung des Antrags mangels Masse)

Frankfurt am Main, den 22. Juli 2024

In dem Insolvenzverfahren ueber das Vermoegen der

LUMEN Studios GmbH, Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main (HRB 119845, AG Frankfurt am Main),

– Schuldnerin –

Geschaefsfuehrer: Sebastian Richter, Florian Weber (Gesamtvertretung)

Antragsteller: Geschaefsfuehrer Florian Weber (Eigenantrag vom 22.05.2024)

Vorlaeufige Insolvenzverwalterin: RAin Dr. Claudia Bergmann, Frankfurt am Main (bestellt am 24.05.2024)

wird beschlossen:

1. Der Antrag auf Eroeffnung des Insolvenzverfahrens ueber das Vermoegen der LUMEN Studios GmbH wird **gemaess Par. 26 Abs. 1 S. 1 InsO mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Masse abgewiesen**.
2. Der Antrag des Geschaefsfuehrers Sebastian Richter vom 30. Mai 2024 auf Ruecknahme des Insolvenzantrags wird als gegenstandslos behandelt, da der Antragsteller Weber als einzelnes Organmitglied ein eigenstaendiges Antragsrecht gemass Par. 15 Abs. 1 InsO besitzt und die Ruecknahme eines Eigenantrags durch einen nicht antragstellenden Geschaefsfuehrer nicht in Betracht kommt.
3. Die Eintragung der Schuldnerin in das Schuldnerverzeichnis wird angeordnet (Par. 26 Abs. 2 InsO).
4. Die Gesellschaft ist aufgeloeset (Par. 60 Abs. 1 Nr. 5 GmbHG i.V.m. Par. 26 InsO analog).
5. Der Beschluss ist oeffentlich bekannt zu machen (Par. 26 Abs. 1 S. 2, Par. 9 InsO).
6. Die Bestellung der vorlaeufigen Insolvenzverwalterin RAin Dr. Bergmann wird aufgehoben.

Gruende:

I. Verfahrensgang

Der Geschäftsführer Florian Weber hat am 22. Mai 2024 als einzelnes Organmitglied einen Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt. Mit Beschluss vom 24. Mai 2024 wurde RAin Dr. Claudia Bergmann als vorläufige Insolvenzverwalterin bestellt.

Der Mit-Geschäftsführer Sebastian Richter hat mit Schreiben vom 30. Mai 2024 beantragt, den Insolvenzantrag als unwirksam zurückzuweisen, da er als Gesamtvertreter dem Antrag widersprochen habe und der Antrag nicht im Namen der Gesellschaft gestellt worden sei. Das Gericht hat diesen Antrag als unbegründet zurückgewiesen. Das Antragsrecht nach Par. 15 Abs. 1 InsO steht jedem Geschäftsführer einzeln zu und ist von der gesellschaftsrechtlichen Vertretungsbefugnis unabhängig (vgl. BGH, Beschl. v. 22.04.2010 – IX ZB 149/09; Uhlenbruck/Hirte, InsO, 15. Aufl. 2019, Par. 15 Rn. 6). Der Eigenantrag des Geschäftsführers Weber ist daher wirksam und zulaessig.

II. Gutachten der vorläufigen Insolvenzverwalterin

Die vorläufige Insolvenzverwalterin hat mit Gutachten vom 8. Juli 2024 Folgendes festgestellt:

Die Schuldnerin ist eine im Jahr 2019 gegründete Kreativagentur fuer Filmproduktionen mit Sitz in Frankfurt am Main. Zum Zeitpunkt der Antragstellung beschäftigte die Gesellschaft noch drei Mitarbeiter (gegenueber ehemals zwei). Die Geschäftstätigkeit war faktisch zum Erliegen gekommen.

Zahlungsunfähigkeit (Par. 17 InsO): Die vorläufige Insolvenzverwalterin hat die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin zum Stichtag 1. Oktober 2023 festgestellt. Die Liquiditätslücke betrug zu diesem Zeitpunkt ca. 23,7 % der fälligen Verbindlichkeiten.

Ueberschuldung (Par. 19 InsO): Die vorläufige Insolvenzverwalterin hat die Ueberschuldung der Schuldnerin zum 1. November 2023 festgestellt. Das rechnerisch ermittelte Reinvermögen war negativ (ca. EUR –78.000,00). Eine positive Fortführungsprognose konnte nach den Feststellungen der vorläufigen Insolvenzverwalterin nicht gestellt werden.

III. Verwertbare Masse und Verfahrenskosten

Position	EUR
Bankguthaben Commerzbank (Stand 15.07.2024)	3.840,00
Verwertung Bueroausstattung (Schaetzwert)	4.200,00
Verwertung Kameratechnik und Schnittplaetze	6.800,00
Verwertung Firmenwagen (VW Golf, Bj. 2020)	1.400,00
Summe verwertbare Masse	16.240,00
Geschaetzte Verfahrenskosten:	
- Gerichtskosten (Par. 58 GKG)	3.500,00
- Verguetung vorl. IV (Par. 11 InsVV, geschaetzt)	8.500,00
- Auslagen vorl. IV	2.200,00
- Sonstige Verfahrenskosten	3.800,00
Summe geschaetzte Verfahrenskosten	18.000,00
Unterdeckung	-1.760,00

Die verwertbare Masse (EUR 16.240,00) reicht nicht zur Deckung der geschätzten Verfahrenskosten (EUR 18.000,00) aus. Die Unterdeckung beträgt EUR 1.760,00. Kein Gläubiger hat einen zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichenden Geldbetrag vorgeschossen (Par. 26 Abs. 1 S. 2 InsO).

IV. Rechtsfolgen

Der Antrag ist daher mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Masse abzuweisen (Par. 26 Abs. 1 S. 1 InsO). Die Abweisung hat kraft Gesetzes die Auflösung der Gesellschaft zur Folge (Par. 60 Abs. 1 Nr. 5 GmbHG). Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis erfolgt gemäß Par. 26 Abs. 2 InsO.

Die vorläufige Insolvenzverwalterin hat über ihre Tätigkeit Schlussbericht zu erstatten und Schlussrechnung zu legen. Ihre Bestellung wird mit Wirksamkeit dieses Beschlusses aufgehoben.

V. Hinweis gemäß Par. 26 Abs. 4 InsO

Die vorläufige Insolvenzverwalterin hat in ihrem Gutachten auf Umstände hingewiesen, die auf das Vorliegen von Insolvenzstraftaten (Par. 283 ff. StGB) und einer Verletzung der Antragspflicht (Par. 15a InsO) durch den Geschäftsführer Sebastian Richter hindeuten. Das Gericht wird die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main von Amts wegen in Kenntnis setzen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss ist die sofortige Beschwerde statthaft (Par. 34 InsO, Par. 567 ff. ZPO). Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung bei dem Amtsgericht Frankfurt am Main oder bei dem Landgericht Frankfurt am Main schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen.

Dr. Hoffmann

Richterin am Amtsgericht

Mitteilung an das Handelsregister

Frankfurt am Main, den 25. Juli 2024

An das

Amtsgericht Frankfurt am Main – Registergericht

HRB 119845

In Sachen LUMEN Studios GmbH, Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main (HRB 119845), teile ich mit:

Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ueber das Vermoegen der vorbezeichneten Gesellschaft (Az. 810 IN 245/24) wurde mit Beschluss vom 22. Juli 2024 **gemaess Par. 26 Abs. 1 InsO mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Masse abgewiesen.**

Die Gesellschaft ist damit **gemaess Par. 60 Abs. 1 Nr. 5 GmbHG aufgelöst.**

Es wird gebeten,

1. die Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse im Handelsregister einzutragen,
2. die Aufloesung der Gesellschaft **gemaess Par. 60 Abs. 1 Nr. 5 GmbHG** einzutragen,
3. das Loeschungsverfahren **gemaess Par. 394 FamFG** einzuleiten.

Anlagen: Beglaubigte Abschrift des Abweisungsbeschlusses vom 22.07.2024

Im Auftrag

Geschaeftsstelle des Insolvenzgerichts

ABTEILUNG II Ermittlungsverfahren / Strafakte

Dokument 9

Amtsgericht Frankfurt am Main – Insolvenzgericht

Az.: 810 IN 245/24

Mitteilung gemäss Par. 31 InsO

Frankfurt am Main, den 22. Juli 2024

An die

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Abteilung fuer Wirtschaftsstrafsachen

Konrad-Adenauer-Str. 20

60313 Frankfurt am Main

Insolvenzverfahren LUMEN Studios GmbH, Az. 810 IN 245/24

Mitteilung gemäss Par. 31 InsO i.V.m. Nr. 4 MiZi

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem vorbezeichneten Insolvenzverfahren ueber das Vermoegen der LUMEN Studios GmbH (HRB 119845, AG Frankfurt am Main) ist der Antrag auf Eroeffnung des Insolvenzverfahrens mit Beschluss vom heutigen Tage gemäss Par. 26 Abs. 1 InsO mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Masse abgewiesen worden.

Die vorlaeufige Insolvenzverwalterin, RAin Dr. Claudia Bergmann, Frankfurt am Main, hat in ihrem Gutachten vom 8. Juli 2024 auf Umstaende hingewiesen, die den Verdacht auf Insolvenzstraftaten begruenden. Im Einzelnen:

1. Verdacht der Verletzung der Buchfuehrungspflicht (Par. 283b StGB)

Die laufende Buchführung wurde ab Oktober 2022 nur noch fragmentarisch und ohne Einhaltung der GoB fortgeführt. Für die Geschäftsjahre 2022 und 2023 wurden keine Jahresabschlüsse aufgestellt. Die Offenlegung im Unternehmensregister gemäß Par. 325 HGB unterblieb für sämtliche Geschäftsjahre seit Gründung (2019–2023).

2. Verdacht der Insolvenzverschleppung (Par. 15a InsO)

Nach den Feststellungen der vorläufigen Insolvenzverwalterin trat Zahlungsunfähigkeit spätestens am 1. Oktober 2023 ein. Der Insolvenzantrag wurde erst am 22. Mai 2024 gestellt – rund acht Monate nach Eintritt der Insolvenzreife. Der Geschäftsführer Sebastian Richter hat den Antrag nicht mitgetragen und dessen Rücknahme beantragt.

Die Ermittlungen sollten sich gegen den Geschäftsführer **Sebastian Richter**, geb. 07.05.1986, wohnhaft Unterlindau 34, 60323 Frankfurt am Main, richten. Der Mit-Geschäftsführer Florian Weber hat den Insolvenzantrag selbst gestellt und kommt insoweit als Zeuge in Betracht.

Das Gutachten der vorläufigen Insolvenzverwalterin vom 08.07.2024 ist als Anlage beigefügt.

Im Auftrag

Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts

Anlage: Gutachten der vorl. IV RAin Dr. Bergmann vom 08.07.2024

Az.: 930 Js 1147/24

Einleitungsverfuegung

Frankfurt am Main, den 8. August 2024

Beschuldigter:

Sebastian Richter, geb. 07.05.1986 in Frankfurt am Main, wohnhaft Unterlindau 34, 60323 Frankfurt am Main, deutsch, ledig, Beruf: Filmmacher/Geschaeftsfuehrer, nicht vorbestraft (BZR-Auskunft steht noch aus).

Tatvorwurf:

Verdacht des Bankrotts gem. Par. 283 Abs. 1 Nr. 1, 5, 6, 7, Abs. 6 StGB, der Verletzung der Buchfuehrungspflicht gem. Par. 283b Abs. 1 Nr. 1, 3 StGB sowie der Insolvenzverschleppung gem. Par. 15a Abs. 4 InsO.

Sachverhalt:

Aufgrund der Mitteilung des Insolvenzgerichts Frankfurt am Main vom 22. Juli 2024 nebst beigefuegtem Gutachten der vorlaeufigen Insolvenzverwalterin RAin Dr. Bergmann besteht der Verdacht, dass der Beschuldigte als Geschaeftsfuehrer der LUMEN Studios GmbH (HRB 119845, AG Frankfurt am Main) Insolvenzstraftaten begangen hat.

Im Einzelnen wird dem Beschuldigten vorgeworfen:

- a) die Buchfuehrung ab Oktober 2022 nur noch fragmentarisch und unter Verstoss gegen die GoB fortgefuehrt zu haben (Par. 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB),
- b) die Bilanzen fuer die Geschaeftsjahre 2022 und 2023 nicht aufgestellt zu haben (Par. 283 Abs. 1 Nr. 7 lit. b StGB),
- c) die Jahresabschluesse 2019–2023 nicht im Unternehmensregister offengelegt zu haben (Par. 283b Abs. 1 Nr. 3 lit. b StGB),
- d) Barabhebungen in Hoehe von insgesamt EUR 32.000,00 ohne Belege vorgenommen zu haben (Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB),
- e) den Insolvenzantrag nicht rechtzeitig gestellt zu haben (Par. 15a Abs. 4 InsO).

Hinweis: Der Mit-Geschaeftsfuehrer Florian Weber hat den Insolvenzantrag selbst gestellt und kommt daher lediglich als Zeuge in Betracht. Die Gesamtvertretungsregelung (HR) ist bei der rechtlichen Wuerdigung des Antragsrechts (Par. 15 InsO) zu beruecksichtigen.

Verfuegung:

1. Ermittlungsverfahren wird eingeleitet gem. Par. 152 Abs. 2 StPO.
2. Js-Register, Neueintragung.

3. Der Beschuldigte ist als solcher zu belehren. Anhoerungsbogen gem. Par. 163a Abs. 1 StPO ist zu uebersenden.
4. RAin Dr. Bergmann (vorl. IV) ist als Zeugin zu vernehmen, insbesondere zum Zustand der Buchfuehrung, zu den Vermoegensverhaeltnissen und zum Kooperationsverhalten des Beschuldigten.
5. Der Steuerberater Marcus Hartmann (Kanzlei Hartmann & Meier, Offenbach) ist als Zeuge zu vernehmen, insbesondere zur Mandatshistorie und zum Zustand der Buchfuehrung.
6. Die Buchfuehrungsunterlagen, soweit bei der vorl. IV vorhanden, sind beizuziehen und auszuwerten.
7. Kontoauszuege des Geschaeftskontos bei der Commerzbank Frankfurt fuer den Zeitraum 01.01.2022 bis 22.05.2024 sind anzufordern (Par. 161a StPO).
8. Handelsregisterauszug und Auszug aus dem Unternehmensregister betreffend die LUMEN Studios GmbH sind einzuholen.
9. Bundeszentralregisterauszug des Beschuldigten ist anzufordern.
10. Auskunft beim Bundesamt fuer Justiz zu Ordnungsgeldverfahren wegen Verstoessen gegen die Offenlegungspflicht einholen.

Dr. Petersen

Staatsanwaeltin

Anhoerungsbogen gemaess Par. 163a Abs. 1 StPO

Frankfurt am Main, den 12. August 2024

An

Herrn Sebastian Richter

Unterlindau 34

60323 Frankfurt am Main

Sehr geehrter Herr Richter,

gegen Sie wird ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts

des Bankrotts (Par. 283 StGB), der Verletzung der Buchfuehrungspflicht (Par. 283b StGB) und der Insolvenzverschleppung (Par. 15a InsO)

gefuehrt.

Ihnen wird im Wesentlichen vorgeworfen, als Geschaefsfuehrer der LUMEN Studios GmbH (HRB 119845, AG Frankfurt am Main) die Buchfuehrung ab Oktober 2022 nur noch fragmentarisch und unter Verstoss gegen die GoB gefuehrt, die Jahresabschluesse fuer die Geschaeftsjahre 2022 und 2023 nicht aufgestellt, die Jahresabschluesse 2019–2023 nicht im Unternehmensregister offengelegt, Barabhebungen in Hoehe von insgesamt EUR 32.000,00 ohne hinreichende Belege vorgenommen sowie den Insolvenzanzug nicht rechtzeitig gestellt zu haben.

Belehrung gemaess Par. 136 Abs. 1 StPO (Beschuldigtenbelehrung):

Sie haben als Beschuldigter das Recht,

- sich zu dem Vorwurf zu aeussern oder nicht zur Sache auszusagen (Par. 136 Abs. 1 S. 2 StPO),
- jederzeit, auch schon vor der Vernehmung, einen Verteidiger Ihrer Wahl zu befragen (Par. 137, 136 Abs. 1 S. 3 StPO),
- zu Ihrer Entlastung einzelne Beweiserhebungen zu beantragen (Par. 136 Abs. 1 S. 4 StPO).

Sollten Sie sich aeussern wollen, koennen Sie dies schriftlich innerhalb von **vier Wochen** ab Zugang dieses Schreibens tun oder einen Termin zur persoenlichen Anhoerung bei der unterzeichnenden Staatsanwaeltin vereinbaren.

Mit freundlichen Gruessen

Dr. Petersen

Staatsanwaeltin

Zugestellt per PZU am 16.08.2024. Lt. Rueckschein: persoendlich uebergeben.

Vermerk: Beschuldigter hat mit Schreiben vom 28.08.2024 mitgeteilt, dass er sich nicht zur Sache aeussern werde und auf seinen Verteidiger RA Prof. Dr. Markus Steinbach, Kanzlei Steinbach & Kollegen, Bockenheimer Landstr. 42, 60323 Frankfurt am Main, verweise.

Vernehmungsprotokoll – Zeugin

Frankfurt am Main, den 25. September 2024

Zeugin: RAin Dr. Claudia Bergmann, geb. 14.03.1978, Frankfurt am Main
Anschrift: Neue Mainzer Str. 66-68, 60311 Frankfurt am Main
Beruf: Rechtsanwaeltin, Fachanwaeltin f. Insolvenz- u. Sanierungsrecht
Verhaeltnis z. Beschuldigten: keines (vorl. Insolvenzverwalterin der Gesellschaft)
Vernommen durch: StA'in Dr. Petersen
Beginn: 09:30 Uhr
Ende: 11:15 Uhr
Protokollfuehrerin: JHS'in Kramer

Die Zeugin wurde ueber ihre Rechte und Pflichten gemaess Par. 52 ff. StPO belehrt. Sie erklaerte, zur Aussage bereit zu sein und kein Zeugnisverweigerungsrecht in Anspruch nehmen zu wollen.

Zur Sache:

Ich wurde am 24. Mai 2024 vom Amtsgericht Frankfurt am Main zur vorlaeufigen Insolvenzverwalterin ueber das Vermoegen der LUMEN Studios GmbH bestellt. Am 27. Mai 2024 habe ich die Geschaeftsraeume in der Goethestrasse 18 aufgesucht.

Dort traf ich den Geschaeftsfuehrer Florian Weber an, der kooperativ war und mir Zugang zu saemtlichen Raeumlichkeiten verschaffte. Herr Richter war nicht anwesend. Herr Weber teilte mir mit, dass Herr Richter seit einigen Wochen nur noch sporadisch im Buero erscheine und ueber den Insolvenzantrag erlost sei.

Ich habe Herrn Richter am 28. Mai 2024 per E-Mail und Einschreiben zur Mitwirkung und Auskunftserteilung gemaess Par. 22 Abs. 3 InsO aufgefordert. Er meldete sich am 3. Juni 2024 telefonisch und bestritt die Rechtmassigkeit des Insolvenzantrags. Er verwies darauf, dass er als Gesamtvertreter dem Antrag nicht zugestimmt habe und dass dieser daher unwirksam sei. Ich verwies ihn auf die Rechtsprechung zu Par. 15 Abs. 1 InsO.

Am 10. Juni 2024 erschien Herr Richter in meiner Kanzlei. Er machte einen aufgebracht, aber letztlich kooperativen Eindruck. Er uebergab mir zwei Umzugskartons mit Geschaeftsunterlagen. Diese enthielten die DATEV-Auswertungen bis September 2022, handschriftliche Aufzeichnungen fuer den Zeitraum danach sowie diverse Rechnungen und Vertraege.

Zum Zustand der Buchfuehrung:

Die DATEV-Buchfuehrung war bis einschliesslich September 2022 im Wesentlichen ordnungsgemaess und wurde vom Steuerberater Marcus Hartmann (Kanzlei Hartmann & Meier, Offenbach) betreut. Nach der Mandatskuendigung durch den Steuerberater im Oktober 2022 wurde

keine professionelle Buchführung mehr geführt.

Ab Oktober 2022 existieren nur noch handschriftliche Aufzeichnungen in mehreren Notizblöcken sowie eine Excel-Tabelle mit Einnahmen und Ausgaben. Diese Aufzeichnungen sind lückenhaft, unvollständig und entsprechen nicht den GoB. Kassenberichte fehlen ab Januar 2023 vollständig. Lohnbuchhaltung wurde ab März 2023 nicht mehr geführt.

Zur Rollenverteilung der Geschäftsführer:

Nach meinen Feststellungen war Herr Richter für den kreativen und operativen Bereich zuständig: Kundenakquise, Regie und Produktion der Filmarbeiten. Herr Weber kümmerte sich um Social Media, Marketing und die Website. Die kaufmännische Leitung – also Buchführung, Rechnungswesen, Gehälter, Steuerangelegenheiten – lag faktisch allein bei Herrn Richter. Herr Weber hatte nach eigenen, glaubhaften Angaben keinen Zugang zum Geschäftskonto und erhielt lediglich sein Gehalt.

Zur Forderung MediaPower AG:

In meinem Gutachten habe ich die Forderung der LUMEN Studios GmbH gegen die MediaPower AG in Höhe von EUR 38.000,00 als zweifelhaft eingestuft. Herr Richter hatte mir gegenüber angegeben, dass die MediaPower AG die Rechnung bestreite. Im Nachhinein räume ich ein, dass ich die Einbringlichkeit dieser Forderung nicht mit der gebotenen Sorgfalt geprüft habe. Ich habe keine direkte Anfrage an die MediaPower AG gerichtet. Herr Weber hat mir später mitgeteilt, dass die MediaPower AG die Forderung im November 2023 tatsächlich beglichen habe. Dies war mir zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung nicht bekannt.

Zur Gesamtvertretung:

Mir war bekannt, dass beide Geschäftsführer nur Gesamtvertretungsberechtigt waren. Ich habe den Eigenantrag des Herrn Weber gleichwohl als zulaessig und wirksam erachtet, da nach meinem Verständnis jedes Mitglied des Vertretungsorgans ein eigenständiges Antragsrecht gemäss Par. 15 Abs. 1 InsO besitzt. Das Insolvenzgericht hat dies ebenso beurteilt.

Zum Investor:

Herr Richter hat mir gegenüber erwähnt, dass ein Letter of Intent der Rhein-Main Ventures GmbH vom 20. Oktober 2023 vorgelegen habe. Ich habe dieses Dokument angefordert, jedoch nur eine Kopie ohne Unterschrift erhalten. Herr Richter konnte mir kein unterzeichnetes Original vorlegen. Da der LOI zudem unter zahlreichen aufschiebenden Bedingungen stand und die Rhein-Main Ventures GmbH auf meine Anfrage hin mitteilte, dass die Gespräche im Frühling 2024 ergebnislos abgebrochen worden seien, habe ich den LOI in meinem Gutachten nicht als tragfähige Grundlage für eine positive Fortführungsprognose gewertet.

Zu den Barabhebungen:

Im Zeitraum Februar bis Mai 2023 erfolgten Barabhebungen vom Geschäftskonto in Höhe von insgesamt EUR 32.000,00. Herr Richter erklärte hierzu, die Barbeträge seien für Equipment-Miete bei Dreharbeiten und für die Bezahlung von Freelancern verwendet worden, die nur gegen Barzahlung gearbeitet hätten. Belege konnte er hierfür nur teilweise vorlegen. Für ca. EUR 18.000,00 der Abhebungen fehlen jegliche Nachweise.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Dr. Claudia Bergmann

Dr. Petersen, StA'in

Kramer, JHS'in

Vernehmungsprotokoll – Zeuge

Frankfurt am Main, den 2. Oktober 2024

Zeuge: Dipl.-Betriebsw. Marcus Hartmann, geb. 23.09.1971, Offenbach am Main
Anschrift: Berliner Str. 67, 63065 Offenbach am Main
Beruf: Steuerberater, Inhaber Kanzlei Hartmann & Meier
Verhaeltnis z. Beschuldigten: ehemaliger Steuerberater der Gesellschaft
Vernommen durch: StA'in Dr. Petersen
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 15:10 Uhr
Protokollfuehrerin: JHS'in Kramer

Der Zeuge wurde ueber seine Rechte und Pflichten gemaess Par. 52 ff. StPO belehrt. Er erklarte, zur Aussage bereit zu sein und kein Zeugnisverweigerungsrecht in Anspruch nehmen zu wollen.

Zur Sache:

Ich habe die LUMEN Studios GmbH von der Gruendung im Maerz 2019 bis Oktober 2022 steuerlich beraten. Das Mandat umfasste die laufende Finanzbuchfuehrung, die Erstellung der Jahresabschluesse, die Lohn- und Gehaltsabrechnungen sowie die Umsatzsteuervoranmeldungen.

Die Gesellschaft wurde im Alltag durch Herrn Richter gefuehrt. Herr Weber war mir namentlich bekannt, trat aber in steuerlichen und finanziellen Angelegenheiten nicht in Erscheinung. Mein alleiniger Ansprechpartner war Herr Richter.

Zur Buchfuehrung 2019–2021:

Im Rumpfgeschaeftsjahr 2019 und in den Geschaeftsjahren 2020 und 2021 war die Buchfuehrung im Wesentlichen ordnungsgemaess. Herr Richter lieferte die Belege in der Regel monatlich, wenn auch gelegentlich mit zwei bis drei Wochen Verspaetung. Die Jahresabschluesse fuer 2019 (Rumpfgeschaeftsjahr) und 2020 wurden fristgerecht erstellt. Der Jahresabschluss 2021 wurde von mir im Dezember 2022 fertiggestellt und an Herrn Richter per E-Mail uebergeben.

Zur Verschlechterung ab 2022:

Ab etwa Maerz 2022 bemerkte ich eine deutliche Verschlechterung. Die Belege kamen immer spaeter und waren zunehmend unvollstaendig. Ab Juni 2022 fehlten Kassenberichte fuer Barausgaben vollstaendig. Ich habe Herrn Richter wiederholt schriftlich und telefonisch gemahnt und auf die Pflicht zur ordnungsgemaessen Buchfuehrung hingewiesen.

Gleichzeitig geriet die Gesellschaft mit unseren Honorarforderungen in Rueckstand. Ab Juli 2022 wurden unsere Rechnungen nicht mehr bezahlt. Zum Zeitpunkt der Mandatskuendigung beliefen

sich die offenen Honorarforderungen auf EUR 11.800,00.

Zur Mandatskuendigung:

Ich habe das Mandat mit Schreiben vom 12. Oktober 2022 zum 31. Oktober 2022 gekuendigt. Die Kuendigung erfolgte wegen der anhaltenden Nichtzahlung unserer Honorare sowie wegen der zunehmend unbrauchbaren Beleglieferung, die eine ordnungsgemaesse Buchfuehrung unmoeglich machte.

Zum Zeitpunkt der Kuendigung war die DATEV-Buchfuehrung bis einschliesslich September 2022 aktuell. Fuer Oktober 2022 lagen bereits keine verwertbaren Belege mehr vor.

Zur Offenlegung:

Einen Auftrag zur Offenlegung der Jahresabschluesse im Unternehmensregister habe ich **nie erhalten**. Die Offenlegung war nicht Bestandteil unseres Mandats. Ich habe Herrn Richter allerdings bei der Uebergabe jedes Jahresabschlusses schriftlich darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft als GmbH zur Offenlegung gemass Par. 325 HGB verpflichtet ist und dass bei Nichtoffenlegung Ordnungsgelder durch das Bundesamt fuer Justiz drohen. Diese Hinweisschreiben kann ich bei Bedarf vorlegen.

Zum Jahresabschluss 2022/2023:

Fuer die Geschaeftsjahre 2022 und 2023 war ich nicht mehr mandatiert. Ob Herr Richter nach Mandatsende einen neuen Steuerberater beauftragt hat, ist mir nicht bekannt. Meines Wissens ist dies nicht geschehen, da mich Herr Richter im Maerz 2023 telefonisch fragte, ob ich das Mandat wieder aufnehmen wuerde. Ich habe dies abgelehnt, solange die offenen Honorarforderungen nicht beglichen seien.

Zur wirtschaftlichen Lage:

Bereits im Geschaeftsjahr 2021 war erkennbar, dass die Gesellschaft wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte. Die Umsaetze gingen gegenueber 2020 deutlich zurueck. Im Fruehjahr 2022 sprach Herr Richter mit mir ueber Liquiditaetsengpaesse und bat um Stundung unserer Honorare. Ich habe dem zunaechst zugestimmt, musste aber im Oktober 2022 handeln, da sich die Situation nicht verbesserte.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Hartmann

Dr. Petersen, StA'in

Kramer, JHS'in

Vermerk Auswertung der Buchfuehrungsunterlagen

Frankfurt am Main, den 20. Oktober 2024

Die von der vorlaeufigen Insolvenzverwalterin RAin Dr. Bergmann uebergebenen Buchfuehrungsunterlagen der LUMEN Studios GmbH wurden gesichtet und ausgewertet. Im Ergebnis ist Folgendes festzuhalten:

1. Jahresabschluesse

Fuer die Geschaeftsjahre 2019 (Rumpfgeschaeftsjahr ab Gruendung 02.03.2019) bis 2021 liegen Jahresabschluesse vor, die jeweils von dem Steuerberater Marcus Hartmann, Steuerberatungskanzlei Hartmann, Frankfurt am Main, erstellt wurden. Die Abschluesse sind formell ordnungsgemaess und enthalten jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung. Keiner dieser Abschluesse wurde im Unternehmensregister offengelegt.

Fuer die Geschaeftsjahre 2022 und 2023 liegen keine Jahresabschluesse vor. Eine betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) fuer 2022 existiert nur bis September 2022 (letzte DATEV-Buchung). Fuer 2023 liegt keinerlei zusammenhaengende Ergebnisrechnung vor.

2. Laufende Buchfuehrung

Die DATEV-Buchfuehrung liegt bis einschliesslich September 2022 vor und erscheint im Wesentlichen ordnungsgemaess. Ab Oktober 2022 fehlen systematische Buchungen in DATEV. Stattdessen liegen handschriftliche Aufzeichnungen des Beschuldigten Richter in einem Ringordner vor (beschriftet: "Finanzen 2022/2023"), die folgende Maengel aufweisen:

- Keine chronologische Ordnung der Belege
- Keine doppelte Buchfuehrung, lediglich unsystematische Einnahmen-Ausgaben-Notizen
- Fehlende Kassenberichte ab Januar 2023
- Keine Zuordnung von Eingangsrechnungen zu Zahlungen
- Luecken von mehreren Monaten (August–November 2023: keinerlei Eintraege)

Diese Aufzeichnungen stellen keine Buchfuehrung im Sinne der Par. 238 ff. HGB dar.

3. Lohn- und Gehaltsabrechnungen

Bis Oktober 2022 wurden die Lohnabrechnungen vom Steuerberater Hartmann erstellt. Ab November 2022 liegen vereinzelt handschriftliche Lohnabrechnungen vor, die offensichtlich vom Beschuldigten selbst erstellt wurden. Diese enthalten zum Teil falsche Sozialversicherungsbeitraege und unvollstaendige Steuerabzuege. Die LUMEN Studios GmbH beschaeftigte zuletzt drei festangestellte Mitarbeiter (eine Cutterin, ein Kameramann, eine Bueroangestellte) sowie wechselnde freie Mitarbeiter.

4. Offenlegung im Unternehmensregister

Eine Abfrage beim Unternehmensregister hat ergeben, dass fuer die LUMEN Studios GmbH (HRB 119845, AG Frankfurt am Main) zu keinem Zeitpunkt Jahresabschluesse offengelegt wurden. Das Bundesamt fuer Justiz hat auf Anfrage Folgendes mitgeteilt:

Geschaefts-jahr	Ordnungsgeld-bescheid	Betrag (EUR)	Zustellung	Bezahlt?
2019	22.03.2021	2.500,00	26.03.2021, PZU	Nein
2020	15.09.2022	2.500,00	20.09.2022, PZU	Nein
2021	18.04.2023	5.000,00	23.04.2023, PZU	Nein
2022	in Bearbeitung	–	–	–
2023	in Bearbeitung	–	–	–

Die Ordnungsgeldbescheide wurden jeweils per Postzustellungsurkunde an die Geschaeftsanschrift der Gesellschaft (Goethestrasse 18, 60313 Frankfurt am Main) zugestellt. Einsprueche wurden nicht eingelegt. Eine Bezahlung der Ordnungsgelder erfolgte nicht.

Bewertung: Die festgestellten Buchfuehrungs- und Offenlegungsmaengel sind erheblich und systematisch. Sie erstrecken sich ueber den gesamten Zeitraum des Bestehens der Gesellschaft (Offenlegung) bzw. ueber einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren (laufende Buchfuehrung). Der Mit-Geschaeftsfuehrer Weber war genaess der internen Aufgabenverteilung fuer den kreativen Bereich zustaendig, waehrend Finanzen und Buchfuehrung allein dem Beschuldigten Richter oblagen.

Dr. Petersen, StA'in

Az.: 930 Js 1147/24

Vermerk Auswertung der Kontobewegungen

Frankfurt am Main, den 28. Oktober 2024

Die von der Commerzbank AG angeforderten Kontoauszuege des Geschaeftskontos (IBAN: DE72 5004 0000 0612 8934 00) fuer den Zeitraum 01.01.2022 bis 22.07.2024 wurden ausgewertet. Das Konto wurde allein durch die Geschaeftsfuehrer Richter und Weber gefuehrt. Beide besassen eigene Bankkarten.

1. Allgemeine Kontobewegungen

Das Kontoguthaben betrug am 01.01.2022 noch EUR 52.300,00 und sank bis zum 22.07.2024 (Datum des Abweisungsbeschlusses) auf EUR 1.842,17. Die wesentlichen Abfluesse waren:

- Mietzahlungen Goethestrasse 18 (Buero/Studio): regelmaessig bis einschliesslich Dezember 2023
- Gehaltszahlungen: zunehmend unregelmaessig ab September 2023, letzte vollstaendige Zahlung: August 2023
- Lieferantenzahlungen (Equipment-Leasing, Software-Lizenzen): stark rueckklaeufig ab Q3/2022
- Barabhebungen: auffaellige Haeufung im Zeitraum Februar–Mai 2023 (s. unten)

2. Barabhebungen im Detail

Im Zeitraum Februar bis Mai 2023 erfolgten fuerf Barabhebungen in ungewoehnlicher Hoehe, alle durch den Beschuldigten Richter:

Nr.	Datum	Betrag (EUR)	Uhrzeit	Filiale	Karte
1	08.02.2023	5.000,00	10:14	Commerzbank, Kaiserstr. 29	...7823 (Richter)
2	22.02.2023	8.000,00	11:42	Commerzbank, Kaiserstr. 29	...7823 (Richter)
3	15.03.2023	7.500,00	09:55	Commerzbank, Zeil 85	...7823 (Richter)
4	04.04.2023	6.500,00	14:08	Commerzbank, Kaiserstr. 29	...7823 (Richter)
5	18.05.2023	5.000,00	10:31	Commerzbank, Kaiserstr. 29	...7823 (Richter)
Gesamt:		32.000,00			

Der Geschaeftsfuehrer Weber hat mit seiner Bankkarte (Nr. ...9156) im gesamten Zeitraum 2022–2024 lediglich zwei Barabhebungen in Hoehe von jeweils EUR 100,00 vorgenommen (03.05.2022 und 18.01.2023).

Die Abhebungen des Beschuldigten lagen jeweils unter der Schwelle von EUR 15.000,00, bei der gemaess Par. 10 GwG eine verstaerkte Identifizierungspflicht der Bank einsetzt.

3. Besondere Kontobewegung: MediaPower AG

Am **15.11.2023** ging eine Zahlung der MediaPower AG, Hamburg, in Höhe von **EUR 38.000,00** auf dem Geschäftskonto ein (Verwendungszweck: "Resthonorar Imagefilm-Produktion Auftrag MP-2023-044"). Dieser Zahlungseingang ist insofern von Bedeutung, als die vorläufige Insolvenzverwalterin in ihrem Gutachten diese Forderung als "nicht liquide" eingestuft und bei der Berechnung der Liquiditätslücke zum 01.10.2023 nicht berücksichtigt hat. Tatsächlich war die Forderung zum 01.10.2023 bereits fällig und wurde sechs Wochen später auch vollständig beglichen. Hierauf wird bei der rechtlichen Würdigung zurückzukommen sein.

4. Sonstige Auffälligkeiten

Weitere auffällige Kontobewegungen im Sinne eines Beiseiteschaffens konnten nicht festgestellt werden. Insbesondere erfolgten keine auffälligen Überweisungen an den Beschuldigten persönlich oder an Dritte in seinem Umfeld. Die Gehaltszahlungen an den Beschuldigten (monatlich EUR 3.800,00 brutto) erfolgten regelmäßig bis einschließlich August 2023 und weisen keine Unregelmäßigkeiten auf.

Dr. Petersen, StA'in

Az.: 930 Js 1147/24

Vermerk Strafrechtliche Wuerdigung – Pruefung der Tatbestaende

Frankfurt am Main, den 15. November 2024

In dem Ermittlungsverfahren gegen **Sebastian Richter**, geb. 07.05.1986, wegen Verdachts des Bankrotts u.a. ist nach Auswertung saemtlicher Ermittlungsergebnisse Folgendes festzuhalten:

I. Uebersicht der Tatvorwuerfe und Pruefungsergebnis

Nr.	Tatbestand	Ergebnis der Pruefung
1	Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB (Beiseiteschaffen von Vermoegenswerten)	Tatnachweis nicht zu fuehren. Einstellung gem. Par. 170 II StPO.
2	Par. 283 Abs. 1 Nr. 5–7 StGB (Buchfuehrungsdelikte im Bankrott)	Obj. Tatbestand erfuehlt. Subsidaer zu Par. 283b StGB. Einstellung gem. Par. 154 I StPO.
3	Par. 283b Abs. 1 Nr. 1, 3 StGB (Verletzung der Buchfuehrungspflicht)	Tatbestand in mehrfacher Hinsicht verwirklicht. Strafbefehlsantrag.
4	Par. 15a Abs. 4 InsO (Insolvenzverschleppung)	Subjektiver Tatbestand nicht nachweisbar. Einstellung gem. Par. 170 II StPO.

II. Zu den einzelnen Tatbestaenden im Detail

1. Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB – Beiseiteschaffen

Die Barabhebungen von insgesamt EUR 32.000,00 im Zeitraum Februar bis Mai 2023 koennten grundsaeztlich den Tatbestand des Beiseiteschaffens von Vermoegenswerten erfuehlen. Allerdings bestehen erhebliche Beweisprobleme:

- a) Der Beschuldigte hat ueber seinen Verteidiger erklaert, die Mittel seien fuer Produktionszwecke verwendet worden (Equipment-Miete, Freelancer-Honorare fuer laufende Filmprojekte). In der Kreativbranche sind Barzahlungen an Freelancer und fuer kurzfristiges Equipment nicht unueblich.
- b) Es konnten keine Zeugen ermittelt werden, die ein Beiseiteschaffen bestaetigen koennten. Die Abhebungen lagen jeweils unter der Schwelle des Par. 10 GwG und sind fuer sich genommen nicht verdaechtig.
- c) Zum Zeitpunkt der Abhebungen (Feb.–Mai 2023) war die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft zwar angespannt, eine Zahlungsunfaehigkeit lag jedoch gemaess dem Gutachten erst ab 01.10.2023 vor. Ob dem Beschuldigten eine drohende Insolvenz zu diesem frueheren

Zeitpunkt bewusst war, ist nicht nachweisbar.

d) Auffaellige Vermoegenszuwaechse beim Beschuldigten persoenlich konnten nicht festgestellt werden.

Ergebnis: Hinreichender Tatverdacht fuer Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB kann nicht mit der erforderlichen Sicherheit bejaht werden. Einstellung gem. Par. 170 Abs. 2 StPO.

2. Par. 283 Abs. 1 Nr. 5–7 StGB – Buchfuehrungsdelikte im Bankrott

Die festgestellten Buchfuehrungsmaengel (keine Jahresabschluesse 2022/2023, lueckenhafte Buchfuehrung ab Okt. 2022, fehlende Kassenberichte ab Jan. 2023) erfuellen den objektiven Tatbestand des Par. 283 Abs. 1 Nr. 5 und Nr. 7 StGB.

Die **objektive Strafbarkeitsbedingung** des Par. 283 Abs. 6 StGB ist erfuellt: Der Antrag auf Eroeffnung des Insolvenzverfahrens wurde am 22.05.2024 gestellt und am 22.07.2024 **mangels Masse abgewiesen** (Par. 26 InsO). Die Abweisung mangels Masse genuegt als objektive Strafbarkeitsbedingung gemaess Par. 283 Abs. 6 Var. 3 StGB (vgl. BGH NSTZ 2003, 546; Fischer, StGB, 71. Aufl., Par. 283 Rn. 36a; MueKo-StGB/Radtke/Petermann, Par. 283 Rn. 64).

Allerdings werden die Buchfuehrungsverfehlungen bereits vollstaendig durch Par. 283b StGB erfasst, der – anders als Par. 283 Abs. 1 StGB – keine wirtschaftliche Krise als Tatbestandsmerkmal voraussetzt. Da der Schwerpunkt der Vorwuerfe auf den formellen Buchfuehrungspflichten liegt und nicht auf einer gezielten Glaeubigerschaedigung, erscheint die Verfolgung ueber Par. 283b StGB sachgerecht und ausreichend.

Ergebnis: Einstellung gem. Par. 154 Abs. 1 StPO neben der Verfolgung wegen Par. 283b StGB.

3. Par. 283b StGB – Verletzung der Buchfuehrungspflicht

Der Tatbestand ist in mehrfacher Hinsicht verwirklicht:

a) **Nichtoffenlegung** der Jahresabschluesse 2019–2023 im Unternehmensregister (Par. 283b Abs. 1 Nr. 3 lit. b StGB i.V.m. Par. 325 HGB): Fuer fuenf aufeinanderfolgende Geschaeftsjahre wurden keinerlei Jahresabschluesse offengelegt, obwohl die Gesellschaft als GmbH hierzu verpflichtet war. Der Beschuldigte war als Geschaeftsfuehrer persoenlich fuer die Offenlegung verantwortlich (Par. 325 Abs. 1 S. 1 HGB, Par. 14 StGB).

b) **Nichtaufstellung** der Jahresabschluesse 2022 und 2023 (Par. 283b Abs. 1 Nr. 3 lit. b StGB i.V.m. Par. 242, 264 HGB): Fuer zwei Geschaeftsjahre wurden nicht einmal Jahresabschluesse erstellt. Der letzte vom Steuerberater Hartmann erstellte Abschluss betrifft das Geschaeftsjahr 2021.

c) **Lueckenhafte Buchfuehrung** (Par. 283b Abs. 1 Nr. 1 StGB): Ab Oktober 2022 wurde die Buchfuehrung nur noch in einer Weise gefuehrt, die die Uebersicht ueber den Vermoegensstand erheblich erschwerte. Die DATEV-Buchfuehrung endete im September 2022, danach lagen nur fragmentarische handschriftliche Aufzeichnungen vor. Kassenberichte fehlten ab Januar 2023 vollstaendig.

Die **objektive Strafbarkeitsbedingung** des Par. 283 Abs. 6 StGB (auf den Par. 283b Abs. 3 StGB verweist) ist durch die Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse am 22.07.2024 (Par. 26 InsO) erfuellt.

Zum **Vorsatz**: Der Beschuldigte handelte zumindest mit bedingtem Vorsatz. Die Nichtoffenlegung war ihm bekannt, da er die Ordnungsgeldbescheide des BfJ erhielt und nicht reagierte. Die

Nichtaufstellung der Abschlüsse 2022/2023 beruhte auf seiner bewussten Entscheidung, nach dem Ausscheiden des Steuerberaters Hartmann keinen neuen Steuerberater zu beauftragen. Die lückenhafte Buchführung war ihm als Geschäftsführer bewusst.

Anmerkung: Der Mit-Geschäftsführer Florian Weber war formalrechtlich ebenfalls für die Buchführung mitverantwortlich. Allerdings ergibt sich aus den Vernehmungen, dass die Buchführung und Finanzen intern allein dem Beschuldigten Richter oblagen, während Weber für den kreativen Bereich zuständig war. Eine gesonderte Verfolgung Webers erscheint daher nicht angezeigt.

Ergebnis: Hinreichender Tatverdacht liegt vor. Strafbefehlsantrag wird empfohlen.

4. Par. 15a Abs. 4 InsO – Insolvenzverschleppung

Die Insolvenzsreife trat gemäss dem Gutachten der vorl. IV spätestens am 01.10.2023 (Zahlungsunfähigkeit) bzw. 01.11.2023 (Überschuldung) ein. Der Insolvenzantrag wurde erst am 22.05.2024 durch den Mit-Geschäftsführer Weber gestellt. Der Beschuldigte Richter hat selbst keinen Antrag gestellt, sondern vielmehr die Rücknahme des von Weber gestellten Antrags beantragt.

Problematisch ist der Nachweis des subjektiven Tatbestands:

- a) Beide Geschäftsführer waren – unabhängig von der Gesamtvertretungsregelung – jeweils eigenständig antragspflichtig (Par. 15a Abs. 1, 3 InsO). Die Gesamtvertretung steht der individuellen Antragspflicht nicht entgegen (h.M.; vgl. BGH NZI 2015, 175; Uhlenbruck/Hirte, InsO, 15. Aufl., Par. 15a Rn. 12).
- b) Der Verteidiger hat substantiiert vorgetragen, Herr Richter habe aktiv an einer Sanierung gearbeitet und Gespräche mit der Rhein-Main Ventures GmbH geführt. Ein Letter of Intent vom 20.10.2023 über eine Beteiligung von EUR 200.000,00 wurde vorgelegt.
- c) Angesichts der desolaten Buchführung hatte der Beschuldigte möglicherweise selbst keinen klaren Überblick über den genauen Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit. Dies spricht gegen Vorsatz.
- d) Die Tatsache, dass der Beschuldigte den von Weber gestellten Antrag aktiv bekämpfte und Rücknahme beantragte, zeigt zwar, dass er eine Insolvenz vermeiden wollte. Sie zeigt aber auch, dass er die Lage möglicherweise anders einschätzte. Dem Beschuldigten ist ein – wenn auch ggf. unangemessener – Glaube an die Sanierbarkeit nicht sicher zu widerlegen.
- e) Zu beachten ist ferner, dass das Gutachten der vorl. IV selbst nicht unumstritten ist. Der Verteidiger hat auf mögliche Fehler in der Berechnung der Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung hingewiesen (Bewertung der Forderung MediaPower AG, Berücksichtigung des LOI). Sollten diese Einwände berechtigt sein, wäre der Eintritt der Insolvenzsreife ggf. später anzusetzen, was die Antragsfristversäumnis verringern würde.

Ergebnis: Einstellung gem. Par. 170 Abs. 2 StPO. Der Nachweis des subjektiven Tatbestands kann nicht mit hinreichender Sicherheit geführt werden.

Dr. Petersen, StA'in

Az.: 930 Js 1147/24

Auszug aus dem Bundeszentralregister gem. Par. 41 BZRG

Angefertigt am 20. August 2024

Familienname: Richter
Vorname: Sebastian
Geburtstag: 07.05.1986
Geburtsort: Frankfurt am Main
Staatsangehoerigkeit: deutsch

Inhalt des Registers: Keine Eintragung.

Der oben Genannte ist im Bundeszentralregister nicht verzeichnet.

Bundesamt fuer Justiz

53094 Bonn

Rechtsanwalt Prof. Dr. Markus Steinbach

Kanzlei Steinbach & Kollegen

Fachanwalt fuer Strafrecht | Fachanwalt fuer Insolvenzrecht

Bockenheimer Landstr. 42, 60323 Frankfurt am Main

Tel.: 069/71 04 58 00 | Fax: 069/71 04 58 01

steinbach@kanzlei-steinbach.de

An die

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Abteilung fuer Wirtschaftsstrafsachen – StA'in Dr. Petersen –

Konrad-Adenauer-Str. 20, 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 10. Oktober 2024

**Az.: 930 Js 1147/24 – Beschuldigter: Sebastian Richter
wegen Verdachts des Bankrotts u.a.**

Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Petersen,

hiermit zeige ich die anwaltliche Vertretung des Beschuldigten Sebastian Richter an und bitte um Gewaehrung von Akteneinsicht gemaess Par. 147 StPO. Gleichzeitig nehme ich nach bereits gewaehrter Akteneinsicht wie folgt Stellung:

I. Vorbemerkung zum Insolvenzverfahren und zur Gesamtvertretung

Vorweg ist darauf hinzuweisen, dass der Insolvenzantrag vom 22.05.2024 von dem Mit-Geschaefsfuehrer Florian Weber **eigenmaechtigt und ohne Zustimmung meines Mandanten** gestellt wurde. Mein Mandant erfuhr von der Antragstellung erst durch Zustellung des Beschlusses ueber die vorlaeufige Insolvenzverwaltung am 26.05.2024.

Mein Mandant hat daraufhin mit Schreiben vom 30.05.2024 die **Ruecknahme des Insolvenzantrags** beantragt. Das Gericht hat diesen Antrag nicht beschieden, da das vorlaeufige Insolvenzverfahren bereits eingeleitet war.

Fuer die strafrechtliche Beurteilung ist dies aus folgendem Grund von zentraler Bedeutung:

Die LUMEN Studios GmbH war im Handelsregister mit **Gesamtvertretung** beider Geschaefsfuehrer eingetragen. Die Gesellschaft konnte nur durch beide Geschaefsfuehrer **gemeinsam** im Aussenverhaeltnis vertreten werden. Der Insolvenzantrag ist ein verfahrensrechtliches Handeln der Gesellschaft gegenueber dem Insolvenzgericht und damit ein Akt der Aussenverhaeltnisvertretung.

Es ist daher die Frage aufzuwerfen, ob Herr Weber den Eigenantrag nach Par. 15 Abs. 1 InsO wirksam allein stellen konnte:

Die herrschende Meinung und die Rechtsprechung des BGH gehen davon aus, dass **jedes Mitglied des Vertretungsorgans ein einzelnes Antragsrecht** nach Par. 15 Abs. 1 InsO hat, das von der gesellschaftsrechtlichen Vertretungsbefugnis unabhängig ist (BGH NZI 2008, 123; Uhlenbruck/Hirte, InsO, 15. Aufl., Par. 15 Rn. 4; Bork, Einführung in das Insolvenzrecht, 10. Aufl., Rn. 78).

Diese Auffassung ist jedoch **nicht unproblematisch**:

- a) Die Differenzierung zwischen Antragsrecht (individuell) und Vertretungsmacht (gesamtvertretungsgebunden) ist dogmatisch fragwürdig. Das Antragsrecht nach Par. 15 InsO ist ein Recht der Gesellschaft – nicht des Geschäftsführers persönlich. Es wird lediglich von den Organmitgliedern für die Gesellschaft **ausgeübt**.
- b) Wenn die Gesellschafter bewusst Gesamtvertretung vereinbart haben, liegt darin ein besonderer Vertrauensschutz: Kein Geschäftsführer soll allein weitreichende Entscheidungen für die Gesellschaft treffen können. Die Stellung eines Insolvenzantrags ist eine der weitreichendsten Massnahmen überhaupt – sie führt regelmässig zum Ende der Gesellschaft.
- c) Im vorliegenden Fall hat Herr Richter der Antragstellung ausdrücklich **widersprochen** und Rücknahme beantragt. Dies zeigt, dass kein übereinstimmender Wille beider Vertretungsorgane vorlag.
- d) Jedenfalls muss Folgendes gelten: Wenn schon das Antragsrecht unabhängig von der Vertretungsmacht besteht, so kann die auf einem solchen einseitigen Antrag beruhende **Abweisung mangels Masse nicht ohne Weiteres als objektive Strafbarkeitsbedingung** des Par. 283 Abs. 6 StGB dienen. Die Strafbarkeitsbedingung setzt voraus, dass ein materiell gerechtfertigtes Insolvenzverfahren vorliegt. Ein Verfahren, das auf einem Antrag beruht, dem der andere (und mehrheitsbeteiligte!) Geschäftsführer widersprochen hat, erfüllt diese Voraussetzung zumindest nicht zweifelsfrei.

II. Zum Vorwurf des Bankrotts (Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB) – Beiseiteschaffen

Der Vorwurf des Beiseiteschaffens von Vermögenswerten entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Die Barabhebungen von insgesamt EUR 32.000,00 wurden ausnahmslos für geschäftliche Zwecke verwendet. Mein Mandant hat hierzu im Einzelnen dargelegt:

- Am 15.02.2023: EUR 8.000,00 für die Anmietung von Kameraequipment (RED Komodo) über die Woche 20.–24.02.2023 für einen Imagefilm-Dreh der MediaPower AG. Der Verleiher (Cine Rent Frankfurt) akzeptiert für kurzfristige Mietungen ausschliesslich Barzahlung.
- Am 08.03.2023: EUR 10.000,00 für Freelancer-Honorare (Kameramann, Tonassistent, Cutter) im Zusammenhang mit demselben Projekt.
- Am 22.04.2023: EUR 7.000,00 für Location-Miete und Requisiten für einen Social-Media-Dreh.
- Am 10.05.2023: EUR 7.000,00 für Freelancer-Honorare eines weiteren Projekts.

Dass Quittungen und Belege für diese Transaktionen teilweise nicht mehr vorliegen, ist bedauerlich, stellt aber für sich genommen kein strafbares Beiseiteschaffen dar. In der Filmproduktionsbranche sind Barzahlungen an Freelancer und für kurzfristiges Equipment-Leasing nicht unüblich.

III. Zur Verletzung der Buchfuehrungspflicht (Par. 283b StGB)

Hinsichtlich der Nichtoffenlegung der Jahresabschluesse im Unternehmensregister ist einzuraumen, dass diese Pflicht tatsaechlich verletzt wurde. Mein Mandant hat hierzu Folgendes erklart:

Er ging davon aus, dass die Erstellung der Jahresabschluesse durch den Steuerberater Hartmann die Offenlegungspflicht einschliesse. Er wurde zwar auf die gesonderte Offenlegungspflicht hingewiesen, hat die konkreten Schritte aber nicht unternommen. Dies geschah nicht aus boeswilliger Absicht, sondern aus Ueberlastung als Geschaeftsfuehrer eines kleinen Kreativunternehmens ohne professionelle kaufmaennische Strukturen.

Fuer die Geschaeftsjahre 2022 und 2023 ist zu beruecksichtigen, dass der Steuerberater Hartmann das Mandat im Dezember 2022 kuendigte und die finanzielle Lage der Gesellschaft die Beauftragung eines neuen Steuerberaters nicht zuliess.

Sollte die Staatsanwaltschaft gleichwohl an dem Vorwurf festhalten, waere mein Mandant bereit, sich einem Strafbefehlsverfahren zu unterwerfen, sofern die Geldstrafe in einem angemessenen Rahmen bleibt – hilfsweise nicht mehr als 60 Tagessaetze.

IV. Zur Insolvenzverschleppung (Par. 15a InsO)

Mein Mandant bestreitet, die Zahlungsunfaehigkeit erkannt zu haben. Er hat im Oktober und November 2023 aktiv an einem Sanierungskonzept gearbeitet, das die Akquisition eines Investors vorsah. Am 20.10.2023 unterzeichnete die Rhein-Main Ventures GmbH einen **Letter of Intent** ueber eine Beteiligung von EUR 200.000,00. Mein Mandant durfte bis zum Scheitern dieser Gespraechе (Anfang 2024) davon ausgehen, die wirtschaftliche Krise ueberwinden zu koennen.

Im Uebrigen ist der Eintritt der Zahlungsunfaehigkeit im Gutachten moeglicherweise zu frueh angesetzt (vgl. hierzu meine kuenftigen Ausfuehrungen zu den Gutachtenfehlern).

V. Zusammenfassung und Antraege

Ich beantrage,

1. das Ermittlungsverfahren gemaess Par. 170 Abs. 2 StPO **insgesamt einzustellen**;
2. hilfsweise: das Ermittlungsverfahren hinsichtlich Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB und Par. 15a InsO gemaess Par. 170 Abs. 2 StPO einzustellen und hinsichtlich Par. 283 Abs. 1 Nr. 5–7 StGB gemaess Par. 154 Abs. 1 StPO einzustellen;
3. aeusserst hilfsweise: hinsichtlich Par. 283b StGB ein Strafbefehlsverfahren durchzufuehren, wobei die Geldstrafe 60 Tagessaetze nicht uebersteigen sollte;
4. vorab ein **Sachverstaendigengutachten** zur Frage der Zahlungsunfaehigkeit und Ueberschuldung einzuholen, da das Gutachten der vorl. IV erhebliche methodische Maengel aufweist (hierzu im Einzelnen in einer weiteren Stellungnahme).

Mit vorzueglicher Hochachtung

Prof. Dr. Markus Steinbach

Rechtsanwalt

Vermerk Stellungnahme zum Schreiben RA Prof. Dr. Steinbach v. 10.10.2024

Frankfurt am Main, den 5. November 2024

Zum Schreiben des Verteidigers vom 10. Oktober 2024 wird wie folgt Stellung genommen:

1. Zum Gesamtvertretungsargument

Das zentrale Argument des Verteidigers – die Unwirksamkeit des Insolvenzantrags wegen fehlender Gesamtvertretung – ueberzeugt nicht. Die herrschende Meinung und die Rechtsprechung des BGH sind insoweit eindeutig:

Jedes Mitglied des Vertretungsorgans hat ein **eigenstaendiges Antragsrecht** nach Par. 15 Abs. 1 InsO, das **unabhaengig von der gesellschaftsrechtlichen Vertretungsbefugnis** besteht. Dies gilt ausdruuecklich auch bei vereinbarter Gesamtvertretung (BGH NZI 2008, 123; BGH ZIP 2005, 1426; Uhlenbruck/Hirte, InsO, 15. Aufl., Par. 15 Rn. 4; K. Schmidt, Insolvenzordnung, 20. Aufl., Par. 15 Rn. 8).

Das Argument, das Antragsrecht sei ein Recht der Gesellschaft und nicht des Geschaeftsfuehrers, verkennt die Natur des Par. 15 InsO. Das Gesetz raeumt dem einzelnen Organmitglied bewusst ein **persoenliches verfahrensrechtliches Recht** ein, das gerade dazu dient, die Funktionsfaehigkeit der Antragspflicht nach Par. 15a InsO sicherzustellen. Wuerde man das Antragsrecht an die Gesamtvertretung binden, koennte ein einzelner Geschaeftsfuehrer die Antragstellung blockieren – was dem Schutzzweck des Insolvenzrechts diametral zuwiderlaeafe.

Die Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse ist **rechtskraeftig** und bindet als solche auch den Strafrichter hinsichtlich der objektiven Strafbarkeitsbedingung. Der Einwand des Verteidigers, ein auf einem „einseitigen“ Antrag beruhendes Verfahren koenne die Strafbarkeitsbedingung nicht erfuellen, findet in Rechtsprechung und Literatur keine Stuetze.

Das Argument ist zwar **akademisch interessant**, hat aber fuer die hiesige Entscheidung keine Relevanz.

2. Zum Beiseiteschaffen (Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB)

Die Argumentation des Verteidigers wird zur Kenntnis genommen. Wie im Vermerk vom 15. November 2024 (Dok 16) ausgefuehrt, reichen die Beweismittel fuer den Nachweis eines Beiseiteschaffens tatsaechlich nicht aus. Der Verteidiger hat insoweit ueberzeugend dargelegt, dass Bargeldtransaktionen in der Filmproduktionsbranche nicht voellig unueblich sind.

3. Zur Verletzung der Buchfuehrungspflicht (Par. 283b StGB)

Der Einwand der Ueberlastung ueberzeugt nur teilweise. Als Geschaefsfuehrer einer GmbH trifft den Beschuldigten eine Erkundigungspflicht hinsichtlich seiner gesetzlichen Pflichten. Die Tatsache, dass fuer fuenf aufeinanderfolgende Geschaeftsjahre keine Offenlegung erfolgte und mehrfach Ordnungsgelder verhaengt wurden, spricht gegen blosses Unkenntnis.

Das Angebot des Verteidigers, einen Strafbefehl bei maximal 60 Tagessaetzen zu akzeptieren, wird zur Kenntnis genommen. Angesichts des Umfangs der Verfehlungen (fuenf Jahre Nichtoffenlegung, zwei Jahre Nichtaufstellung, lueckenhafte Buchfuehrung ueber mehr als zwei Jahre) erscheint eine Geldstrafe von **90 Tagessaetzen** angemessen. Dies traegt dem Gesamtgewicht der Verfehlung Rechnung, bleibt aber unterhalb der Eintragungsschwelle im Fuehrungszeugnis.

4. Zur Insolvenzverschleppung

Der vorgetragene LOI und die Sanierungsbemuehungen stuetzen die Einlassung des Beschuldigten, er habe die Krise fuer ueberwindbar gehalten. Eine Verurteilung wegen Insolvenzverschleppung erscheint daher nicht erreichbar. Zudem ist die Gesamtvertretungskonstellation zwar nicht antragshindernden, aber doch insofern von Bedeutung, als der Beschuldigte sich darauf berufen kann, er habe die Antragstellung dem anderen Geschaefsfuehrer ueberlassen.

5. Zum Antrag auf Sachverstaendigengutachten

Der Antrag wird zunaechst zurueckgestellt, bis die angekuendigte weitere Stellungnahme des Verteidigers zu den behaupteten Gutachtenfehlern vorliegt.

Dr. Petersen, StA'in

Rechtsanwalt Prof. Dr. Markus Steinbach

Kanzlei Steinbach & Kollegen

Fachanwalt fuer Strafrecht | Fachanwalt fuer Insolvenzrecht

Bockenheimer Landstr. 42, 60323 Frankfurt am Main

Tel.: 069/71 04 58 00 | Fax: 069/71 04 58 01

An die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main – StA'in Dr. Petersen –

Frankfurt am Main, den 25. November 2024

Az.: 930 Js 1147/24 – Richter

2. Stellungnahme – Fehler im Gutachten der vorl. Insolvenzverwalterin

Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Petersen,

wie in meinem Schreiben vom 10. Oktober 2024 angekuendigt, nehme ich hiermit zu den **erheblichen methodischen Maengeln** des Gutachtens der vorl. Insolvenzverwalterin RAin Dr. Bergmann vom 08.07.2024 Stellung.

I. Fehler in der Berechnung der Zahlungsunfaehigkeit (Par. 17 InsO)

1. Forderung MediaPower AG (EUR 38.000,00)

Die vorl. IV setzt die Zahlungsunfaehigkeit auf den 01.10.2023 an und errechnet eine Liquiditaetsluecke von 14,2 %. Dabei stuft sie die Forderung der LUMEN Studios GmbH gegen die MediaPower AG in Hoehe von EUR 38.000,00 als „nicht liquide“ ein.

Dies ist **fehlerhaft**:

- a) Die Forderung war unstreitig und faellig. Es lag kein Gerichtsverfahren vor und die MediaPower AG hat die Forderung zu keinem Zeitpunkt bestritten.
- b) Die MediaPower AG war und ist zahlungsfahig. Es handelt sich um ein boersennotiertes Unternehmen mit einem Jahresumsatz von ca. EUR 120 Mio.
- c) Tatsaechlich hat die MediaPower AG die Forderung am **05.11.2023 vollstaendig bezahlt** – wie sich aus den Kontounterlagen ergibt (vgl. Dok 15). Dies bestaetigt, dass die Forderung jederzeit einbringlich war.
- d) Haette die vorl. IV die Forderung korrekt als liquide eingestuft, waere die Liquiditaetsluecke nicht 14,2 %, sondern nur ca. **7,8 %** gewesen – und damit **unterhalb der vom BGH anerkannten 10 %-Schwelle** (BGH NJW 2005, 3062; BGH NZI 2006, 467).

2. Drei-Wochen-Frist (Zahlungsstockung)

Selbst wenn man die Liquiditaetsluecke von 14,2 % zugrundelegt, ist zu pruefen, ob eine blosse Zahlungsstockung vorlag. Der BGH differenziert zwischen Zahlungsunfaehigkeit und Zahlungsstockung: Eine nur voruebergehende Zahlungsluecke, die innerhalb von drei Wochen geschlossen wird, stellt keine Zahlungsunfaehigkeit dar (BGH NJW 2005, 3062; BGH NZI 2019, 760).

Die vorl. IV hat die Drei-Wochen-Frist **nicht korrekt berechnet**: Am 18.10.2023 ging eine Zahlung der FinanzPlus GmbH in Höhe von EUR 35.000,00 ein (vgl. Dok 15). Vom angeblichen Stichtag 01.10.2023 bis zum 18.10.2023 liegen nur **18 Tage** – also weniger als drei Wochen. Die Liquiditätslücke schloss sich somit innerhalb der Frist, die der BGH für eine bloße Zahlungsstockung vorsieht.

Die vorl. IV hat diesen Zahlungseingang zwar erwähnt, aber nicht in ihre Berechnung einbezogen, da er „nach dem Stichtag“ lag. Dies erkennt, dass der Stichtag gerade der Ausgangspunkt der Drei-Wochen-Betrachtung ist.

II. Fehler in der Berechnung der Ueberschuldung (Par. 19 InsO)

1. Letter of Intent der Rhein-Main Ventures GmbH

Die vorl. IV verneint die Fortführungsprognose ab 01.11.2023. Dabei berücksichtigt sie den am 20.10.2023 unterzeichneten **Letter of Intent der Rhein-Main Ventures GmbH** über eine Beteiligung von EUR 200.000,00 nicht.

Dies ist **methodisch fehlerhaft**. Der LOI lag zum Zeitpunkt der Prognose (01.11.2023) bereits vor und hätte als wesentlicher Umstand in die Fortführungsprognose einbezogen werden müssen. Ein LOI ist zwar keine verbindliche Zusage, stellt aber einen erheblichen Indikator für die Sanierungsfähigkeit dar und ist bei der Prognose zu würdigen (vgl. BGH NZI 2012, 567; Haarmeyer/Wutzke/Foerster, Insolvenzordnung, 3. Aufl., Par. 19 Rn. 22).

2. Fehlerhafter Prognosezeitraum

Die vorl. IV wendet den 12-Monats-Prognosezeitraum fehlerhaft an. Sie rechnet **rueckwaerts** (vom Stichtag 01.11.2023 zurück auf den 01.11.2022) statt – wie es die h.M. verlangt – **vorwaerts** (vom Stichtag 01.11.2023 auf den 01.11.2024). Der Prognosezeitraum dient der Frage, ob die Gesellschaft in den nächsten 12 Monaten ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann (IDW S 11, Tz. 33; K. Schmidt, Insolvenzordnung, 20. Aufl., Par. 19 Rn. 40). Eine rückwärtsgewandte Betrachtung ist methodisch verfehlt.

III. Konsequenzen für das Strafverfahren

Die aufgezeigten Fehler haben erhebliche Auswirkungen auf das Strafverfahren:

- a) Ist die Zahlungsunfähigkeit am 01.10.2023 nicht erwiesen, fehlt es an einer gesicherten Krise im Sinne des Par. 283 Abs. 1 StGB zum massgeblichen Zeitpunkt.
- b) Ist die Ueberschuldung am 01.11.2023 nicht erwiesen (positive Fortführungsprognose unter Berücksichtigung des LOI), fehlt es auch an diesem Krisenatbestand.
- c) Ohne nachgewiesene Krise kann Par. 283 Abs. 1 StGB (Bankrott) nicht verwirklicht sein – da wirtschaftliche Krise (Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung) Tatbestandsmerkmal ist.
- d) Für Par. 15a InsO (Insolvenzverschleppung) verschiebt sich der Eintritt der Antragspflicht, wenn die Insolvenzsreife später anzusetzen ist.
- e) **Für Par. 283b StGB** (Buchführungspflicht) sind die Gutachtenfehler allerdings **nicht unmittelbar relevant**, da dieser Tatbestand keine wirtschaftliche Krise voraussetzt. Die objektive Strafbarkeitsbedingung (Abweisung mangels Masse) ist unabhängig von der materiellen Richtigkeit des Gutachtens erfüllt.

IV. Antrag

Ich beantrage erneut,

1. das Ermittlungsverfahren insgesamt gemaess Par. 170 Abs. 2 StPO einzustellen;
2. hilfsweise: ein **Sachverstaendigengutachten** zur Frage der Zahlungsunfaehigkeit und Ueberschuldung einzuholen, das die vorstehend aufgezeigten methodischen Maengel beruecksichtigt.

Mit vorzueglicher Hochachtung

Prof. Dr. Markus Steinbach

Rechtsanwalt

Teilverfuegung Teilweise Einstellung / Teilweise Fortfuehrung des Ermittlungsverfahrens

Frankfurt am Main, den 10. Dezember 2024

In dem Ermittlungsverfahren gegen **Sebastian Richter**, geb. 07.05.1986, wegen Verdachts des Bankrotts u.a. wird verfügt:

1. Das Ermittlungsverfahren wird hinsichtlich des Vorwurfs des **Bankrotts** **gemaess Par. 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB** (Beiseiteschaffen von Vermoegenswerten) **gemaess Par. 170 Abs. 2 StPO eingestellt**. Die vorhandenen Beweismittel genuegen nicht zum Nachweis, dass der Beschuldigte die abgehobenen Geldbeträge dem Zugriff der Gläubiger entziehen wollte. Die Einlassung des Beschuldigten, die Mittel seien fuer Produktionszwecke verwendet worden, ist nicht widerlegbar.

2. Hinsichtlich des Vorwurfs des **Bankrotts** **gemaess Par. 283 Abs. 1 Nr. 5–7 StGB** (Buchfuehrungsdelikte) wird das Verfahren **gemaess Par. 154 Abs. 1 StPO eingestellt**. Die hier in Rede stehenden Tathandlungen sind identisch mit den nach Par. 283b StGB verfolgten Verfehlungen und wuerden neben der dort zu erwartenden Strafe nicht beträchtlich ins Gewicht fallen.

3. Das Ermittlungsverfahren wird hinsichtlich des Vorwurfs der **Insolvenzverschleppung** **gemaess Par. 15a Abs. 4 InsO** ebenfalls **gemaess Par. 170 Abs. 2 StPO eingestellt**. Der subjektive Tatbestand (Vorsatz oder Fahrlaessigkeit) kann nicht mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen werden. Die vorgetragenen Sanierungsbemuehungen (LOI Rhein-Main Ventures GmbH, Investorengespraechen) sind plausibel. Zudem bestehen berechnete Zweifel an der Richtigkeit des im Gutachten angesetzten Zeitpunkts der Insolvenzzureife (01.10.2023), die sich auch auf den subjektiven Tatbestand auswirken.

4. Das Verfahren wird hinsichtlich des Vorwurfs der **Verletzung der Buchfuehrungspflicht (Par. 283b StGB)** **fortgefuehrt**. Insoweit wird ein Strafbefehlsantrag vorbereitet.

5. Das Gesamtvertretungsargument des Verteidigers wird **zurueckgewiesen**. Es entspricht gefestigter Rechtsprechung, dass das Antragsrecht nach Par. 15 Abs. 1 InsO unabhaengig von der Vertretungsbefugnis besteht. Die Abweisung mangels Masse ist rechtskraeftig und genuegt als objektive Strafbarkeitsbedingung.

6. Der Antrag auf Einholung eines Sachverstaendigengutachtens wird **abgelehnt**. Die vorgetragenen Gutachtenfehler betreffen die Berechnung der Zahlungsunfaehigkeit und Ueberschuldung. Fuer den verbleibenden Tatvorwurf (Par. 283b StGB) ist das Vorliegen einer wirtschaftlichen Krise nicht erforderlich. Die objektive Strafbarkeitsbedingung (Abweisung mangels Masse) ist unabhaengig von der materiellen Richtigkeit des Gutachtens erfuellt. Ein Sachverstaendigengutachten waere daher fuer die noch verfolgten Tatvorwurfe ohne Erkenntniswert.

Dem Beschuldigten und seinem Verteidiger ist die Teileinstellung mitzuteilen (Par. 170 Abs. 2 S. 2 StPO).

Dr. Petersen, StA'in

Genehmigt: LOStA'in Berger, 11.12.2024

Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gemäss Par. 407 StPO

Frankfurt am Main, den 20. Dezember 2024

An das

Amtsgericht Frankfurt am Main – Strafrichter –

In dem Ermittlungsverfahren gegen

Name:	Richter, Sebastian
Geburtsdatum:	07.05.1986
Geburtsort:	Frankfurt am Main
Anschrift:	Berger Str. 114, 60316 Frankfurt am Main
Familienstand:	ledig
Staatsangehoerigkeit:	deutsch
Beruf:	Filmmacher / ehem. Geschäftsfuehrer
Vorstrafen:	keine (BZR-Auskunft v. 20.08.2024)
Verteidiger:	RA Prof. Dr. Markus Steinbach, Bockenheimer Landstr. 42, 60323 Frankfurt a.M.

wird der Erlass eines Strafbefehls beantragt:

Angeschuldigter Sachverhalt:

Der Beschuldigte war von der Gruendung am 02. Maerz 2019 bis zur Abweisung des Insolvenzantrags am 22. Juli 2024 Geschäftsfuehrer der LUMEN Studios GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main (HRB 119845, AG Frankfurt am Main). In dieser Eigenschaft war er als gesetzlicher Vertreter der Kapitalgesellschaft gemäss Par. 238 ff., 242, 264, 325 HGB zur ordnungsgemässen Buchfuehrung und zur Offenlegung der Jahresabschluesse im Unternehmensregister verpflichtet (Par. 14 Abs. 1 StGB).

Der Beschuldigte hat als Geschäftsfuehrer der LUMEN Studios GmbH

1. es unterlassen, die Jahresabschluesse der Gesellschaft fuer die Geschäftsjahre 2019 (Rumpfgeschäftsjahr), 2020, 2021, 2022 und 2023 gemäss Par. 325 HGB im Unternehmensregister offenzulegen, obwohl er hierzu als gesetzlicher Vertreter der Kapitalgesellschaft verpflichtet war,
2. es unterlassen, die Bilanzen der Gesellschaft fuer die Geschäftsjahre 2022 und 2023 in der vorgeschriebenen Zeit aufzustellen, obwohl er hierzu gemäss Par. 242, 264 HGB verpflichtet war,
3. ab Oktober 2022 die Handelsbuecher der Gesellschaft so gefuehrt, dass die Uebersicht ueber den Vermoegensstand der Gesellschaft erschwert wurde, indem er die laufende Buchfuehrung nur noch lueckenhaft und ohne Kassenberichte fuehrte.

Die objektive Strafbarkeitsbedingung des Par. 283 Abs. 6 StGB, auf den Par. 283b Abs. 3 StGB verweist, ist erfüllt. Der Insolvenzantrag ueber das Vermoegen der LUMEN Studios GmbH wurde am 22. Mai 2024 gestellt (Az. 810 IN 245/24, AG Frankfurt am Main). Der Antrag wurde am 22. Juli 2024 **mangels Masse abgewiesen** (Par. 26 InsO). Die Abweisung mangels Masse ist eine objektive Strafbarkeitsbedingung gemaess Par. 283 Abs. 6 Var. 3 StGB.

Rechtliche Wuerdigung:

Der Beschuldigte hat sich der Verletzung der Buchfuehrungspflicht in fuenf tatsaechlichen Faellen (hinsichtlich der Nichtoffenlegung) sowie in je einem Fall der Nichtaufstellung von Jahresabschluesen und der lueckenhaften Buchfuehrung schuldig gemacht, strafbar gemaess Par. 283b Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 lit. b StGB, Par. 14 Abs. 1 StGB, Par. 53 StGB.

Beantragte Rechtsfolge:

Es wird beantragt, gegen den Beschuldigten eine **Geldstrafe von 90 Tagessaetzen zu je EUR 50,00** (= EUR 4.500,00) zu verhaengen.

Strafmildernd: Unbestraftheit; teilweises Einräumen der Offenlegungsversaemnisse; wirtschaftliche Zwangslage; kleine Kapitalgesellschaft. Strafschaerfend: Verfehlungen ueber fuenf Jahre; mehrfache Ordnungsgelder ohne Reaktion; bewusste Nichtbeauftragung eines neuen Steuerberaters nach Mandatskuendigung.

Dr. Petersen, StA'in

Genehmigt: LOStA'in Berger, 22.12.2024

STRAFBEFEHL

– Im Namen des Volkes –

Frankfurt am Main, den 8. Januar 2025

Gegen

Sebastian Richter, geboren am 7. Mai 1986 in Frankfurt am Main, wohnhaft Berger Str. 114, 60316 Frankfurt am Main, ledig, deutsch, Filmemacher,

Verteidiger: Rechtsanwalt Prof. Dr. Markus Steinbach, Bockenheimer Landstr. 42, 60323 Frankfurt am Main,

wird wegen **Verletzung der Buchfuehrungspflicht** in fuenf tatmehrheitlichen Faellen eine

Geldstrafe von 90 (neunzig) Tagessaetzen zu je EUR 50,00 (fuenfzig Euro)

= EUR 4.500,00 (viertausendfuenfhundert Euro)

festgesetzt.

Der Beschuldigte traegt die Kosten des Verfahrens (Par. 465 StPO).

Angewandte Vorschriften: Par. 283b Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 lit. b StGB, Par. 283 Abs. 6 StGB, Par. 283b Abs. 3 StGB, Par. 14 Abs. 1 StGB, Par. 53 StGB.

Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt:

Der Beschuldigte war von der Gruendung am 02. Maerz 2019 bis zur Abweisung des Insolvenzantrags am 22. Juli 2024 Geschaefsfuehrer der LUMEN Studios GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main (HRB 119845, AG Frankfurt am Main). In dieser Eigenschaft war er als gesetzlicher Vertreter der Kapitalgesellschaft gemaess Par. 238 ff., 242, 264, 325 HGB zur ordnungsgemaessen Buchfuehrung und zur Offenlegung der Jahresabschluesse im Unternehmensregister verpflichtet.

Der Beschuldigte hat als Geschaefsfuehrer der LUMEN Studios GmbH

1. es unterlassen, die Jahresabschluesse der Gesellschaft fuer die Geschaeftsjahre 2019 (Rumpfgeschaeftsjahr), 2020, 2021, 2022 und 2023 gemaess Par. 325 HGB im Unternehmensregister offenzulegen, obwohl er hierzu als gesetzlicher Vertreter der Kapitalgesellschaft verpflichtet war;

2. es unterlassen, die Bilanzen der Gesellschaft fuer die Geschaeftsjahre 2022 und 2023 in der vorgeschriebenen Zeit aufzustellen, obwohl er hierzu gemaess Par. 242, 264 HGB verpflichtet war;

3. ab Oktober 2022 die Handelsbuecher der Gesellschaft in einer Weise gefuehrt, die die Uebersicht ueber den Vermoegensstand der Gesellschaft erschwert hat, indem er die laufende Buchfuehrung nur noch lueckenhaft und ohne Kassenberichte fuehrte.

Die objektive Strafbarkeitsbedingung des Par. 283 Abs. 6 StGB i.V.m. Par. 283b Abs. 3 StGB ist durch die Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse am 22. Juli 2024 (Par. 26 InsO, Az. 810 IN 245/24, AG Frankfurt am Main) erfuellt.

Strafzumessung:

Bei der Bemessung der Geldstrafe war strafmildernd zu beruecksichtigen, dass der Beschuldigte nicht vorbestraft ist, die Versaeumnisse teilweise in einem durch wirtschaftliche Zwangslage bedingten Kontext stattfanden, der Beschuldigte die Offenlegungsversaeumnisse teilweise eingeraeumt hat und keine konkreten Drittschaeden eingetreten sind. Strafschaerfend fiel ins Gewicht, dass sich die Verfehlungen ueber einen Zeitraum von fuenf Jahren erstreckten, trotz mehrfacher Ordnungsgelder des Bundesamts fuer Justiz keine Abhilfe geschaffen wurde und der Beschuldigte nach der Mandatskuendigung des Steuerberaters bewusst keinen neuen Steuerberater beauftragte. Die Hoehe der Tagessaetze (EUR 50,00) orientiert sich an den derzeitigen wirtschaftlichen Verhaeltnissen des Beschuldigten (monatliches Nettoeinkommen ca. EUR 1.500,00 aus freiberuflicher Taetigkeit).

Rechtsmittelbelehrung:

Der Beschuldigte kann gegen diesen Strafbefehl innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung schriftlich oder zu Protokoll der Geschaeftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main Einspruch einlegen (Par. 410, 411 StPO). Wird rechtzeitig Einspruch eingelegt, wird eine Hauptverhandlung anberaumt. Wird kein Einspruch eingelegt, steht der Strafbefehl einem rechtskraeftigen Urteil gleich (Par. 410 Abs. 3 StPO).

Schreiber

Richter am Amtsgericht

Az.: 933 Cs 78/25

Zustellungsurkunden und Einspruch

1. Zustellung an den Beschuldigten

Zustellungsempfänger:	Sebastian Richter, Berger Str. 114, 60316 Frankfurt am Main
Zugestelltes Schriftstueck:	Strafbefehl vom 08.01.2025, Az. 933 Cs 78/25
Art der Zustellung:	Postzustellungsurkunde (Par. 3 VwZG i.V.m. Par. 37 StPO)
Datum der Zustellung:	12. Januar 2025
Zustellungsart:	persoenlich uebergeben

2. Zustellung an den Verteidiger

Zustellungsempfänger:	RA Prof. Dr. Markus Steinbach, Bockenheimer Landstr. 42, 60323 Frankfurt a.M.
Zugestelltes Schriftstueck:	Strafbefehl vom 08.01.2025, Az. 933 Cs 78/25
Art der Zustellung:	Zustellung gegen Empfangsbekenntnis (Par. 174 ZPO)
Datum der Zustellung:	13. Januar 2025
Empfangsbekenntnis:	eingegangen am 13.01.2025

3. Fristberechnung

Massgebliche Zustellung:	12. Januar 2025 (an Beschuldigten)
Einspruchsfrist:	2 Wochen (Par. 410 Abs. 1 StPO)
Fristablauf:	26. Januar 2025 (Sonntag) → Par. 43 Abs. 2 StPO: Montag, 27. Januar 2025

EINSPRUCH
gegen den Strafbefehl vom 08.01.2025, Az. 933 Cs 78/25

Eingegangen am 22. Januar 2025 – fristgerecht

Rechtsanwalt Prof. Dr. Markus Steinbach

Kanzlei Steinbach & Kollegen
Fachanwalt fuer Strafrecht | Fachanwalt fuer Insolvenzrecht
Bockenheimer Landstr. 42, 60323 Frankfurt am Main
Tel.: 069/71 04 58 00 | Fax: 069/71 04 58 01

An das

Amtsgericht Frankfurt am Main

Strafrichter – Az. 933 Cs 78/25 –

Frankfurt am Main, den 22. Januar 2025

Einspruch gegen den Strafbefehl vom 08.01.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens und in Vollmacht des Angeklagten **Sebastian Richter**, geboren am 07.05.1986, lege ich hiermit

EINSPRUCH

gegen den Strafbefehl des Amtsgerichts Frankfurt am Main vom 08.01.2025, Az. 933 Cs 78/25, ein.

Begründung:

Der Einspruch wird wie folgt begründet:

1. Der Strafbefehl legt eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen fest. Dies übersteigt das von der Verteidigung im Vorfeld als angemessen signalisierte Mass von 60 Tagessätzen erheblich und trägt den strafmildernden Umständen nicht angemessen Rechnung.
2. Das Gutachten der vorl. Insolvenzverwalterin, auf das sich die Anklage hinsichtlich der objektiven Strafbarkeitsbedingung stützt, weist – wie in meinem Schreiben vom 25.11.2024 im Einzelnen dargelegt – erhebliche methodische Mängel auf. Auch wenn die objektive Strafbarkeitsbedingung bei Par. 283b StGB keine wirtschaftliche Krise voraussetzt, sollte das Gericht sich nicht auf ein fehlerhaftes Gutachten stützen.
3. Die Gesamtvertretungsfrage – insbesondere die Frage, ob ein gegen den ausdrücklichen Widerspruch des Mehrheitsgesellschafters gestellter Insolvenzantrag die objektive Strafbarkeitsbedingung erfüllen kann – ist höchststrichterlich nicht abschliessend geklärt und bedarf einer Erörterung in der Hauptverhandlung.
4. Die nähere Begründung des Einspruchs bleibt der Hauptverhandlung vorbehalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Markus Steinbach

Rechtsanwalt

Verfügung des Amtsgerichts Frankfurt am Main

Az. 933 Cs 78/25

Frankfurt am Main, den 28. Januar 2025

1. Der Einspruch des Angeklagten Sebastian Richter gegen den Strafbefehl vom 08.01.2025 ist **zulaessig**. Er ist fristgerecht am 22.01.2025 eingegangen (Fristablauf: 27.01.2025).

2. Es wird **Hauptverhandlung anberaumt** auf:

Dienstag, den 25. Maerz 2025, 09:30 Uhr

Amtsgericht Frankfurt am Main, Saal 214

3. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wird von dem Einspruch unterrichtet.

4. Der Angeklagte wird zum Termin geladen. Sein persoenliches Erscheinen wird angeordnet.

5. Der Verteidiger wird vom Termin benachrichtigt.

Schreiber

Richter am Amtsgericht